



Solidarität heute und morgen

script

15



Perspektiven
gegenseitiger Unterstützung
THEMEN DER
NICARAGUA KONFERENZ

Informationsbüro Nicaragua e.V. (Hrsg.)

Solidarität heute und morgen

Perspektiven gegenseitiger Unterstützung

THEMEN DER NICARAGUAKONFERENZ

mit Beiträgen von:

Kirsten Clodius, Klaus Heß, Katharina Obuch, Ulla Sparrer,
Maren Krätschmar, Martha Beatriz Flores Recinos,
Rudi Kurz, Heinz Reinke

nahua script 15





Hans Böckler
Stiftung



Diese Broschüre wurde mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW, dem Katholischen Fonds, dem Stipendiaten Fonds der Hans-Böckler-Stiftung und der europäischen Union (durch die Kooperation mit dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika) sowie in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW erstellt.

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

INFORMATIONSBÜRO
NICARAGUA e.V.

© 2012 Informationsbüro Nicaragua e.V.

Originalausgabe

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V.

Postfach 101320

42013 Wuppertal

Redaktion: Dietrich Tuschoff, Karina Lange, Klaus Heß, Quint Czymme

Druck: Offset-Druckerei Figge, Wuppertal

Satz und Layout: Uwe Peter, Wuppertal

Coverentwurf in Anlehnung an das Plakat «Nicaragua-Konferenz 2012»
von Philipp Wix (www.imaging-dissent.net)

Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge nehmen wir gerne unter
info@informationsbuero-nicaragua.org entgegen.

ISBN: 978-3-9814936-2-7

INHALT

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Einleitung	5
------------	---

Kirsten Clodius

Gewalt gegen Frauen	11
---------------------	----

Klaus Heß

Aufbruch in Abhängigkeiten – Nicaraguas Wirtschaftspolitik unter Daniel Ortega	25
---	----

Rudi Kurz

Bessere Lebensperspektiven auf dem Land – Ländliche Entwicklung ermöglichen, kleinbäuerliche Strukturen stärken	41
--	----

Martha Flores, übersetzt und ergänzt von Ulla Sparrer

Umweltpolitik – Umweltkrise – Klimawandel	55
---	----

Heinz Reinke

Ist Solidarität möglich? – Fragen am Beispiel Agrosprit aus Zuckerrohr	61
--	----

Katharina Obuch, Maren Krätschmar

Von Soli bis Weltwärts	67
------------------------	----

Klaus Heß

Solidaritätsarbeit heute und morgen – Perspektiven gegenseitiger Unterstützung	75
---	----

Autor_innen/Referent_innen

Kooperationspartner_innen	91
---------------------------	----

Informationsbüro Nicaragua e.V.

EINLEITUNG

Warum Solidarität? Mit wem sind wir solidarisch? Was sind Formen und Leitbilder im gegenseitigen Austausch, Charakterzüge und Themen der Nicaragua-Solidarität im 21. Jahrhundert?

Mit diesen zentralen Fragen haben wir Vertreter_innen der Solidaritätsbewegung, Partnerschaftsorganisationen und alle Interessierten im Oktober 2012 nach Wuppertal eingeladen, um gemeinsam mit Aktiven aus verschiedenen nicaraguanischen Basisbewegungen über die Perspektiven der gemeinsamen Zusammenarbeit zu diskutieren.

Schon seit einiger Zeit diskutieren wir intensiv darüber, wo wir unsere Solidaritätsarbeit verorten. Auf dem letzten Nicaragua-Bundestreffens 2010¹ formulierten wir es so: Es kann uns nicht (mehr) darum gehen, sich mit einer Regierung oder gar einem Land oder «Volk» solidarisch zu erklären, sondern darum, die Solidarität zwischen den Menschen und ihren Kämpfen und Bewegungen zu stärken – also den aktiven sozialen Bewegungen in Nicaragua, den Kleinbäuer_innen, Beschäftigten in den *maquilas* (Weltmarktfabriken), im informellen Sektor tätigen und ihren Selbsthilfeorganisationen, z.B. Migrant_innen, Jugendliche, arbeitslose Landarbeiter_innen. Dabei arbeiten wir eben auch mit Partnerorganisationen zusammen, die mit der sandinistischen Regierung in Konflikt geraten sind, beispielsweise mit Frauenkomitees oder mit der Menschenrechtsorganisation CENIDH (*Centro Nicaragüense de Derechos Humanos*; dt: Nicaraguanisches Zentrum für Menschenrechte).

Die Ansätze und Arbeitsweisen der zu Nicaragua aktiven Gruppen und Organisationen entwickeln sich sehr unterschiedlich. Der Querschnitt reicht von Weltwärts-Projekten über den Aufbau von Infrastruktur, die Finanzie-

rung von sozialen Organisationen und NGOs und deren Projekten bis hin zu direkten Handelsbeziehungen, mit der Zielsetzung Standards für einen fairen Handel zu entwickeln.

«Nichts an Aktualität verloren» – diese Zeile titelt den Bericht über die Konferenz in der Dezember Ausgabe der *ila*². Die Ideale, für die Menschen einst nach Nicaragua gingen, sind heute noch relevant, heißt es weiter, denn wer ein Treffen von Alt-Brigadist_innen erwartet hatte, dürfte sich die Augen gerieben haben. Die über 100 Teilnehmer_innen kamen aus allen Altersgruppen, wobei die jüngeren, also diejenigen, die am 19. Juli 1979 – dem Tag der Revolution – noch gar nicht geboren waren, einen Großteil stellten.

Das Spektrum der Menschen, die sich auf der Konferenz in Wuppertal einfanden reichte von ehemaligen Brigadist_innen, Teilnehmer_innen am Weltwärts-Programm, Aktivist_innen aus Nicaragua und Europa bis hin zu allgemein Lateinamerika-Interessierten. Gemeinsam wurde über die prekäre Situation der Frauen, die Wirtschaftspolitik unter Ortega, Freihandelsabkommen mit der EU und den USA, ländliche Entwicklung und Kooperativen sowie über die sozialen und ökologischen Probleme des Agrosprits diskutiert. Auch wurden, dem Leitmotiv der Konferenz entsprechend, die (Dis-) Kontinuitäten der Solidaritätsarbeit von damals während der sandinistischen Revolution im Kontrast zur heutigen Situation erörtert.

In diesem *nahua script* werden die Themen, die auf der Konferenz in Wuppertal schwerpunktmäßig behandelt wurden, aufgearbeitet und die Erkenntnisse, aber auch die bleibenden Fragen, die durch die Vorträge und in Diskussionen gewonnen wurden, verschriftlicht. Die Reihe der *nahua scripte* soll einen Einblick in die Selbstorganisationskonzepte der Menschen und sozialen Bewegungen in Lateinamerika geben. So gab es bereits Themenhefte zur Frauenbewegung (*nahua script 11*), zu der Kooperativen- und Subsistenzproduktion (*nahua script 12*), zu den städtischen Bewegungen (*nahua script 13*) und zum Konzept des *buen vivir* (*nahua script 14*). Die aktuelle Ausgabe soll einen Beitrag zu einer gemeinsamen solidarischen Politik leisten, indem hier die Verhältnisse in Lateinamerika in Zusammenhang mit globalisierten Produktionsweisen gebracht werden und auch unsere eigene Rolle innerhalb dieser Prozesse reflektiert wird.

Alle Themen, die in diesem Heft behandelt werden, sind Teil der politischen Arbeit des Informationsbüro Nicaragua, weil sie im Fokus des Interesses unserer Partnerorganisationen in Nicaragua stehen. Die internationalen Verflechtungen und die Komplexität der Sachverhalte werden mit ihnen verdeutlicht. Letztendlich soll mit dem *nahua script 15* ein Austausch ermöglicht wer-

den, indem wir die Lebensrealität in Nicaragua sowie die Handlungsansätze diverser Basisbewegungen darstellen.

Wir versuchen mit Basisbewegungen eine gemeinsame Zusammenarbeit aufzubauen, die nicht auf paternalistischer «Entwicklungshilfe» beruht. Denn bei dieser «Hilfe» wird häufig das Machtgefälle zwischen Nord und Süd zementiert, da diese sich primär an den Interessen und Wertvorstellungen der «Helfer» orientiert und die Bedürfnisse der Menschen vor Ort vollständig außer Acht lässt. Auch zeugt die Vorstellung, dass die Menschen in Lateinamerika von Menschen aus Europa «entwickelt» werden müssten, von einer eurozentristischen Arroganz. Wir versuchen, mit den Basisbewegungen vor Ort, eine Art der egalitären Zusammenarbeit zu schaffen, die auf Solidarität und gegenseitigem Respekt beruht. Die Zusammenarbeit steht unter dem gemeinsamen Ziel einer hierarchiefreien Welt jenseits kapitalistischer Wertelogik.

Bei der Konferenz in Wuppertal, wie auch im allgemeinen Austausch mit den Basisgruppen in Nicaragua und den europäischen Solidaritätsgruppen, geht es um die Entwicklung einer gemeinsamen politischen Praxis, also darum wie wir trotz der Entfernung und anderen Lebensrealitäten eine Basis für den gemeinsamen Kampf finden können. Hierzu ist es notwendig, die Verhältnisse in Nicaragua nicht isoliert zu betrachten, sondern die Vorgänge dort in Zusammenhang mit dem globalisierten Kapitalismus zu bringen und auch die eigene Rolle in diesen Prozessen zu analysieren und zu hinterfragen.

Themenschwerpunkte

Ein zentrales Thema auf dem Kongress – und auch der erste Beitrag in diesem Buch – beschäftigt sich mit der Gewalt gegen Frauen. Gewalt gegen Frauen ist in Nicaragua kein Einzelphänomen, sondern tief in der Gesellschaft verwurzelt. Um gegen die Alltäglichkeit und vor allem die Straflosigkeit sexueller Gewalt zu kämpfen, hat sich in Nicaragua eine breite Frauenbewegung gebildet, die eine der aktivsten in Lateinamerika ist. Die Frauenorganisationen versuchen sowohl sexuelle Gewalt direkt juristisch anzuzeigen und politisch zu thematisieren sowie den Frauen durch Landzugang, medizinische Hilfe und Bewusstseinsarbeit direkte Hilfe zu leisten. Dass Gewalt gegen Frauen kein Nicaragua-spezifisches Problem ist, sondern auch hier Frauen in allen Schichten und auf unterschiedliche Weise betrifft, sollte bei einem Austausch nicht aus dem Blick geraten.

Der zweite Beitrag widmet sich der Wirtschaftspolitik unter der Regierung von Daniel Ortega. Damit zusammenhängend werden die Freihandels-

abkommen zwischen Nicaragua und der EU bzw. den USA in den Fokus der Betrachtung gerückt, da diese für die Wirtschaft in Nicaragua prägend sind. Bei der Wirtschaftspolitik kann man beobachten, dass unter Ortega zwar die Sozialprogramme ausgebaut wurden, aber die Wirtschafts-, Handels-, und Finanzpolitik weitgehend unverändert blieb. So ist die Politik der aktuellen Regierung auf verstärkte Integration in den Weltmarkt ausgelegt. Die Freihandelsabkommen sind Türöffner für europäische und amerikanische Firmen, die die Rohstoffe des Landes für sich nutzen und von den billigen Arbeitskräften in Nicaragua profitieren können. Soziale Bewegungen sprechen sich gegen Freihandelsabkommen aus und versuchen im Gegenzug eine bedürfnisorientierte Wirtschaft zu etablieren, die eine Abkehr von der wachstumsorientierten Wirtschaft und ihren zerstörerischen Folgen bedeutet.

Daran schließt auch der Artikel zum Thema ländliche Entwicklung an. Ca. 80% der in Armut lebenden Menschen auf der Welt leben in ländlichen Regionen. In Nicaragua gibt es eine Vielzahl an Kleinbäuer_innen, die sich in Kooperativen organisiert haben und so durch eigenständige Produktion und die Aufrechterhaltung von Mindestpreisen ihre Unabhängigkeit vom Weltmarkt zu sichern versuchen. Im Fokus dieses Themas stehen die Stärkung kleinbäuerlicher Strukturen auf dem Land und der Ausbau bzw. die Verbesserung des Fairen Handels z. B. mit Kaffee als wichtigstem Fair Trade Produkt, der auch symbolisch die Frage nach einer anderen Agrarpolitik und anderen Handelsstrukturen aufwirft.

Der weltweite Klimawandel trifft die Länder des Südens ungleich mehr als die, die als Hauptverursacher auszumachen sind. Einen Überblick über Nicaraguas teils kontroverse Klimapolitik gibt der Beitrag «Umweltpolitik – Umweltkrise – Klimawandel». Mit dem Thema Agrosprit zeigt sich in Nicaragua aktuell der Zusammenhang von Arbeits- und Lebensbedingungen der Produzent_innen dort und unserem Konsum sowie dessen Auswirkungen. Auch wenn die Kritik an der Gewinnung von Agrosprit als Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion immer deutlicher wird, wachsen in Zentralamerika die Flächen, die mit Zuckerrohr- und Palmölplantagen überzogen werden. Dies bedroht die Gesundheit und die Lebensgrundlage der Menschen. Es sind bereits tausende an Niereninsuffizienz und anderen Krankheiten, die durch den Einsatz giftiger Pestizide ausgelöst wurden, gestorben. Deutlich wird, dass das Thema viel stärker in den Fokus der Öffentlichkeit in Deutschland gerückt werden muss.

Solidarität gestern – heute – morgen

Die Bedingungen für die Nicaragua Solidaritätsarbeit haben sich in den letzten 30 Jahren grundlegend geändert. Die Revolution, verkörpert durch die FSLN (*Frente Sandinista de Liberación Nacional*, dt: Sandinistische Nationale Befreiungsfront), war der Bezugspunkt einer großen Solidaritätsbewegung in den 80er Jahren in Deutschland. Ungefähr 15.000 Freiwillige aus 400 Soli-Komitees reisten damals mit Brigaden nach Nicaragua und wurden durch ihre Erfahrungen dort persönlich und politisch nachhaltig geprägt. Nicaragua wurde zur Projektionsfläche für das eigene Streben nach einer besseren Zukunft, nach einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus und real-existierendem Sozialismus. Heute bietet der deutsche Staat jungen Menschen durch das geförderte Freiwilligen-Programm *Weltwärts* einen Auslandsdienst an. Der Artikel Von Soli bis *Weltwärts* greift diesen Wandel sowie die Gemeinsamkeiten und Unterschiede, rückblickend auf 30 Jahre Solidaritätsarbeit, auf.

Schließlich skizziert der Artikel «Solidaritätsarbeit heute und morgen – Perspektiven gegenseitiger Unterstützung» den Wandel der Solidaritätsbewegung im Laufe der Zeit und gibt eine kritische Selbsteinschätzung der eigenen Arbeit. Die politischen und sozioökonomischen Veränderungen in dem zentralamerikanischen Land sowie neue globale Herausforderungen haben auch die Solidaritätsarbeit verändert. Das Lernen aus Erfahrungen, die Verfolgung neuer Ansätze und die stetige Reflexion der eigenen Arbeit haben dazu beigetragen, dass die Solidaritätsbewegung nach wie vor fruchtbar ist. Der Artikel rückt die Beteiligten der Solidaritätsarbeit in den Fokus und lässt dabei unterschiedliche Aktivist_innen aus Nicaragua und Europa zu Wort kommen, die kontinuierlich für bessere Lebensbedingungen der Menschen vor Ort eintreten. Damit rundet der Artikel nicht nur dieses *nahua script* ab, sondern zeichnet zudem ein spannendes Stimmungsbild der regen Diskussionen und des konstruktiven Austausches der Konferenz.

Wir wollen in diesem Sammelband der Solidaritätsbewegung ein Gesicht geben und haben deshalb Portraitfotos einiger eingeladener Aktivist_innen abgebildet.

Anmerkungen, Literatur und Verweise

- 1 vgl. Documentation <http://www.nicaragua-verein.de/fileadmin/dokumente/aktuell/SolidaritaetmitNicaraguaheute.pdf>
- 2 ila (Zeitschrift der Informationstelle Lateinamerika) Ausg. 361, Dez. 2012: Stefanie Wassermann: «Nichts an Aktualität verloren, Nicaragua-Solidarität heute und morgen», S. 61.

Nahua

Die Nahuas sind eine indigene mesomerikanische Gruppe, deren Bevölkerungsmehrheit im Zentrum und in einigen nördlichen Gebieten Mexikos lebt sowie in Teilen der mexikanischen Pazifikküste, in Guatemala, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica und Panamá. Die Sprache Nahuatl macht die Besonderheit der Gruppe aus.

Wie bei allen mesoamerikanischen Gruppen charakterisiert sich auch diese durch ihre eigene Schrift und ihren Bücherreichtum, der in seiner großen Mehrheit von den Kolonialherren im XVI. Jahrhundert verbrannt wurde. Manche dieser Bücher überlebten, da sie aufgrund ihrer Wichtigkeit für die Gesellschaft durch die Bevölkerung besonders beschützt wurden. Unter den indigenen Gruppen ist das Land, die Gemeinschaft und die Kollektivität das Rückgrat ihrer Kultur und ihres Widerstandes, ebenso wie auch die Kommunikation und der Dialog.

Mit der Herausgabe der *nahua scripte* möchten wir den Kollektivgedanken aufgreifen mit dem Ziel, die Kommunikation, den Dialog und die Solidarität zwischen den Kulturen zu bewahren.

Kirsten Clodius

GEWALT GEGEN FRAUEN

Bei den Vorüberlegungen zur Gestaltung des Konferenzthemas «Gewalt gegen Frauen» stand das Ziel im Vordergrund, die Problematik der Gewalt gegen Frauen nicht auf innerfamiliäre Gewalt zu reduzieren, sondern das Thema verstärkt in einen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhang zu setzen. Die Konferenz sollte dabei genutzt werden, um die strukturelle, institutionelle Gewalt, das Versagen des Justizapparates und die Straflosigkeit der Täter näher zu betrachten: Wie verhält sich die Regierung und was birgt die Gesetzeslage in Nicaragua an Chancen und Herausforderungen.

Engagierte Feministinnen und Frauenrechtsorganisationen machen schon lange auf die steigenden Frauenmordraten in ihren Ländern aufmerksam. Oftmals ist ihre Arbeit begleitet von Anfeindungen und Diskriminierungen; unzählige Frauen in Mittelamerika arbeiten täglich daran, den Betroffenen von Gewalt eine Stimme zu geben.

Das Panel «Gewalt gegen Frauen» wurde von zwei nicaraguanischen Frauen gestaltet, die sich seit Jahren im Kampf gegen Gewalt engagieren und durch politische Arbeit und Kampagnen ein neues gesellschaftliches Bewusstsein für die Problematik schaffen. Auch in Europa erleiden Frauen Gewalt, Frauenmorde werden nicht in ihrer Bedeutung hervorgehoben. Gewalt gegen Frauen ist weltweit verbreitet und kein regionales Phänomen, das «vor Ort zu lösen» ist. Die Behandlung des Themas auf der Konferenz ist Ausdruck unserer Solidarität mit den Frauen in Nicaragua und weltweit, die tagtäglich Gewalt erleiden. Im Besonderen das Phänomen des Frauenmords in Nicaragua hat auch von Expert_innen und Kenner_innen des Landes aus feministischer Sicht bisher viel zu wenig Aufmerksamkeit bekommen.

Sara Henríquez und Yolanda Acuña zu Gast in Deutschland

Aus Nicaragua nahm Sara Henríquez, Feministin und Soziologin aus León, an der Konferenz teil. Sie arbeitet als selbstständige Beraterin in der Planung und Evaluation von Projekten, Fortbildungen und Konferenzen mit dem Fokus auf geschlechtsspezifische Entwicklungen. Außerdem trug Yolanda Acuña, Koordinatorin der Frauenorganisation MIRIAM in Estelí, mit ihrer Einschätzung der Situation und konkreten Beispielen aus der praktischen Arbeit mit Überlebenden von Gewalt zur Diskussion bei. Durch ein Stipendium von MIRIAM wurde ihr das Universitätsstudium ermöglicht, anschließend entwickelte sie als Juristin für die Organisation den Arbeitsbereich «Gewalt gegen Frauen».

In den Einführungsvorträgen der beiden Frauen wurde zum besseren Verständnis der Schwierigkeiten in der Frauen- und Menschenrechtsarbeit der aktuelle politische Kontext in Nicaragua beleuchtet. Seit einiger Zeit verstärken sich die autoritären Züge und die antideokratischen Entwicklungen derart, dass systematisch Mitspracheräume der Zivilgesellschaft geschlossen und die politische Opposition ausgebremst wird. Nicht selten werden Andersdenkende politisch und juristisch verfolgt oder Opfer gesteuerter Medienhetze. All dies hatte letztendlich eine noch stärkere Spaltung der Frauenrechtsbewegung und Feministinnen in Nicaragua zur Folge, als sie historisch bereits vorhanden war. Gleichzeitig wurden und werden aber auch Solidaritätsbekundungen aus dem gesamten lateinamerikanischen Raum laut, die offen die nicaraguanische Demokratie in Frage stellen.

Gewalt gegen Frauen in Nicaragua – Eine Bestandsaufnahme

Weltweit werden jedes Jahr zwei bis drei Millionen Frauen ermordet. Laut den Vereinten Nationen gehört Mittelamerika dabei zu den Regionen, in denen es am häufigsten zu Femiziden und Gewalt gegen Frauen kommt. Nicaragua bildet dabei keine Ausnahme. Diese Zahl der Gewalttaten gegen Frauen ist alarmierend. Und Gewalt gegen Frauen bis hin zum Mord ist keine neue Realität, sie ist historisch, kulturell, ideologisch, und religiös tief in der Gesellschaft verankert. Frauen sind täglich von Gewalt bedroht – durch ihre Väter, Verwandte, Freunde, Ehemänner, aber auch durch fremde Männer. Die Gewalt kann dabei verschiedene Formen annehmen: sie werden beschimpft, degradiert, eingeschüchtert, kontrolliert, verfolgt, sexuell belästigt und vergewaltigt – sowohl im häuslichen als auch im sozialen Umfeld. Im privaten Bereich untersagen Männer den Frauen nicht selten den Kontakt zu Freunden und ihrer Familie.

Frauen werden so von der Gesellschaft isoliert. Oft ist dieses verachtende Verhalten von der Anwendung körperlicher Gewalt begleitet, von Schlägen, Missbrauch, Vergewaltigung bis hin zu Mord.

Die Geschlechtergewalt resultiert dabei aus der patriarchalischen Kultur des Machismo. Die ungleichen Machtstrukturen gehen von einer sozialen Ordnung aus, die konstruiert ist. Frauen sind Männern untergeordnet, und diese nutzen Gewalt, um ihre Macht zu behaupten und die Ungleichheit aufrechtzuhalten. Frauen, die ihre Rechte einfordern und aus der antiquierten Frauenrolle heraustreten, werden von vielen Männern als Bedrohung wahrgenommen. Dazu trägt bei, dass mittelamerikanische Frauen immer öfter als früher zum Familieneinkommen beitragen und dadurch unabhängiger werden. Viele Männer dagegen können aufgrund von Arbeitslosigkeit ihrer Rollenerwartung des Ernährers nicht mehr gerecht werden. Gewalt dient ihnen als Mittel, um ihre Stellung in der Gesellschaft und als Familienoberhaupt zu wahren.

Der Staat nimmt seine Verantwortung nicht wahr

Gefördert wird die strukturelle gesellschaftliche Gewalt durch die passive politische Haltung der Regierung. Ihre Pflicht ist es zwar, die Bürger_innen und deren Leben zu schützen, aber nur selten verfolgen die Verantwortlichen Frauenmorde und Straftaten gegen Frauen mit den entsprechenden Mitteln. Das Patriarchat und der Machismo durchziehen nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die staatlichen Institutionen. Die Täter werden geschützt und somit rechnen die meisten gewalttätigen Männer damit, für ihre Taten nicht belangt zu werden. Die Hemmschwelle, Gewalt auszuüben, ist gering und sinkt durch Straflosigkeit immer weiter.

Männer, die Frauen misshandeln, tun dies oft sogar unbewusst, um ihre Macht durch Gewalt zu bestätigen oder wiederherzustellen. Die Ausübung von Macht und Überlegenheit sind auch zentrale Motive von Vergewaltigungen. Zudem wird in der Öffentlichkeit zum Beispiel oft die Kleidung von Frauen als aufreizendes und eindeutiges Angebot zu sexueller Aktivität definiert und führt nicht selten zu einer Stigmatisierung der Frauen. Die Schuld an der Gewalt wird ihnen selbst zugeschrieben. Ihre Kleidung legitimiert das Gewaltverhalten von Männern, wodurch die betroffenen Frauen gewissermaßen erneut traumatisiert werden. Aus strukturellen Problemen in der Gesellschaft und der Politik werden in der Öffentlichkeit Einzelfälle gemacht. Und damit wird die Verantwortung der Männer und des Staates abgeschoben auf ein Fehlverhalten der Frauen abgeschoben.

Femizid (oder Feminizid) fasst in einem Begriff den ganzen Umfang der Diskriminierung, der Marginalisierung, der Unterordnung von Frauen zusammen. Es sind gezielte Morde an Frauen aufgrund ihres Geschlechts, in vielen Fällen einhergehend mit Vergewaltigungen. Femizid schließt explizit staatliche Duldung und Förderung dieser Verbrechen mit ein. So wird der Begriff bewusst verwendet, um die Straflosigkeit der Täter und die daraus resultierende Mitverantwortung des Staates an den Verbrechen noch mehr zu betonen.

Frauenorganisationen unter Druck

Viele Frauenorganisationen haben es sich aufgrund der steigenden Anzahl an hilfesuchenden Frauen zur Aufgabe gemacht, konkrete Unterstützung in Gewaltfällen zu bieten. Dort wo der Staat versagt, übernehmen sie als zivilgesellschaftliche Organisation Verantwortung und bieten Betroffenen die dringend benötigte Hilfe. Auch die Organisation MIRIAM hat einen eigenen Arbeitsbereich «Gewalt gegen Frauen» und behandelt das Thema ganzheitlich mit Bildungsangeboten, juristischem und psychologischem Beistand für die betroffenen Frauen sowie durch Informationen über Ursachen und Wurzeln der Gewalt in der nicaraguanischen Gesellschaft und zu Rechten und Gesetzen zum Schutz der Frau.

Als von Gewalt betroffene Frau in Nicaragua Anzeige zu erstatten, ist leider allzu oft aussichtslos; und nicht nur deshalb sprechen viele Gründe dagegen, Anzeige zu erstatten. Häufig stehen die Frauen vor dem Problem, dass sie als Alleinverdienerinnen nicht stundenweise oder gar einen halben Tag von der Arbeit fern bleiben können, oder die finanziellen Einbußen so groß wären, dass die Mahlzeit der Kinder ausbliebe. Schlimmer aber ist der Druck aus dem familiären Umfeld, nicht noch größeren Schaden durch eine Anzeige anzurichten; Rache zu schüren soll vermieden werden. Trotz immer wiederkehrender Gewalt, fühlen sich viele Frauen schuldig, wenn sie ihren Aggressor ins Gefängnis bringen. Erst recht, wenn es sich dabei sogar um den Vater ihrer Kinder handelt. Vielfach kann nur die psychologische Beratung, die den Frauen kostenlos angeboten wird, den Betroffenen die ausreichende emotionale Stabilität ermöglichen, damit sie in der Lage sind, zur Polizei zu gehen. Die Erfahrung verschleppter Gerichtsprozesse, verloren gegangener Akten und völlig straffrei ausgehender Prozesse hemmen die Entscheidung, Anzeige zu erstatten. Die Furcht vor weiterer Erniedrigung bei der Anzeigenerstattung, das Erzählen ihres Falls vor fremden Menschen und Polizisten, oft mit dem Ergebnis, dass dann weiter nichts geschieht, lassen viele ihr Leiden verschweigen.

gen. Eine psychologische Begleitung bei den Gängen zu den verschiedenen Behörden und Kommissariaten erleichtert es den Frauen, die Hürden zu überwinden. Die Quote derer, die nach der ersten Kontaktaufnahme mit der Polizei ihre Anzeige zurückziehen, ist dennoch hoch. MIRIAM arbeitet gemeinsam mit anderen Gruppen/Organisationen daran, das öffentliche, sehr bürokratische Modell für die Betreuung von Gewaltfällen und Erstattung von Strafanzeigen zu verbessern.

Die Arbeit der Frauenorganisationen steht in der Bevölkerung noch immer vielen Vorurteilen gegenüber. Ihre Aktionen werden als feministisch-subversiv bezeichnet und mit Unbehagen beäugt. Ihre Gruppen abwertend als Lesbenvereinigungen betitelt, was nicht nur Ausdruck fehlenden gesellschaftlichen Bewusstseins ist, sondern auch die Diskriminierung und soziale Stigmatisierung sexueller Diversität in der nicaraguanischen Gesellschaft verdeutlicht.

Unhaltbare Zustände: Unklare Datenlage, fehlende Fallaufklärung und Straflosigkeit

Das Institut für Gerichtsmedizin¹ machte im März 2012 folgende Daten zugänglich: Es gab zwischen 2006 und 2011 einen Anstieg um 55% bei den angezeigten Gewaltfällen, die Gesamtzahl stieg dabei von 21.604 auf 33.535. Dabei sind 80% der Betroffenen von innerfamiliärer Gewalt Frauen, 84% davon sind unter 18 Jahren. Es werden im Monat durchschnittlich/statistisch 397 sexuelle Vergewaltigungen zur Anzeige gebracht, das heißt 13 am Tag. Alle zwei Stunden eine Vergewaltigung. Die Gerichtsmedizin kommt zu dem Ergebnis, dass Mediation in Fällen von innerfamiliärer Gewalt das Risiko erhöht, dass es im weiteren Verlauf des Konfliktes zum Mord an der Frau kommt. Generell sind die gesundheitlichen Risiken dadurch erhöht, dass der Täter straffrei bleibt. Die Praxis der mehrfachen Befragung der Betroffenen in den zuständigen Anlaufstellen macht die Frau in dem Moment erneut zum Opfer und lässt sie den Anzeigeprozess nicht selten abbrechen. Die Verfahren zur Aufnahme von Anzeigen und Begleitung der Fälle durch die Institutionen ist nicht angemessen. Die Statistiken der verschiedenen Anlaufstellen arbeiten mit unterschiedlichen Systemen, Variablen und Kriterien, so dass eine einheitliche Registrierung der Fälle erschwert ist.

Das Netzwerk gegen Gewalt an Frauen gibt bis September 2012 in Nicaragua 55 Morde an Frauen an. Die größte Gruppe bildeten dabei die 21 bis 30-Jährigen, gefolgt von jungen Mädchen zwischen 11 und 20 Jahren. Ein großer Teil (20) wurde erstochen und vergewaltigt. 19 Frauen wurden erschossen,

13 erdrosselt. Es zeigt sich, dass der eigene Haushalt in Fällen von Gewalt der am Wenigsten sichere Ort für die Frauen ist, 29 Frauen wurden zu Hause getötet. Aber auch auf der Straße ist die Sicherheit nicht höher: dort fanden 21 der Tötungsdelikte statt, 5 in Bars und am Arbeitsplatz. Nur 15 der Täter kannten ihre Opfer nicht, 40 standen mit den Frauen in irgendeiner Verbindung.

Bisher wurde in keinem der Fälle der Schuldige bestraft. 28 der Täter konnten sich einer juristischen Strafverfolgung entziehen, in zehn Fällen wurde der Täter nicht ermittelt, 18 flohen außer Landes und vier begingen Selbstmord. Nur 22 Täter sind in Haft und warten auf eine Gerichtsverhandlung und einen Urteilsspruch. Die offizielle Polizeistatistik erfasste für den gleichen Zeitraum nur 34 Morde an Frauen. Das zeigt wie schwach die systematische Datenerfassung ist, beruft sich doch das Netzwerk gegen Gewalt auf die in den Frauenkommissariaten, einer Untereinheit der Nationalpolizei, registrierten Straftaten gegen Frauen.

Gewalt gegen Frauen – nicaraguanischer Alltag

Die hohen Zahlen von Gewaltverbrechen an Frauen gehen in Nicaragua in der Regel nicht auf das Konto grausamer Straftaten von Drogenkartellen. Dies trifft stärker auf andere Länder der Region, wie z. B. Mexiko zu. In Nicaragua finden sie vor allem innerhalb des direkten Umfelds der Betroffenen statt. Viele der Frauen kommen aus bildungsärmeren Kreisen im ländlichen Raum. Vor allem dort stehen Frauen, die häusliche Gewalt erfahren, ohne institutionelle Unterstützung da. Staatliche Behörden wie Polizei oder Justiz bleiben untätig. Oft können sie aufgrund der Entfernung gar nicht erreicht werden.

Obwohl es in Nicaragua eigens eingerichtete Kommissariate für Frauen gibt, werden häufig die Täter geschützt und die Richter nicht in angemessener Weise aktiv. Akten verschwinden, Zeugenaussagen werden in Frage gestellt, Prozesse werden verlangsamt, Täter freigesprochen. All das hemmt die Frauen, überhaupt Anzeige zu erstatten. Hinzu kommt die Angst vor der Rache, wenn sie Gewalttaten überhaupt zur Sprache bringen. Sie können nicht damit rechnen, dass der Täter schlussendlich vor Gericht verurteilt wird. Das bestätigen auch die Angaben (s. o.) des Netzwerks gegen Gewalt. Ein Großteil der Täter wird nicht bestraft, oft nicht einmal strafrechtlich verfolgt. So macht sich der nicaraguanische Staat zum Mittäter. Sara Henríquez erklärt dazu: «Die Bürokratie erschwert den Opfern den Prozess oder macht sie gar durch die Straflosigkeit der Täter erneut zu Opfern des Systems.»

Straflosigkeit scheint die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung zu senken, der Staat macht sich also zum Mittäter – sowohl an der Gewalttat als auch an den strukturellen Ungerechtigkeiten, die Frauen täglich erleiden. Nicht nur in Nicaragua; keine Regierung der Region geht angemessen gegen die Gewalt vor, auch wenn in einigen Ländern (z. B. El Salvador und Mexiko) der Tatbestand des Frauenmords in die Strafgesetzgebung aufgenommen worden ist.

Es ist erschreckend, dass Männer so weitgehend ungestraft Gewalt gegen Frauen ausüben können. Frauen werden ermordet, jedoch schützen Justiz und Polizei direkt oder indirekt die Täter. In weiten Teilen der Gesellschaft wird die Gewalt von Seiten der Männern bagatellisiert und von der großen Mehrheit gewissermaßen als etwas Normales wahrgenommen. Gab es die Gewalt doch schon immer. Berichte in öffentlichen Medien, wie der Zeitung oder dem Radio, behandeln selten das sensible Thema der Gewalt gegen Frauen. Traurige Tatsachen werden reißerisch für die Berichterstattung aufbereitet. Strukturelle Hintergründe, warum es wieder zu grausamen Morden an Frauen kommt, bleiben ohne Analyse. Ein gesellschaftliches Umdenken wird nicht angestoßen. Im Alltag werden traditionelle Rollenbilder des «männlichen Latino» kontinuierlich reproduziert. Mütter erziehen ihre Kinder wie sie selbst erzogen wurden, Fernsehen, Musik, Bilder, Internet und Medien stellen die Macho-Kultur nicht in Frage, sie verstärken sie. Alles in allem wird Gewalt als ein probates Mittel zur Durchsetzung des männlichen Willens anerkannt. Eine entscheidende Rolle spielt in der Erziehung das gebetsmühlchenartige Wiederholen von geschlechtsbezogenen Attributen. Männer werden als das starke Geschlecht verherrlicht und Eigenschaften wie unabhängig, aggressiv, mächtig und gewaltsam als männlich definiert. Dagegen wird die untergeordnete Rolle der Frau verstärkt, in dem Eigenschaften wie unterwürfig, still, gehorsam, wohlerzogen und hilfsbereit – besonders Männern gegenüber – als weiblich gelten.

Abtreibung: Recht oder Straftat?

Das Abtreibungsgesetz, das im Oktober 2006 kurz vor der Wahl von Daniel Ortega zum Präsidenten verabschiedet wurde, ist Resultat einer Allianz zwischen der Katholischen Kirche, der FSLN und den konservativen Parteien. Es war ein politisches Zugeständnis des Präsidentenkandidaten Ortegas an die katholische Kirche für die Unterstützung seines politischen Projekts. Die Motoren dieser Gesetzesänderung nehmen in Kauf, dass Frauen und Mädchen vor allem aus armen Schichten risikoreiche Abtreibungen unter prekären Bedingun-

gen vornehmen (lassen) müssen, da das absolute Abtreibungsverbot sie in die Illegalität drängt. Den Opfern von Vergewaltigungen vom Vater, dem Liebhaber der Mutter, dem Onkel oder einem Fremden wird die Abtreibung ebenso untersagt wie in schwerwiegenden Krankheitsfällen, bei Gesundheits- und Lebensgefahr für Mutter und Kind. Denn gesetzlich ist es seitdem unter keinen Umständen legal, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen – eben auch als sogenannte medizinische Indikation nicht. Das Leben der Mutter kann in Gefahr sein, das ungeborene Baby darf nicht berührt werden. Krankenhäuser und Ärzte lassen aus Angst vor Sanktionen Mütter und Ungeborene unbehandelt sterben. Nicaragua hatte früher schon ein fortschrittlicheres Gesetz gehabt, die Rücknahme des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch aus medizinischer Indikation bedeutet einen erheblichen Rückschritt und ist eine Beschneidung elementarer Menschenrechte von Frauen.

2008 begann eine verstärkte Polarisierung der nicaraguanischen Gesellschaft in FSLN-Anhänger_innen und Gegner_innen. Dies hatte seine Ursache einerseits in den deutlichen Verbesserungen für die Armutsbevölkerung und andererseits in einer immer skrupelloseren Machtpolitik der FSLN. Die Zunahme von staatlicher Willkür und Repression stellt(e) die sozialen Bewegungen und auch die Solidaritätsgruppen vor Herausforderungen. Das generelle Abtreibungsverbot führte zu vehementen nationalen und internationalen Protesten. Im Oktober 2008 kam es zu einer Reihe von Repressionsmaßnahmen seitens der Regierung gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen, die öffentlich ihre Kritik an der Regierung äußerten. Die Generalstaatsanwaltschaft ermittelte dabei gegen eine Reihe nationaler NGOs, in ihrer Mehrzahl Frauenorganisationen, die der «Geldwäsche» bezichtigt wurden. Sofia Montenegro vom Zentrum für Kommunikationsforschung CINCO bewertete damals den Vorstoß der Regierung als einen Vergeltungsakt Ortegas, weil die Frauenbewegung sich vehement gegen das Abtreibungsverbot gewehrt hatte und darüber hinaus nicht vom Vorwurf des Missbrauchs seiner Stieftochter Zoilamérica Narváez abließ. Bei einer Durchsuchung wurden als Einschüchterungsmaßnahme Computer der unabhängigen Frauenbewegung MAM beschlagnahmt.

Das «Gesetz 779» zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen

Wie viel Wirkungskraft die Frauenbewegung aber hat, zeigen ihre Erfolge in der politischen Lobbyarbeit zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, wie das Inkrafttreten des neuen Gesetzes 779 zeigt. Die nicaraguanische Nationalversammlung verabschiedete am 26. Januar 2012 mit großer Mehrheit die-

ses neue Gesetz, das neue Strafen für die Täter, aber auch Präventionsmaßnahmen und Hilfen für die Betroffenen vorsieht. Es stärkt die rechtliche und institutionelle Position der Frauen in Bezug auf Gewalttaten und Diskriminierungen. So wird jede gegen eine Frau ausgeführte Handlung von Gewalt, immer auch als Tatbestand von Diskriminierung gewertet und verstößt so gegen die gesetzlich bestimmte Gleichberechtigung von Frauen in Machtverhältnissen. Zudem werden verschiedene Formen von Gewalt gegen Frauen als neue Straftatbestände definiert, einschließlich des Frauenmordes (Femizid). Als Frauenmord wird in Nicaragua erstmals gesetzlich als Verbrechen definiert, wenn «ein Mann einen Mord im Rahmen ungleicher Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau im öffentlichen oder privaten Bereich verübt». Das Gesetz sieht neue, spezialisierte Gerichte vor, die Gewalt gegen Frauen ahnden sollen. Die verschiedenen staatlichen Instanzen sollen künftig enger zusammenarbeiten, um der Gewalt besser zu begegnen. Eine interinstitutionelle Kommission zwischen staatlichen und zivilen Organisationen soll eingerichtet werden. Des Weiteren sollen die schon bestehenden Frauenkommissariate gestärkt werden und mit Öffnungszeiten rund um die Uhr Frauen zu jeder Tag- und Nachtzeit eine Anlaufstelle bieten. Mediation als Mittel zur Konfliktlösung in Gewaltfällen ist nicht mehr anerkannt.

Im Vorfeld der Verabschiedung war das Gesetz in der Öffentlichkeit höchst umstritten. Neue Tatbestände im Strafgesetzbuch stießen bei vielen Männern auf Widerstand: So können Vorgesetzte in einer Firma, einer Schule o. ä., die Kenntnis von sexuellen Übergriffen auf eine Person in ihrer Einrichtung haben und dies nicht der Polizei melden, mit einer Haftstrafe von 50 bis 100 Tagen belegt werden. Auch verschiedene Formen psychischer Gewalt werden im neuen Gesetz definiert und mit Strafen von acht Monaten (falls das Opfer eine Psychotherapie benötigt) bis zu 13 Jahren (bei schweren, irreversiblen psychischen Folgen) geahndet. Den Gesetzes-Anstoß gab die Frauenorganisation *Movimiento de Mujeres «María Elena Cuadra»*, kurz MEC, aus Managua. Auch das Frauennetzwerk gegen Gewalt *La Red de mujeres contra la Violencia* war am Prozess beteiligt. Ein größeres Bündnis von Frauenorganisationen legte den Gesetzesvorschlag dem Parlament Ende 2010 vor, doch es bedurfte noch erheblichen Drucks von der Straße und politischer Lobbyarbeit bis das Parlament im Januar 2012 endgültig zustimmte und es im Juni 2012 dann in Kraft trat.

Sara Henríquez bewertet das Inkrafttreten folgendermaßen: «In Nicaragua werden Gesetze zum Schutz der Frauen immer vor den Wahlen verfasst: zu den nationalen Wahlen 2006 wurde die Abtreibung, einschließlich der the-

rapeutischen, verboten und jetzt, mit einem Hauch von Opportunismus in der Vorwahlperiode der Lokalwahlen im November, wurde das Gesetz 779 eingeführt. Das Gesetz wurde von den Frauenbewegungen gefordert und mit einem Vorschlag des obersten Gerichts kombiniert. Es wurde aber von einer Regierung und Justiz erstellt, die Straflosigkeit praktiziert und im Widerspruch zu dem Geist und den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit liegt.

Die Frauen Nicaraguas sehen das Gesetz 779 insgesamt als positiv, neuartig und notwendig in Bezug auf die Anerkennung des Femizids und der patriarchalen Gewalt als Straftat an. Für Yolanda Acuña ist vor allem die Prävention von Gewalt ein wichtiger Punkt; müssen bei der Vorsorge doch die Ursachen der Gewalt ebenfalls betrachtet werden. Gewalt ist immer auch Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse und im Fall eines Femizids entsteht der Mord durch Hass auf eine Frau, es ist kein Mord an einem Mann und er steht in Verbindung zu einer frauenfeindlichen, männerdominierten Gesellschaft².

Auch die Verpflichtung für staatliche Institutionen, sich fortan mit Organisationen der Zivilgesellschaft in ihrer Arbeit zu koordinieren, sieht sie als Fortschritt. Wobei eingeräumt werden muss, dass die letztendliche Mitsprache und Entscheidungskraft der zivilgesellschaftlichen Organisationen wohl nicht so stark wiegen wird. Und noch fehlt im Haushalt das notwendige Budget für die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen. Auch liegt die Vermutung nahe, dass bei vielen Entscheidungsträger_innen der politische Wille fehlt, ernsthaft Schritte zur Anwendung und Umsetzung des Gesetzes zu unternehmen.

Neues Familiengesetz

Kurze Zeit darauf verabschiedete das Parlament im März 2012 mit dem Entwurf zum Familiengesetz ein anachronistisch anmutendes Gesetz fernab der nicaraguanischen Alltagsrealität. Darüber hinaus stellt es bereits errungen geglaubte Schritte in puncto Gleichberechtigung und Ahndung sexueller Diskriminierung in Frage. Die konzeptionelle und reale Anerkennung «der Familie» lautet nach Artikel 31 wie folgt: «Die Familie ist die natürliche und grundlegende Einheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch den Staat. Der Kern der Familie basiert auf einer Ehe oder einer stabilen Beziehung zwischen einer männlichen und weiblichen Person und der Nachkommenschaft der Eheleute oder Lebensgefährten.» Proteste und Demonstrationen der Lesben, Homosexuellen, Transgender sowie der Frauen und Feministinnen richteten sich gegen den Ausschluss von sexuellen Orientierungen und alleinerziehender Mütter.

Sie fordern eine gleichberechtigte Anerkennung der Familie nach der Realität und nicht nach konservativen, autoritären und religiösen Normen. Der Artikel proklamiert Heterosexualität, Treue, ewige Liebe und einen überholten Diskurs über Partnerschaft im Sinne eines «In guten wie in schlechten Zeiten...». Hier werden biblische Werte in einem weltlichen Staat verankert – auch wenn dies bedeutet, einem gewalttätigen Ehemann bis zum Tod zur Seite zu stehen.

Auch verstärkt das neue Gesetz die Ablehnung des therapeutischen Schwangerschaftsabbruchs. In mehreren Artikeln wird das Recht auf Leben vom Zeitpunkt der Empfängnis an festgeschrieben, die ungeborenen Leben als minderjährige Kinder gezählt und auf das Gebot «Du sollst nicht töten» Bezug genommen.

Einige Beispiele, die verdeutlichen, von welcher Form von Gewalt Frauen in Nicaragua betroffen sind:

- Eine junge Frau wurde von ihrem Arbeitskollegen, einem Beamten der Migrations- und Ausländerbehörde, vergewaltigt. Statt eine Haftstrafe von 4 Jahren zu verbüßen, wurde er durch einen Beschluss des Obers ten Gerichtshofs mit der Begründung freigesprochen, er hätte im Affekt gehandelt und sie hätte sich nicht dagegen gewehrt.
- Ein 13-jähriges Mädchen wurde in Granada Opfer einer Vergewaltigung. Täter war der Baseball-Profi Jimmy González. Er ist auf freiem Fuß, obwohl mittels einer DNA-Analyse die Vaterschaft zum geborenen Kindes nachgewiesen werden konnte.
- In einem anderen Fall brachte nach einer Vergewaltigung ein zwölfjähriges Mädchen aus Walpa Siksa nach einer Risikoschwangerschaft ein Kind zur Welt. Die Behörden feierten dies als ein Wunder Gottes statt den Sexualstraftäter ausfindig zu machen.
- Einer der emblematischsten Fälle ist aber sicher die Vergewaltigung eines 12-jährigen, behinderten Mädchens durch Polizisten der Leibgarde Daniel Ortegas, die den Präsidentenpalast bewachten. Frauenorganisationen drängen auf die Aufklärung des Falls, aber die Täter werden durch politische Machthaber so geschützt, dass es nicht möglich ist, die Tat vollständig aufzuklären und eine Bestrafung der Täter herbeizuführen.

Ein weiterer Fall, der zwar für große Aufmerksamkeit sorgte, aber für den dennoch auch keine Gerechtigkeit erzielt werden konnte, war die Ver-

gewaltigung von Fátima Hernández im Juli 2009. Hernández hatte mit tagelangen Mahnwachen und Hungerstreiks eine angemessene Bestrafung ihres Peinigers gefordert. Das Verbrechen war vollständig aufgeklärt, es gab Zeugen, Beweise, ein Gerichtsurteil. Die Urteilsrevidierung und Reduzierung der bereits festgelegten Strafe des Vergewaltigers (Farinton Reyes, Mitglied der FSLN) durch die Magistratin Juana Méndez, begründete sich durch die nachträgliche Einstufung als Affekthandlung, «sein angetrunkener Zustand durch Bierkonsum führte zu Raserei und einer Art Wahnsinn, welcher sexuelle Erregung und Enthemmung verursachte». Die Revidierung wurde von einer anderen Magistratin zwar als ungesetzlich bewertet, dennoch wurde später zusätzlich zur Verkürzung der Haftstrafe von 8 auf 4 Jahre sogar das Strafmaß wegen guter Führung auf lediglich einen abzugeltenden Hausarrest reduziert. Es handelt sich hierbei um einen klar politischen und deshalb gefährlichen Präzedenzfall. So wurde Fátima zusätzlich zur körperlichen Vergewaltigung auch Opfer der unfähigen Justiz, in diesem Fall durch Korruption im Obersten Gerichtshof. Die Frauenbewegung unterstützte Fátima im Hungerstreik und führte eine Öffentlichkeitskampagne durch, um auf eine gerechte Strafe des Täters zu drängen. Paradoxerweise gab es kurze Zeit zuvor im Gericht eine Kampagne mit dem Titel ‹Frauen, ihr seid nicht allein›, die dazu beitragen soll, die Öffentlichkeit für das Problem der sexualisierten Gewalt zu sensibilisieren. Innerhalb des zweigeteilten Obersten Gerichtshofs führte diese Kampagne aus politischen Gründen zu keinem gerechten Ergebnis. Fátima Hernández musste ihren Hungerstreik aus gesundheitlichen Gründen abbrechen, um ihr Leben nicht zu riskieren. Als sie erfuhr, dass ihr Vergewaltiger vorzeitig aus der Haft entlassen wurde, erlitt sie einen Zusammenbruch.

Ein anderer Fall ist der von Militza Matute. Sie wurde von ihrem venezolanischen Mentor vergewaltigt, als sie mit einem Stipendium an der medizinischen Universität ELAM in Venezuela studierte. Sie kehrte mit psychomotorischen Störungen zurück nach Nicaragua, leidet an Depressionen und erhält keinerlei Unterstützung durch die Regierung, um der Anzeige der Straftat Kraft zu verleihen. Auch bekommt sie keinerlei finanzielle Unterstützung für ihre Gesundheitsversorgung und ist auf sich allein gestellt.

Was bedeutet Solidarität in diesem Kontext?

Wo muss angesetzt werden, welche Perspektiven gibt es?

Sara Henríquez erklärt dazu: «Es ist unvorstellbar, schon bei einer Handvoll neu registrierter Denguefälle wird das Gesundheitsministerium aktiv und

die Bevölkerung in Alarm versetzt, die eigentliche Seuche der Gewalt gegen Frauen aber wird tabuisiert.

Wir Frauen und Feministinnen bieten weiterhin der Gewalt gegen uns öffentlich die Stirn und stützen uns dabei auf unsere Arbeit mit der Zivilgesellschaft und denjenigen, die vom Staat demagogisch und durch Parteidiktatismus ausgeschlossen werden. Wir treten für alles ein, was sich auf die Erfüllung der in der Verfassung festgeschriebenen Gesetze bezieht, wie die integrale Gesundheit von Frauen, die Einbeziehung von Frauen in die städtische und ländliche Ökonomie. Bildung, Weiter- und Ausbildung, Verteidigung von Menschenrechten, Prävention, und Beachtung von Gewaltfällen gegen Frauen sowie das Herbeiführen von Gerechtigkeit. Solidarität liegt für uns in der Unterstützung in diesen Anliegen. Wir trotzen weiterhin dem Patriarchat. Wir sind uns bewusst, dass wir die Fähigkeit haben, die Geschichte zu verändern. So wie wir es seit Jahrhunderten bereits tun.»

Yolanda Acuña benannte darüber hinausgehend vor allem folgende konkrete Anliegen, in denen Solidarität mit den Frauen in Nicaragua gefragt ist; dabei bedeutet Solidarität jedwedes Handeln, das folgenden Prozessen förderlich ist oder sie erst ermöglicht:

- Förderung von Koordination und Allianzen mit Institutionen und Organisationen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene;
- sich für die Etablierung eines Rechtstaates einzusetzen, die Einführung eines weltlichen Staates und damit auch die Wiedereinführung des Abtreibungsrechts zu unterstützen;
- Unterstützung beim Vorantreiben von Prozessen zum sozialen und ökonomischen Empowerment der Frauen als eine Strategie für Frauen, der Gewalt zu entkommen;
- Betreuung von Frauen in Fällen von Gewalt und Begleitung bei den Hördengängen, um tatsächlich Gerechtigkeit herbeizuführen und ihre Rechte umzusetzen;
- Permanente Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für eine Veränderung der gesellschaftlich konstruierten Geschlechterverhältnisse;
- Die Arbeit mit Basisnetzwerken auf Gemeindeebene stärken.«

«FrauenStimmen gegen Gewalt» – Eine Solidaritätskampagne

In Solidarität mit den von Gewalt betroffenen Frauen stieß die Christliche Initiative Romero (CIR) 2010 die Kampagne «¡Basta Ya! FrauenStimmen gegen

Gewalt» an und unterstützt seitdem in einem breiten Programm nicaraguani-sche und mittelamerikanische Partner_innen, die sich für Frauenrechte ein-setzen. So erhielt beispielsweise die Frauenorganisation MEC – maßgebliche Kraft in der Erarbeitung des Gesetzesvorschlags 779 gegen Gewalt an Frauen – konkrete Unterstützung der Kampagne. Eine Kurzdokumentation über die Arbeit des Menschenrechtzzentrums CENIDH wurde in einem der Themen-workshops gezeigt. Die DVD «Jetzt habe ich eine Stimme» (CIR) mit insgesamt 5 Episoden über die Arbeit nicaraguanischer Frauenorganisationen gegen Ge-walt an Frauen entstand im Rahmen der Kampagne und wird gleichermaßen in Deutschland und Nicaragua u.a. in der Bildungsarbeit mit Multiplikator_innen eingesetzt.

Anmerkungen, Literatur und Verweise

- 1 Dr. Zacarías Duarte Castellón, Director. Gral del Instituto de Medicina Legal, Managua 23 de Marzo del 2012.
- 2 Movida, Herbst 2012: Informationsbüro Nicaragua e.V., 2012, S.7-8.

AUFBRUCH IN ABHÄNGIGKEITEN

Nicaraguas Wirtschaftspolitik unter Daniel Ortega

Armutsbekämpfung hat heute in Nicaragua eine große Bedeutung. Zwischen 2005 und 2009 verringerte sich der Anteil der Armen von 48,3 auf 42,5%, der Anteil der extrem Armen von 17,2 auf 14,6%¹. Gleichzeitig steigt aber auch die Anzahl der «Superreichen». Allein von 2011 bis 2012 erhöhte sich die Zahl der Vermögenden mit über 30 Millionen Dollar von 180 auf 190 Personen. Dieser Anteil liegt im Mittel der anderen Länder Zentralamerikas². Armutsbekämpfung geschieht in Koexistenz mit den Mächtigen der Wirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Ziele der Regierung Ortega findet man programmatisch im Nationalen Entwicklungsplan (Plan Nacional de Desarrollo Humano, PNDH), wo als oberstes Ziel angegeben wird, die Lebensbedingungen aller Nicaraguaner_innen zu verbessern, besonders die der Armen.

Hauptziel der Wirtschaftspolitik ist Wachstum über Weltmarktintegration. Das heißt Ausweitung des Exports und Anlocken ausländischer Investitionen und funktioniert über die Ausbeutung der Naturressourcen und der billigen Arbeitskraft. Nicaragua verzeichnete in den vergangenen Jahren das höchste Wirtschaftswachstum in Zentralamerika, in 2011 z. B. 4,7% und 2010 4,5%. Ein Blick in die Statistik macht klar, dass der Außenhandel der Motor des Wirtschaftswachstums war³:

Jahr	Wirtschaftswachstum (Wert) in %	Exportsteigerung (Wert) in %
2010	4,5	32,8
2011	4,7	22,3

Die Exportsteigerungen basieren auf der Ausbeutung von Naturressourcen, insbesondere Kaffee, Rindfleisch, Gold und Zucker, aber auch auf der Produktion der Weltmarktfabriken in den sog. Freien Produktionszonen. Infolge der Weltfinanzkrise steigt der Goldpreis seit Jahren, daher wurde auch in Nicaragua die Goldförderung erhöht.

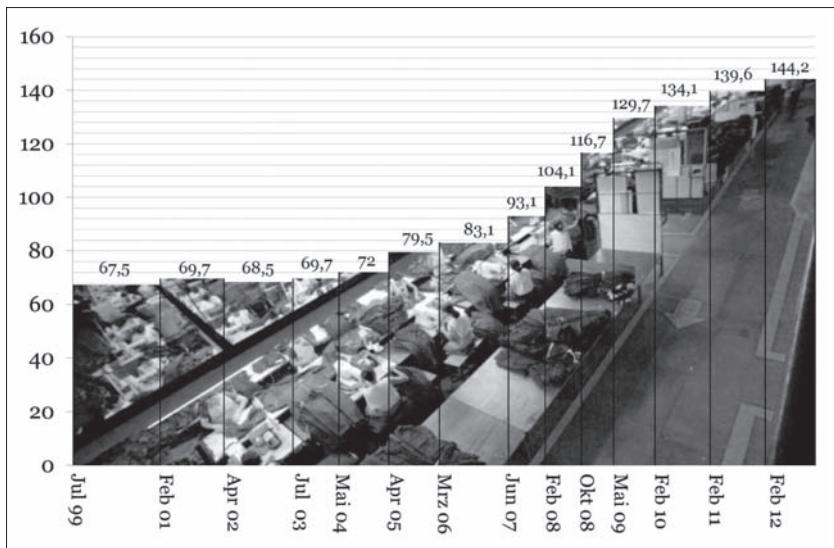
In der Regierungszeit Daniel Ortegas hat sich die Fördermenge mehr als verdoppelt und der Wert mehr als verfünfacht, vor allem durch die neuerliche Inbetriebnahme der Goldmine Orosi in La Libertad, Chontales. Hauptnutznieder dieses Exporterfolges sind ausländische Bergbauunternehmen, hier das kanadische Unternehmen B2Gold Corporation. Wie überall in Lateinamerika wird auch in La Libertad das Gold im Tagebau gefördert und mit Zyanid vom Gestein getrennt. Die Umweltorganisation *Centro Humboldt* beklagt im Einklang mit der örtlichen Bevölkerung die mit Zyanid und Arsen verseuchten Bäche und Flüsse, die weiter zur Versorgung von Menschen und Tieren genutzt werden, während die Regierung hier ein Beispiel für die Attraktivität des Landes für ausländische Investitionen sieht.

Auch der Export von Rindfleisch ist in den letzten Jahren rasant gestiegen, zwischen 2006 und 2011 hat sich die Menge mehr als verdreifacht⁴.

Jahr	Menge (Tonnen)	Wert (Millionen US-\$)
2006	30.134	148,00
2010	84.721	310,00
2011	105.667	432,00

Diese Expansion bei der Viehzucht geschieht in Nicaragua seit Jahrhunderten nach der gleichen Methode: die Grenze zwischen dem bebauten Land und dem Regenwald, die man dort *frontera agricola* (Agrargrenze) nennt, wird weiter nach Osten in den Wald hinein vorgetrieben. Wälder werden abgeholt; auch hier sind die Nutznieder_innen die großen Unternehmen: Grundbesitzer_innen, Schlachthöfe, Exporteure. Hauptabnehmer_innen beim Rindfleisch sind heute nicht mehr die USA, sondern Venezuela, das noch 2006 überhaupt kein Rindfleisch aus Nicaragua importiert hatte.

Jahr	Gesamtawachstum (%)	Wachstum Zona Franca (%)
2010	4,5	31,4
2011	4,7	37,2



Arbeitsplätze in den Freien Produktionszonen

Auch die *zona francas* (Freie Produktionszonen) sind überproportional am gesamtwirtschaftlichen Wachstum beteiligt. 2010 stiegen hier die Exporte um 31.4 % und 2011 noch einmal stärker um 37.2 %⁵.

Indessen lässt eine differenziertere Betrachtung der Politik der Regierung Ortega in Bezug auf die Freien Produktionszonen neben Kontinuitäten mit der Politik der liberal-konservativen Vorgängerregierungen auch Brüche und positive Veränderungen deutlich werden. Die FSLN-Regierung stand in den ersten Jahren nach ihrer Amtszeit wegen deutlicher Lohnerhöhungen in einem konfliktiven Verhältnis zu den Arbeitgeber_innen in den Freien Produktionszonen. Auf Androhungen taiwanesischer Firmen das Land zu verlassen, reagierte Ortega mit der Bemerkung es handele sich bei der Arbeit in den *zonas francas* um ‹Sklavenarbeit› und man solle diese Firmen lieber ziehen lassen. Eine Annäherung zwischen Arbeitgeber_innen, Regierung und Gewerkschaften ergab sich, als Nicaraguas freie Produktionszonen massiv an Arbeitsplätzen verloren. 2010 unterzeichneten Regierungen, Arbeitgeber_innen und Gewerkschaften ein auf drei Jahre ausgelegtes Abkommen, in dem moderate Lohnerhöhungen festgelegt und mit dem Versprechen einer Reihe sozialer Verbesserungen verbunden wurden.

Während seitdem ein großer Teil der Mitarbeiter_innen von subventionierten Lebensmitteln profitieren, wurden eine Reihe anderer Verbesserun-

gen, wie zum Beispiel der Bau von 1000 Sozialwohnungen, nicht umgesetzt. In der Kritik stehen daher auch die wenig verbindlichen Formulierungen des Abkommens.⁶

Die Arbeitgeber_innenseite profitiert derweil von einem starken Rückgang sozialer Konflikte in den Produktionszonen und gestiegener gesellschaftlicher Akzeptanz. Das Lohnniveau sei 2007 eindeutig zu niedrig gewesen, erklärt auch Javier Chamorro von Nicaraguas Investment-Agentur *ProNicaragua*. Für diesen Lohn habe man keine gute Leistung der Mitarbeiter_innen erwarten können. Ein Land wie Nicaragua müsse aber die Wettbewerbsfähigkeit im Auge behalten und hierbei seien die Löhne ein wichtiger Faktor. Gleichwohl sei es das Ziel der Regierung, Spielräume für Lohnerhöhungen zu schaffen, indem man Kosten für andere Faktoren wie Energie und bürokratische Hürden senkt. Bei der Suche nach Investoren wirbt Nicaragua inzwischen nicht mehr nur mit niedrigen Löhnen, sondern mit im regionalen Vergleich niedriger Kriminalität und sozialem Frieden durch Dialog mit Arbeitgebern_innen und Gewerkschaften.

Ausländische Direktinvestitionen sind der Regierung Ortega sehr wichtig. Diese werden häufig in *zonas francas* und dem Bergbau getätigt, auf die landesweit über die Hälfte der Überstunden entfallen. Arbeitsrechtsverletzungen und die Unterdrückung von Gewerkschaften hat auch die FSLN-Regierung bisher nicht überwinden können. In konkreten Fällen wirkt die Drohung der Arbeitgeber_innenseite mit möglichen Betriebsverlagerungen weiterhin. Und dennoch gibt es mehr und bessere Kontrollen in den Betrieben und das Arbeitsministerium ist vor Ort präsent, um Arbeiter_innen über ihre Rechte zu informieren. Dass der Dialog zwischen Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften funktioniert, wird auch durch die kürzliche Unterzeichnung eines erneuten Übereinkommens Ende 2012 für die Jahre 2014 bis 2017 deutlich, die Nominalloherhöhungen fallen mit jährlich 8% jedoch eher niedrig aus.

Der Bereich erneuerbare Energien sollte auch erwähnt werden: Das Ziel, 2017 über 95 Prozent des Stroms ökologisch zu erzeugen, ist recht anspruchsvoll⁷ und man ist auf diesem Weg schon ein gutes Stück vorangekommen⁸.

Außerdem plant die nicaraguanische Regierung einige Projekte, die sich nur mit Investitionen aus dem Ausland verwirklichen lassen:

- Bau eines internationalen Flughafens bei Montelimar zusammen mit dem spanischen Tourismus-Multi Barceló (Vertragsunterzeichnung im Oktober 2012),
- Bau eines Kanals vom Atlantik zum Pazifik mit Kosten von 30 Milliarden Dollar, die nur über ausländische Investitionen erbracht werden können.

Bei der Armutsbekämpfung sind rein soziale Programme von solchen mit einer Komponente zur Wirtschaftsförderung zu unterscheiden. Zur ersten Gruppe gehören:

- Subvention des öffentlichen Verkehrs Managua: 45,9 Millionen Dollar
- Unterstützung der Staatsangestellten *bono solidario*: 59,4 Millionen Dollar,
- Subvention des Stromverbrauchs: 147.2 Millionen Dollar,
- Ausgabe von Wellblech als Dachbedeckung an Bedürftige (*plan techo*)
- Einführung des Prinzips der Kostenfreiheit im Gesundheits- und Bildungswesen, wenngleich die Versorgung lückenhaft bleibt.

Die Zahl von Arztbesuchen und Operationen ist seit der Machtübernahme der FSLN deutlich gestiegen. Gab es noch bis 2006 regelmäßig ca. 250.000 Arzkonsultationen jährlich, so sind diese bis 2010 auf 400.000 angestiegen.⁹ Zur zweiten Gruppe gehören vor allem Programme im landwirtschaftlichen Bereich wie

- *hambre cero* (Null Hunger),
- *Programa Christiano Socialista y Solidaria*, CRISSOL (Christlich sozialistisches und solidarisches Programm), zur Finanzierung der Aussaat
- Entwicklung des gerechten Handels (2012: 70 Millionen Dollar),
- *usura cero* (Kein Zinswucher).

Diese Programme sind häufig positiv bewertet worden. Bleibt die Frage, wie sie finanziert werden.

Seit 2007 ist Nicaragua Mitglied der *Organisation Petrocaribe*, und bezieht darüber sein Erdöl zu sehr günstigen Bedingungen aus Venezuela. Nicaragua kauft zwar zum Weltmarktpreis, muss aber nur die Hälfte sofort zahlen. Für den Rest gewährt Venezuela einen langfristigen günstigen Kredit: 2% Zinsen, 25 Jahre Laufzeit, die erst nach 2 Jahren beginnt. Abgewickelt wird das Ganze über ALBANISA (*Alba de Nicaragua Sociedad Anónima*), eine private Aktiengesellschaft, an der die staatlichen Erdölunternehmen Venezuelas, PDVSA, und Nicaraguas, PETRONIC, mit 51% bzw. 49% beteiligt sind. ALBANISA verkauft das Erdöl weiter an die Raffinerie und bekommt natürlich den vollen Preis. Die Hälfte dieser Einnahmen, die nicht sofort an Venezuela gezahlt werden muss, steht für soziale Projekte zur Verfügung. Dieser Betrag ist sehr hoch: 2011 entsprach er 40% der Steuereinnahmen des Landes (557

Millionen Dollar¹⁰). Daraus ergibt sich eine große Abhängigkeit Nicaraguas von den politischen Verhältnissen in Venezuela. Die zurückzuzahlenden Kredite (z. Zt. auf über 1,5 Milliarden Dollar aufgelaufen¹¹) samt Schuldendienst wachsen und lassen den Betrag für soziale Projekte sinken. Der Vorgang wird über eine private Firma abgewickelt. Im Umfeld und mit den Geldern, die ALBANISA zur Verfügung steht, ist ein ganzes Netzwerk an Unternehmen entstanden, z. B. *Alba Caruna (Cooperativa de Ahoro y Credito, Caja Rural Nicaragüense; finanzielle Abwicklung der Programme)*, *Alba Alimentos (Agrarexport nach Venezuela)*, *Alba Generación (Elektrizitätsgewinnung)*, *Alba Transporte (öffentlicher Verkehr) usw.* Sie haben etwas gemeinsam: sie fallen nicht durch Transparenz auf. Nur die Zentralbank veröffentlicht hier teilweise Zahlen und dies erst, seit der IWF es verlangt hat.

Aber der Erdölimport ist nur ein Teil der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nicaragua und Venezuela. Venezuela, das noch 2006 als Exportziel keinerlei Rolle gespielt hat, ist heute nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner Nicaraguas. Der gesamte Export nach Venezuela läuft dabei über das Unternehmen *Alba Alimentos*, das wie viele andere zum ALBANISA-Konzern gehört. Der Ausbau der Beziehungen zu Venezuela ist bisher eine Chance für alle in Nicaragua:

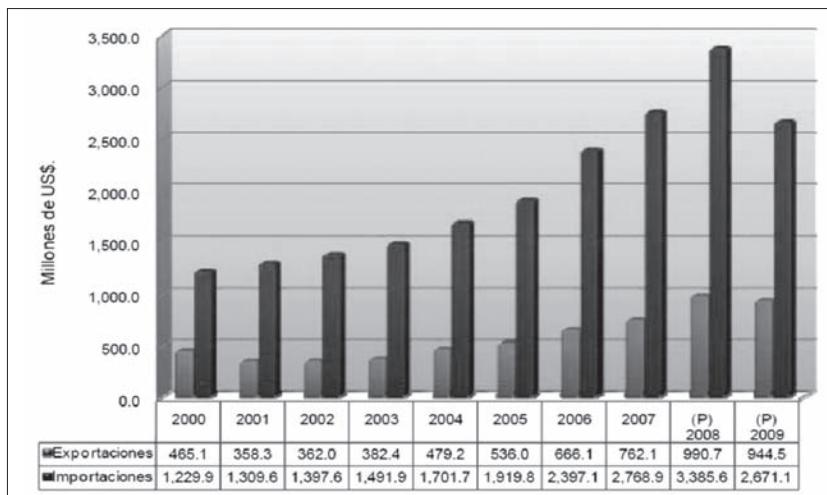
- für die Regierung als zusätzliche Geldquelle, die es ihr erspart, in einen Konflikt mit Nicaraguas Wohlhabenden um eine Umverteilung im Wege einer Steuerreform einsteigen zu müssen;
- für die Bevölkerung, d.h. die Begünstigten der staatlichen Sozialprogramme;
- für die neue Wirtschaftselite, die der FSLN nahe steht und für die es viele lukrative Posten im Umkreis von ALBANISA gibt;
- für die traditionellen Wirtschaftseliten (Unternehmerverband COSEP, *Consejo superior de la empresa privada en Nicaragua*) bietet sich mit Venezuela ein neuer Markt mit zusätzlichen Exportchancen.

Die Beziehungen zwischen der Regierung und dem Unternehmerverband COSEP sind entspannt. Die Regierung akzeptiert den COSEP als Verhandlungspartner bei allen Gesetzesvorhaben, die die Wirtschaft betreffen und der COSEP würdigt die politische Stabilität, die die starke Regierung Ortega garantiert. Die jährlichen Verhandlungen zwischen COSEP, Gewerkschaften und Arbeitsministerium um die Anpassung des Mindestlohns verlaufen wesentlich harmonischer, seit die FSLN an der Regierung ist und Einfluss auf die Gewerk-

schaften ausübt. Natürlich spielen hier auch Abgeordnetenpositionen hoher Gewerkschafter_innen eine Rolle. Auch früher gab es bereits derartige Lohnverhandlungen, häufig wurde jedoch gegen den Willen der Gewerkschaften von Regierung und Unternehmer_innen entschieden. Die Gewerkschaften sehen die FSLN weiterhin als ihren Verbündeten an und tatsächlich gibt es nennenswerte Veränderungen bei der Durchsetzung von Arbeitsrechten. Während der Zeit der Vorgängerregierungen war es häufig das Arbeitsministerium, das die Maquila-Arbeitgeber_innen über bevorstehende Gewerkschaftsgründungen samt Mitgliedern in Kenntnis setzte. So wurde es den Arbeitgeber_innen leichter gemacht, die Gewerkschafter_innen noch vor Legalisierung ihrer Gewerkschaft zu entlassen. Auch die Idee des Arbeitsministeriums, Arbeiter_innen direkt in den *zonas francas* über ihre Rechte zu informieren und dort Beschwerden entgegen zu nehmen, wäre den Vorgängerregierungen fremd gewesen (vgl el19digital, 25 de Junio de 2012¹²).

Um an Kredite der internationalen Finanzorganisationen (Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank und IWF) und an ausländische Direktinvestitionen zu kommen, hat auch die Ortega-Regierung 2007 ein Abkommen mit dem IWF über sogenannte PGRF-Strukturanpassungsprogramme (Armutsbekämpfungs- und Wachstumsprogramm) ausgehandelt. Solch ein Abkommen ist eine Art Gütesiegel für ein investitionsfreundliches Wirtschaftsklima. Bei den Verhandlungen zur Verlängerung wird es um die typischen Prioritäten des IWF, um Wachstum, Geldwertstabilität, Verschuldung, Haushaltsdefizit, Subventionen gehen.

Die Steuereinnahmen könnten eine Alternative zu den Finanzmitteln sein, auf die die Regierung über ALBA (*Alianza Boliviana para los Pueblos de Nuestra América*, dt.: Bolivarianischen Allianz für die Völker unseres Amerikas) Zugriff hat. Tatsächlich ist die Steuerlastquote von 2006 bis 2011 von 17,5 auf 19,4% (BCN) gestiegen. Zwischen 2006 und 2007 wurden Umschichtungen zu Gunsten des Erziehungs- und Gesundheitswesens vorgenommen, beide Titel sind von 11,2% auf 14,0% gestiegen und danach unverändert geblieben¹³. Damit ist die Steuerquote in Nicaragua weiterhin wie in ganz Lateinamerika (18,4%) relativ niedrig. In den OECD-Ländern ist sie im Durchschnitt fast doppelt so hoch (36%). Hinzu kommt, dass das (lateinamerikanische und nicaraguanische) Steuersystem besonders ungerecht ist: Anders als in Deutschland sind die indirekten Steuern (Mehrwertsteuer, Verbrauchssteuer), die die Ärmeren relativ stärker belasten, die Haupteinnahmequelle des Staates (über 60%). In Nicaragua gibt es eine Vielzahl von Steuerbefreiungen (im Jahr 2010 fast 500 Millionen Dollar). Sie nutzen den Reichen und



Importe/Exporte Nicaraguas in die USA

sollen Investitionen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit fördern: Wer in den freien Produktionszonen (40% der Investitionen in die *maquilas* sind einheimisches Kapital) investiert, muss dafür keine Steuern zahlen. Viele Investitionen in Hotels, Restaurants bis hin zu Diskotheken und Spielkasinos sind steuerfrei. Eine klare Entwicklungsorientierung der Ausnahmeregelungen ist nicht zu erkennen. Bei ausländischen Investitionen wie der Wasserkraftanlage Tumarín oder der Raffinerie Supremo Sueño de Bolívar gibt es Steuererleichterungen¹⁴. Eine seit Jahren diskutierte Steuerreform ist gerade verabschiedet worden. Hier haben sich wohl eher die Arbeitgeber_innen durchgesetzt: die existierende Steuerbefreiung wird zeitlich begrenzt und Steuerhinterziehung, vor allem im informellen Sektor, bestraft, im Gegenzug soll der Einkommenssteuerfreibetrag heraufgesetzt werden¹⁵.

Internationale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen

Auf internationaler Ebene wird die Wirtschaftspolitik der vorhergehenden Regierungen fortgesetzt. Das Freihandelsabkommen CAFTA (*Central America Free Trade Agreement*, dt.: Zentralamerikanisches Freihandelsabkommen) mit den USA wird nicht in Frage gestellt. CAFTA ist seit dem Jahr 2006 in Kraft. Bereits jetzt sind ausschließlich negative Auswirkungen auf die verwundbarsten Teile der Bevölkerung erkennbar. Die Zunahme von Drogenhandel und Geld-

wäsche steht im Zusammenhang mit dem Freihandel und der damit einhergehenden Reisefreiheit (in Zentralamerika). Es gab zwar bei den Verhandlungen Vorschläge über die Rechte der Migrant_innen (v.a. in den USA) und ihre soziale Sicherheit, aber keiner garantiert, dass die durchgesetzt werden. Denn es gibt ja auch positive Effekte in der nationalen Wirtschaftsentwicklung, allerdings zu Gunsten der großen Händler_innen und Exporteure und zum Schaden der Kleinen – und der Import Nicaraguas nimmt noch schneller zu als der Export, nicht zuletzt auch durch Argrarsubventionen in den USA (vgl. Abb. S. 32).

CAFTA zeigt, dass einige kritische Themen zu wenig Beachtung fanden: Geistiges Eigentum, Zugang von ausländischen Konzernen zu Dienstleistungen und Investitionen, das öffentliche Beschaffungswesen, Streitschlichtung vor internationalen Wirtschaftsgerichten. In der Folge werden jetzt Länder gezwungen, z. B. Rechte von internationalen kommerziellen Samenzüchterungen gegenüber Bäuer_innen anzuerkennen, die den Samen gekauft haben und weiter nutzen wollen. CAFTA hat bereits Auswirkungen auf Zugang zu Medikamenten, auf biologische Vielfalt und natürliche Ressourcen.

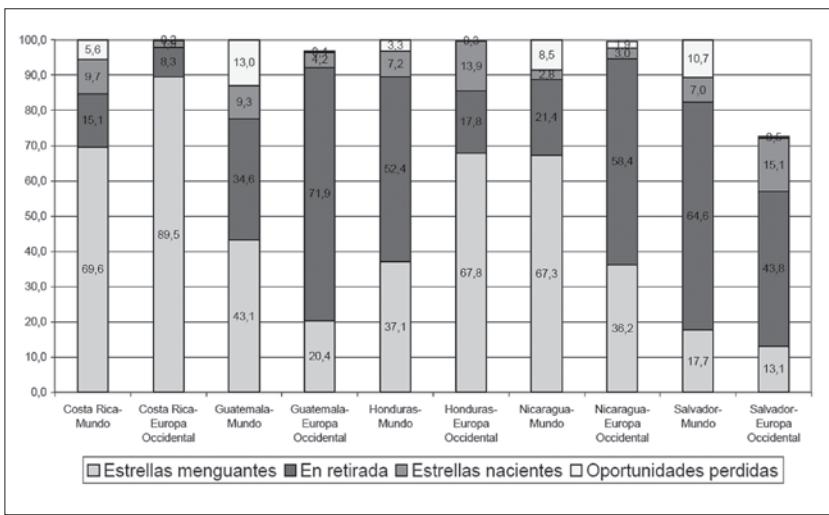
Am 17.10.2012 ratifizierte die Nationalversammlung Nicaraguas einstimmig das «Assoziierungsabkommen zwischen Zentralamerika und der Europäischen Union» (AdA). Zu diesem Anlass erklärte der sandinistische Abgeordnete Walmaro Gutiérrez, Vorsitzender der Wirtschaftskommission, der Presse stolz: «Mit dem Inkrafttreten des Abkommens werden neue Zugangsmöglichkeiten und bessere Preise für unsere Produkte unsere nationalen Exporte voranbringen und das Angebot diversifizieren.» Nicaragua ist also das erste Land, das dieses Freihandelsabkommen ratifizierte, wovon sich die politisch-wirtschaftliche Elite Nicaraguas wie Mittelamerikas einen weiter wachsenden Zugang zum europäischen Markt mit 500 Millionen Konsument_innen auf hohem Konsumniveau verspricht, der für die 10 wichtigsten Exportprodukte Nicaraguas bereits jetzt 236,1 Mio. Dollar ausmacht.

Bisher spielt Europa in Nicaraguas Exportstruktur eine geringe – sogar abnehmende – Rolle. Mit dem AdA wird die Überlegenheit der EU manifestiert, Mittelamerika (und auch Nicaragua) ist Nettoimporteur, hat also eine negative Außenhandelsbilanz zur EU (vgl. Abb. S. 34).

Die Struktur der Unterentwicklung in der Landwirtschaft und der zentralamerikanischen Industrie bleibt bestehen, da die EU sich mit ihrer subventionierten Agrarpolitik, Technologieentwicklung, Absicherung von Patenten und Investitionsschutz in den Verhandlungen durchgesetzt hat. Sie zwingen Nicaragua ein Agrarexportmodell auf, welches von Technologie und Finanzkapital Europas abhängig ist. Wie sich aber in der nachfolgenden Grafik für Nicaragua



Entwicklung der Außenhandelsbilanz EU –Mittelamerika, Mio US\$



Wettbewerbsfähigkeit Nicaraguas

zeigt, sind 58% der nicaraguanischen Produkte «auf dem Rückzug», da sie nicht wettbewerbsfähig sind und ihre Nachfrage im Welthandel abnimmt, 36% sind bisher wettbewerbsfähige Exportprodukte, deren Bedeutung auf dem Welt-

markt abnimmt («fallende Sterne»), nur 3% sind Produkte mit hoher Wettbewerbsfähigkeit und dynamischer Weltnachfrage «aufsteigende Sterne»).

Der «Segen» des Freihandels – Das Assoziierungsabkommen EU/Zentralamerika

Anders als der Titel des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Zentralamerika suggeriert, ist Assoziierung im Sinne einer Verstärkung politischer Zusammenarbeit und Angleichung sozialer Verhältnisse kaum das Anliegen des Vertragswerks. Etwa 85% des Abkommenstexts beschäftigen sich mit Freihandelsregeln. Die verbleibenden 15% widmen sich Kooperation (oft auch zu Handelszwecken) und politischem Dialog und gehen nicht substantiell über das 2003 abgeschlossene und 2012 (sic) in Kraft getretene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen hinaus. Im Handelsbericht wurden, wie die EU-Händelsdirektion zufrieden unterstreicht, CAFTA+-Bedingungen erzielt, das heißt, die EU hat für sich weitergehende Marktöffnungen gegenüber Zentralamerika erreicht als die USA. Entsprechend dürften die Auswirkungen insbesondere auf die ärmsten Teile der nicaraguanischen Bevölkerung noch negativer sein.

Bis zum Inkrafttreten dieses Abkommens gilt für die allermeisten Exporte aus Zentralamerika Zollfreiheit auf dem europäischen Markt, dank des unilateralen APS+ (Allgemeines Präferenzsystem plus). Auf der Grundlage des – reziproken, also gegenseitig geltenden – Assoziierungsabkommens müssen nun die zentralamerikanischen Länder auch ihre Märkte gegenüber europäischen Produkten öffnen. Das wird einheimische Manufaktur und Landwirtschaft empfindlich treffen, da ihre Produkte mit der teils subventionierten Produktion aus der EU nicht wettbewerbsfähig sind. Zudem enthält das Abkommen eine Schutzklausel, die es beiden Partnern gestattet, eine eigenständige gesetzliche Regelung aufzustellen, die Importe einschränken oder stoppen kann, sofern sie sich in einer Weise steigern, dass sie einheimische Produktion empfindlich trifft. Die EU hat diese Gesetzeslage bereits geschaffen. Daher werden sich die Hoffnungen nicaraguanischer Exporteur_innen, Bananen- oder Anansexporte hochzufahren, nicht erfüllen, da diese in Konkurrenz zu kanarischen oder martinikanischen Erzeugnissen treten.

Während für die zentralamerikanischen Länder der Export von Waren und damit die Zollfrage von zentralem Interesse ist, ist für die EU die Durchsetzung bestimmter Handelsregeln entscheidend. In den vierjährigen, bemerkenswerterweise ausschließlich auf Englisch geführten Verhandlungen verschaffte sich die EU sozusagen das Recht, die zentralamerikanischen Handels-

gesetze zu bestimmen. Von Bestimmungen zum öffentlichen Auftragswesen über Bankenaufsicht bis zu Umweltauflagen und Arbeitsgesetzen wird es künftig keine neuen nationalen Gesetze mehr geben, die den Status quo haben. Neue Emissionsschutzgesetze, höhere Firmensteuern, Kapitalverkehrs-kontrollen oder eine Frauenquote in größeren Betrieben würden europäische Investoren als «entgangenen Gewinn» sehen, da in Aussicht stehende Profite geschmälert würden. Ein dem Abkommen beigegebener Streitbeilegungsmechanismus, wie er auch bei der WTO (*World Trade Organisation*, dt.: Welthandelsorganisation) existiert, würde in Gang gesetzt. Die Existenz dieses Mechanismus ist vermutlich in den allermeisten Fällen schon Drohung genug, neue Arbeitsgesetze oder Umweltauflagen gar nicht erst anzugehen.

Theoretisch könnte auch Nicaragua bei der Formulierung künftiger Regeln im europäischen Handel mit Waren und Dienstleistungen intervenieren. Allerdings entsprechen dem die Produktions- und Exportstrukturen nicht. Nicaragua wird mit dem Abkommen auf den Export von Rohstoffen festgelegt, während die EU nicht nur Agrarüberschüsse schickt, sondern auch Maschinen und Medizin, natürlich ohne Patente für den Nachbau offen zu legen.

Bleibt zu erwähnen, dass die Verhandlungen vor der globalen Krise begannen und viele Erkenntnisse seither nicht genügend oder gar nicht berücksichtigen. Das wird in den kommenden Jahren nicht zuletzt im Banken- und Finanzsektor spürbar sein: In Ländern wie Panama und El Salvador gelten äußerst liberale Finanzgesetze. Die Reziprozitätsregel des Vertrages dürfte den Bemühungen der EU im Wege stehen, ihren Finanzmarkt stärker zu regulieren und zu beaufsichtigen.

Gegenbewegungen

Soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen in Zentralamerika beschäftigten sich schon vor Inkrafttreten des CAFTA mit den Freihandelsvorhaben und deren Ideologie. Workshops fanden statt, öffentliche Diskussionsforen über Freihandelsverträge, schließlich auch Änderungsvorschläge und Ablehnungsbeschlüsse in Abstimmung mit der Zivilgesellschaft. Ihr Kampf richtet sich gegen

- Konsumismus
- Schutz der großen Kapitalfraktionen
- exzessive Ausbeutung fossiler Öl vorkommen
- Ausbeutung der *madre tierra* (Mutter Erde)

- Existenzielle Gefährdung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zugunsten der Agrar-Exportindustrie
- Verlust der Ernährungssouveränität
- Verlust staatlicher Souveränität durch langfristig geltende, supranationale Bestimmungen

Die sozialen Bewegungen berufen sich auf die Tradition der Befreiungstheologie, der Volkserziehung und des *buen vivir*. Im Zentrum steht die Forderung an die Sozialpolitik der Regierung, Zugang zu Bildung, Gesundheit, den Gemeingütern und Ernährungssicherheit sowie soziale Förderung zu gewährleisten, die sich vom Assistenzialismus abheben, und dabei die marginalisierten Bereiche, die heute von Staatszuwendungen abhängen, breit in die Wirtschaftsaktivitäten einzubeziehen. Eine weitere Forderung an die Regierung ist der stärkere Schutz der Menschenrechte und eine nachhaltige Entwicklung. Für Freihandelsverträge müssen periodische Fortschrittsberichte zu den Menschenrechten vorgelegt werden. In der Vernetzung mit sozialen Bewegungen in Europa liege eine Chance, um Durchsetzungsstrategien zu entwickeln, Bündnisse zu verbreitern und eine Lobby gegenüber den Entscheidungsträgern in Europa aufzubauen. Aktionen in den Zentren der Macht lenken die Aufmerksamkeit auf Auswirkungen in der Peripherie, wie Umweltprobleme, Klimawandel, Erhöhung der Lebensmittelpreise, Energiekrise. In Deutschland haben Solidaritätsgruppen eine Informationskampagne «Stopp Assozierung» ins Leben gerufen. Ihre Forderungen:

**Freihandel darf kein Dogma werden –
Freiheit für wirtschaftliche Alternativen und Wirtschaftsformen**

- keine Durchsetzung der umstrittenen «Singapur-Themen» (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen) gegenüber den Ländern Mittelamerikas, sondern für die Verbesserung eigener Fähigkeiten und Wissenstransfer;
- Schutz und Erhalt der kleinbäuerlichen und genossenschaftlichen Landwirtschaft und des lokalen Handels und ihre Verknüpfung mit der lokalen Industrie, sowie der Aufbau von lokalen Kapazitäten zur Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Güter;
- Schutz von öffentlichem Eigentum, statt Verdrängung und Vertreibung durch Infrastrukturprojekte und Aufkauf von Land und Wasser durch europäische Investoren;

- Verbesserung der Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität als Priorität ländlicher Entwicklungspolitik;
- Vorrang der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Bevölkerung in Mittelamerika vor Investitions- und Eigentumsrechten;
- Aktive Beteiligung, Transparenz und demokratische Kontrolle durch zivilgesellschaftliche soziale, gewerkschaftliche und ökologische Organisationen Zentralamerikas in einem Prüfmechanismus, der insbesondere die Auswirkungen von Handelsabkommen auf die Ernährungs- und Gesundheitssituation untersucht und Re-Regulierungen liberalisierter Bereiche ermöglicht;
- Mechanismen zur Aufhebung der existierenden sozialen, geografischen, ethnischen und wirtschaftlichen Ungleichheiten;
- Keine Festlegung durch einen Vertrag, wie sich künftige Regierungs- und Wirtschaftsformen ausrichten sollen;
- Vorrang von regionalen Integrationsbündnissen wie ALBA, die ihren zwischenstaatlichen Handel nicht auf Wettbewerb, sondern auf Komplementarität ausrichten und zudem mit sozialen Programmen verknüpfen und regionalen Alternativen, wie der SIECA (*Secretaría de Integración Económica Centroamericana*, dt.: Zentralamerikanische Wirtschaftsintegration).

Das Europäische Parlament hat in seiner Plenarsitzung im Dezember 2012 dem Assoziationsabkommen mit großer Mehrheit und taub für die vielen zivilgesellschaftlichen Kritiken der vergangenen Monate zugestimmt. Nur die Linksfaktion (UE/NL) und die Grünen (Greens/EFA) stimmten gegen das Abkommen. Da das Abkommen von allen Mitgliedsländern ratifiziert werden muss, besteht dennoch weiterhin die Chance – und die Notwendigkeit –, nationale Abgeordnete aufzufordern, sich gegen das Abkommen auszusprechen.

Fazit

Es ist völlig klar, dass die Wirtschaftspolitik der Regierung Ortega vielen Menschen in Nicaragua Chancen bietet, die sie unter den rechten Regierungen nie bekommen hätten. Dies alles wird aber finanziert mit den Geldern aus dem Erdölabkommen mit Venezuela. Bisher ist nicht zu erkennen, dass ein alternatives ökonomisches Modell angestrebt würde. Soziale Verbesserungen werden über Wirtschaftswachstum und ALBA erreicht, während radikale Schritte

in Richtung von mehr Verteilungsgerechtigkeit bisher nicht zu sehen sind. Die Politik ist geprägt von Pragmatismus, d. h. reformistisch. Aber etwas anderes zu erwarten ist kaum realistisch, denn zum einen ist Nicaragua auch weiterhin stark abhängig von traditionellen Entwicklungsgeldern aus Europa, internationalen Finanzinstitutionen und ausländischen Direktinvestitionen, zum anderen sind auch die Interessen innerhalb der FSLN nicht homogen.

Revolutionär ist daher nur noch manchmal der Diskurs. Die FSLN unter Daniel Ortega hat dabei den Ausbau ihrer Macht immer fest im Auge. Macht heißt dabei auch wirtschaftliche Macht. Wenn man versucht die geschilderte Situation zu beurteilen, ergeben sich einige Fragen für die Zukunft der Solidarität:

- Kann soziale Entwicklung über externe Finanzierung ohne konsequente Umverteilung im Land erreicht werden?
- Welche Rolle werden in Zukunft soziale Bewegungen in Nicaragua spielen?
- Steht hinter der bisherigen unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik der Regierung Ortega wirklich nur Pragmatismus oder vielmehr die politische Stärke des Unternehmerflügels der FSLN?
- Wie können die Freien Produktionszonen weiterentwickelt werden, so dass nachhaltig mehr Wertschöpfung und bessere Arbeitsbedingungen entstehen?
- Welche Alternativen gibt es zum exportorientierten Wachstumsmodell, das trotz der abfedernden Wirkung der Sozialprogramme sozial und ökologisch nicht nachhaltig ist?

Anmerkungen, Literatur und Verweise

Der Artikel fasst die Forumsbeiträge von Eberhard Albrecht, Pedro Morazan, Timm Schützhofer, Gaby Küppers und Marta Flores zusammen, denen hiermit nochmals herzlich gedankt sei.

- 1 Die nationale Statistikbehörde INIDE (Instituto Nacional de Información de Desarrollo) macht alle 4 Jahre eine Umfrage zum Lebensstandard der NicaraguanerInnen
- 2 Die in Singapur ansässige Forschungsgesellschaft Wealth-X zählt jedes Jahr die Superreichen in der Welt (<http://www.wealthx.com>)
- 3 Quelle für die nachfolgenden Tabellen: BCN, Banco Central de Nicaragua
- 4 Quelle: CETREX, Centro de Trámites de las Exportaciones
- 5 Quelle: BCN, Banco central de Nicaragua
- 6 vgl. Maquila Solidarity Network 2012

- 7 <http://www.evwind.com/2012/01/26/nicaragua-aspira-a-generar-toda-su-electricidad-con-energias-renovables/>
- 8 <http://www.nicaraguadispatch.com/news/2012/06/nicaragua-no-2-in-renewable-energy-investment-climate/4334>
- 9 <http://www.cepr.net/index.php/blogs/cepr-blog/nicaragua-improvements-in-social-and-economic-well-being-and-the-nov-6-elections>
- 10 Quelle: BCN, Banco central de Nicaragua
- 11 BCN, Banco central de Nicaragua
- 12 http://www.el19digital.com/index.php?option=com_content&id=40555
- 13 eigene Berechnungen nach Veröffentlichungen des Finanzministeriums (Ministerio de Hacienda)
- 14 nach einer Studie des Instituto de Estudios Estratégicos y Políticas Públicas (IEEPP)
- 15 <http://www.misfinanzasenlinea.com/noticias/20121201/parlamento-de-nicaragua-aprueba-reforma-tributaria-que-busca-evitar-evasion>

Rudi Kurz

BESSERE LEBENSPERSPEKTIVEN AUF DEM LAND

*Ländliche Entwicklung ermöglichen,
kleinbäuerliche Strukturen stärken*

80% der Hungernden auf der Welt leben auf dem Land (50% Kleinbäuer_innen, 22% landlose Landarbeiter_innen etc.). Deshalb wird oft argumentiert, dass sich auch die Bekämpfung von Hunger und Armut auf den ländlichen Raum konzentrieren muss. Aber die eigentliche Frage ist, wie kann/sollte Armutbekämpfung auf dem Land konkret gestaltet werden? Wer soll davon profitieren? In Nicaragua wurden dazu in den letzten Jahren neue Ansätze formuliert.

Wir hatten deshalb für dieses grundlegende Thema zur Nicaragua-Konferenz im Oktober 2012 zwei Referent_innen aus Nicaragua eingeladen. Fatima Ismael (Geschäftsführerin des Kooperativenverbundes SOPPEXCCA, Jinotega) ist seit vielen Jahren für die Stärkung der Kooperativenstrukturen und der Förderung des Fairen Handels aktiv ; Ricardo Pereira von CIPRES (*Centro para la Promoción, la Investigación y el Desarrollo Rural Social*; dt.: Zentrum für die Erforschung und soziale Entwicklung der ländlichen Regionen, Managua) arbeitet als Soziologe an der Erforschung und Begleitung von Programmen für bessere Entwicklungsmöglichkeiten der Bevölkerung in ländlichen Regionen. Für wichtige Teile der sandinistischen Programme zur ländlichen Entwicklung (wie z.B. für das Null-Hunger-Programm) wurden die Konzepte von CIPRES entwickelt.

Förderung/Ziele ländlicher Entwicklung

Je nach Interessenlage werden Ansätze und Ziele der ländlichen Entwicklung unterschiedlich thematisiert und dargestellt. Fatima Ismael versteht als Kooperativenvertreterin unter ländlicher Entwicklung den integralen Ansatz mit verschiedenen Handlungsbereichen, um die Lebensverhältnisse der armen Bevölkerung auf dem Land grundlegend zu verbessern. Dazu gehört für sie nicht nur die Verbesserung der materiellen Situation (Einkommen, Wohnung, Ernährung), sondern auch der Zugang zu Land, die Verbesserung von Bildung, medizinischer Versorgung, Infrastruktur wie Straßen oder Anschluss ans Stromnetz, die Förderung der Kultur etc.

Mit dieser Forderung nach verschiedenen parallel laufenden Maßnahmen unterscheidet sich die Formulierung von Fatima Ismael wesentlich von der Förderung einer ländlichen Entwicklung durch agroindustrielle Großprojekte. Großprojekte schaffen nach ihrer Ansicht zwar eine gewisse Anzahl an Arbeitsplätzen und Exporteinnahmen für das Land, aber für alles Weitere würde marktkonform nur auf die sogenannte *trickle down*-Effekte (Durchsickerung von reich zu arm) gesetzt. Die von Fatima Ismael aufgrund positiver Erfahrung mit Kleinbäuer_innen beschriebene Anforderung an ländliche Entwicklung macht deutlich, dass die ländliche Entwicklung nur als gemeinsame gesamtgesellschaftliche Aufgabe sinnvoll und möglich ist.

Hintergründe der aktuellen Situation auf dem Land

Die Landwirtschaft in Nicaragua trägt 20% (inkl. Agrobusiness zu 30%) zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Über 40% der Arbeitsplätze befinden sich in der Landwirtschaft und 70% der exportierten Produkte kommen aus der landwirtschaftlichen Produktion. Auch wenn die Anteile von Weltmarktfabriken und agroindustriellen Produkten an den Exporten Nicaraguas steigen, zählt die Landwirtschaft des Landes weiter zu den wichtigsten Wirtschaftsbereichen.

Aber ein zweiter Blick auf die Produktionsstruktur der Landwirtschaft zeigt, dass sich einzelne Bereiche der Landwirtschaft auseinanderentwickeln. Den hohen Erträgen bei den Nutzpflanzen der großen Unternehmen in den besten Lagen des Landes (aber mit stetig wachsenden ökologischen Problemen) stehen relativ geringe Erträge bei Grundnahrungsmitteln gegenüber. Die hauptsächlich von Kleinbäuer_innen getragene Produktion von Mais und Bohnen, aber auch die Viehzucht der kleinen und mittleren Produzent_innen,

erbringt nur niedrige Erträge und leidet zunehmend unter den ökologischen Folgen des Klimawandels.

	Más	Bohnen	Reis	Hirse	Kartoffeln	Tomaten	Zwiebeln	Kaffee	Erdnüsse	Rindfleisch	Vollmilch	Schweinefleisch
Nic.	20.1	10.8	65.1	25.9	213.8	226.2	201.4	10.7	55.8	161.6	724	41.6
Gua.	24.8	10.8	41.8	27.7	387.3	543.8	502.0	15.7	13.9	179.3	801	51.3
El Sal.	46.5	12.4	106.9	26.6	390.4	340.8	275.8	9.9	0.0	165.5	2177	44.9
Hond.	27.9	10.8	75.9	12.4	271.1	412.1	416.8	13.2	9.3	189.0	1323	80.0
C. Rica	32.5	9.3	63.5	0.0	390.4	759.2	491.1	15.3	20.1	232.9	1354	87.2

Erträge der Landwirtschaft in Zentralamerika (Zahlen aus dem Jahr 2010)
(Quintal/manzana bei angebauten Produkten und Kilogramm/Tier für die Tierhaltung)

Die schwierige Situation der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Nicaragua wurde im Wesentlichen durch die für die ländlichen Regionen destruktive Politik der neoliberalen Regierungen verursacht. Als die (Land-)Wirtschaft Nicaraguas 1990 in Folge des Contra-Krieges, einem durch die USA unterstützten Guerillakrieg gegen die sandinistische Revolution, vernichtet wurde, wurde dem Land ein Strukturanpassungsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Kürzungen bei staatlichen Investitionen und tiefen sozialen Einschnitten aufgezwungen. Angesichts der Kriegsfolgen wäre ein Investitionsprogramm nötig gewesen, um die Infrastruktur, die Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit im Land wieder herzustellen. Die vom IWF und den aufeinander folgenden nationalen Regierungen durchgesetzte Politik zur Rückzahlung der Auslandsschulden führte dazu, dass bis zu 51% der Steuereinnahmen für den Schuldendienst verwendet wurden.

Angesichts der staatlichen Ausgabenkürzungen blieb für Infrastruktur und Bildung (als Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum) nichts übrig. Für die mit wenig Eigenkapital ausgestattete kleinbäuerliche Landwirtschaft wurden durch fehlende Kreditangebote fast alle Entwicklungsmöglichkeiten verbaut. Dazu kamen vielfach in Frage gestellte Landtitel, begrenzte Vermarktungsmöglichkeiten, starke Preisschwankungen bei den Produkten und das Interesse der Regierungen an der Exportproduktion von Großproduzenten. Alles zusammen bewirkte eine Lähmung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, der angesichts der strukturellen Defizite auch durch wohlmeinende NGO-Angebote nicht auf die Sprünge geholfen werden konnte.

Aus Erfahrungen lernen

CIPRES, das Zentrum für Förderung und Erforschung der sozialen ländlichen Entwicklung, wurde 1990 von Orlando Nuñez und anderen Personen gegründet, die aufgrund ihrer Mitarbeit im Agrarreformministerium und anderen Regierungsinstitutionen über viel Erfahrung aus der Zeit der sandinistischen Revolution verfügten. Für den Wiederaufbau nach dem Hurrikan Mitch hatte CIPRES verschiedene Modelle und Pläne entwickelt, um für die arme Landbevölkerung neue Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Allerdings gelang es unter den damaligen neoliberalen Regierungen nicht, solche Programme im größeren Umfang zu realisieren.

Insgesamt stehen die Konzepte von CIPRES für kleinbäuerliche Strukturen mit möglichst umfangreicher Selbstversorgung und einer Mischproduktion der Kleinbauer_innen. Dazu kommen je nach regionaler Ausprägung entsprechende Spezialisierungen auf zusätzliche Produkte für die lokale oder internationale Vermarktung (Kaffee, Reis, Gemüse, Bohnen, Rinderzucht, usw.). Die Verbesserung der Erträge durch hochwertiges Saatgut, selbst produzierten Dünger, Anbau-Beratung etc. spielt eine wichtige Rolle. Die große Bedeutung der Tierhaltung für die Entwicklung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zieht sich durch die von CIPRES entwickelten Programme und mündete u.a. im Programm *hambre cero* (dt.: Null Hunger) der Regierung.

Anforderungen an die sandinistische Regierung

Die von den Sandinist_innen 2006 gewonnenen Wahlen ermöglichten ab 2007 neue Ansätze für die ländliche Entwicklung in Nicaragua. Aus den von CIPRES vorgeschlagenen Konzepten und den verbesserten Möglichkeiten der Regierung entstanden in den letzten Jahren verschiedene Programme, die inzwischen einen integralen Entwicklungsansatz bilden und weit über eine Förderung von Kleinproduzent_innen hinausgehen. Elemente zur ländlichen Entwicklung sind aktuell:

- Null-Hunger Programm, durch das Frauen die Ausstattung mit Tieren, Saatgut etc. erhalten und Produkte für den eigenen Bedarf und die Vermarktung produzieren sollen,
- Kreditprogramme «Null Wucher» und CRISOL (*Programa Cristiano y Solidario*), mit denen Kleinbauer_innen und Mikrounternehmen ihre Produktion finanzieren können,

- Wiedereröffnung der staatlichen Aufkauforganisation ENABAS (*Empresa Nicaragüense de Alimentos Básicos*), die Produkte zu angemessenen Preisen aufkauft, für Marktstabilität und Vermarktungsmöglichkeiten sorgt,
- Programm zur Sicherung von Landtiteln, mit dem Kleinbauer_innen vor dem zunehmenden Landhunger der Großgrundbesitzer_innen geschützt werden sollen,
- *plan techo* – Vergabe von Zinkblech für den Bau von Häusern,
- Einrichtung von Stellen für die technische Beratung und Unterstützung bei der Antragsstellung (deckt wegen Finanzierungs- und Ausbildungsproblemen den Bedarf noch nicht),
- Gründung von Kooperativen als Zusammenschluss von kleinbäuerlichen Produzent_innen,
- Erweiterung des Stromnetzes und Anschluss von ländlichen Regionen an das nationale Stromnetz,
- Kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung, Kampagnen gegen Schulabbruch, kostenloses Schulessen in armen Gebieten.

Nach Einschätzung der FAO (*Food and Agriculture Organisation*, dt.: Welternährungsorganisation) hat Nicaragua mit diesen Programmen eine nachhaltige Verbesserung der Ernährungssituation erreicht. Das *World Food Programm* (WFP) der Vereinten Nationen spricht von hoher Transparenz beim Einsatz der Mittel und dass die Erfahrungen Nicaraguas beim Wechsel von der Unterstützung des Landes mit Nahrungsmittelhilfe hin zur Ernährungssicherheit einzigartig in Lateinamerika sei. Die von verschiedenen NGOs und von der Opposition jahrelang vorgetragene Kritik, mit den Programmen würden die regierenden Sandinist_innen vor allem Klientelpolitik betreiben und eigene Anhänger_innen unterstützen, lief angesichts der großen Zahl von Familien, die durch diese Programme unterstützt wurden, ins Leere.

Auch die statistischen Zahlen zeigen eine deutliche Verbesserung der Situation: 2011 hatte Nicaragua das höchste Wirtschaftswachstum in Zentralamerika (5,1%), 2012 wird es voraussichtlich bei 4% liegen. Das BIP pro Kopf stieg von 958,6 US-\$ 2006 auf 1.582 US-\$ 2011. Die bereitstehenden Arbeitsplätze stiegen in den letzten fünf Jahren um 36%, die besetzten Stellen stiegen in dieser Zeit um 30%. Die Zahl der unter extremer Armut lebenden Menschen (laut Weltbank: Einkommen unter 1,25 US-\$ pro Tag) sank von 17% im Jahr 2005 auf 9% im Jahr 2011.

Faires Handeln stärkt Kleinbauern

Damit die Lebensbedingungen von Bäuer_innen und Landarbeiter_innen dauerhaft verbessert werden können, müssen Handelsbedingungen und Preise für die landwirtschaftlichen Produkte dies ermöglichen. In diesem Zusammenhang bezeichnete Ricardo Pereira den Handel innerhalb des wirtschaftlichen und politischen Bündnisses ALBA (*Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América*) als ein geeignetes Modell des fairen Handels, da die Preise innerhalb der Bolivarischen Allianz über denen des Weltmarktes liegen.

Für Fatima Ismael, die als Vertreterin von Kaffeekooperativen vor allem mit dem durch Siegel und Zertifizierung geprägten FLO-Fairhandels-System (*Fairtrade Labelling Organizations International*) in Verbindung steht, geht es vor allem darum, den im FLO-System stark angestiegenen Einfluss der großen Konzerne zurückzudrängen. Veränderungen wie durch das neue *FairTrade forAll-System* in den USA, das auch die Zertifizierung von Großproduzent_innen ermöglicht, stellen nach ihrer Einschätzung die Ziele des Fairen Handels vollständig in Frage. So lange noch ein großer Teil der Kleinbäuer_innen seine Produkte nicht zu fairen Preisen verkaufen kann, sollte nach ihrer Aussage das System nicht für Großproduzent_innen geöffnet werden.

Aber auch die Mindestpreise des Fairen Handels, die aufgrund der Inflation über viele Jahre gesunkenen sind, müssten deutlich angehoben werden. Nur dadurch können die ursprünglichen Ziele des Fairen Handels (menschenwürdige Lebensbedingungen und Entwicklungsförderung) auch weiterhin erhalten werden. Dabei sollte sich der Faire Handel stärker an den Bedürfnissen der Kleinproduzent_innen und weniger an den Bedürfnissen der Vermarkter_innen orientieren. Ein weiteres wichtiges Anliegen war Fatima Ismael der direkte Austausch mit Produzent_innen, mit Kooperativen. So können nach ihrer Ansicht die Anliegen und Bedürfnisse der Produzent_innen den Verbraucher_innen viel besser vermittelt werden. Außerdem trägt ein solcher Austausch dazu bei, die gemeinsamen Interessen, wie z.B. den Erhalt der natürlichen Ressourcen, oder die Gleichheit und Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft, zu stärken und ermöglicht es, gemeinsam und solidarisch an der Verwirklichung dieser Ziele zu arbeiten.

Weiterer Handlungsbedarf für ländliche Entwicklung

Trotz dieser positiven Zahlen ist Nicaragua das ökonomisch zweitärteste Land in Lateinamerika und hat eine negative Handelsbilanz. Die Verschuldung ist

hoch und steigt auch durch die günstigen Ölimporte aus Venezuela weiter an. Vor allem die Lebensmittel produzierende kleinbäuerliche Landwirtschaft erwirtschaftet wesentlich geringere Erträge als in den Nachbarländern. Die Exportproduktion der Landwirtschaft und die erreichte Nahrungsmittelsouveränität haben dazu geführt, dass das zur Verfügung stehende Land inzwischen fast vollständig genutzt wird; eine Ausdehnung ist nur noch mit Schädigung der letzten Naturressourcen möglich. Die Erhöhung der Erträge ist deshalb im Wesentlichen durch schneller wechselnde Fruchtfolgen, Bewässerung und durch ertragreichere Sorten zu erreichen. Laut CIPRES ist die wichtigste Unterstützung für die Landwirtschaft die Verbesserung der technischen Beratung, der Ausbau von Bewässerungsanlagen für Kleinproduzent_innen und die Selektion von ertragreichem Saatgut.

Die Entwicklungen in Nicaragua zeigen, dass eine sozial tragfähige Entwicklung für die ländlichen Gebiete alles andere als ein alter Hut ist. In Nicaragua gibt es – allen Unkenrufen zum Trotz – viele positiven Ansätze, neue Chancen, aber auch Risiken. Viele Fragen sind noch offen, z. B.:

- Kann die negative Entwicklung der Handelsbilanz eingeschränkt/ der Zwang zur Exportproduktion reduziert werden?
- Gibt es Möglichkeiten, um die hohe Exportabhängigkeit der Landwirtschaft zu verringern und den ökologisch schädlichen Flächenverbrauch zu reduzieren?
- Wie kann die Gefahr der Verdrängung von Kleinbäuer_innen durch Exportproduzent_innen verringert werden?
- Ist eine Umverteilung des Landes zugunsten kleinbäuerlicher Landbesitzer_innen ein sinnvoller/durchsetzbarer Weg für die kleinbäuerliche Existenzsicherung?
- Wie kann (z. B. durch bessere Koordination von Anbau und Vermarktung) das Einkommen der Bäuer_innenfamilien verbessert werden?

Es bleibt spannend, welche weiteren Antworten die nicaraguanische Politik auf die Erfordernisse der kleinbäuerlichen Produktion und die Reduzierung der Armut auf dem Land findet. Solidaritätsgruppen können sich hier mit direkter Kooperation und Unterstützung einbringen. Genauso wichtig wie direkte Unterstützungen ist der direkte Kontakt und Austausch mit Kleinbäuer_innen und Kooperativen. So können bestehende Kooperationen immer wieder neu an Bedürfnisse und Notwendigkeiten angepasst werden und gemeinsam neue solidarische Perspektiven entwickelt werden.

Interview mit Ricardo Pereira (Mitarbeiter von CIPRES, Managua) zur Stärkung der ländlichen Entwicklung in Nicaragua

Können Sie bitte kurz aufzählen, was im Modell von CIPRES alles zur Förderung der ländlichen Entwicklung gehört? Und was wird davon von der Regierung umgesetzt?

Ein wesentliches Element der Politik zur Förderung der ländlichen Entwicklung ist die Initiierung einer unabhängigen Entwicklung, die Erfassung der Bedürfnisse der Nicaraguaner_innen und der zur Verfügung stehenden Ressourcen, und dass wir uns dabei nicht von den Normen und Richtlinien internationaler Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank beeinflussen lassen. Dies bedeutet, dass wir ein Modell fördern, in dem wir mit unseren wichtigsten Ressourcen beginnen: mit den Menschen und unseren natürlichen Ressourcen (Wasser, Land, Wälder, Meere, Seen und Flüsse, Vulkane, Wind, etc.)

Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass die Regierung in der Bildung eine besonders wichtige Aufgabe sieht; dass wir bis zum Jahr 2009 den Analphabetismus von etwa 30% der Bevölkerung auf unter 5% senken konnten und uns die UNESCO als ein Land bezeichnet, das frei von Analphabetismus ist. Wir sind derzeit dabei, die allgemeine Grundschulbildung für alle zu ermöglichen. Dies wollen wir bis zum Ende des Jahres 2013 erreichen. Und wir wollen alle Programme weiter verbessern, um sicherzustellen, dass Bildung in Nicaragua für alle kostenfrei zugänglich ist. Wir fördern Programme zur Ernährung in der Schule, weshalb wir täglich rund 900.000 Lebensmittelrationen für Schüler_innen in arme Schulen liefern, um so zu gewährleisten, dass der Hunger kein Grund ist, um die Ausbildung zu unterbrechen. Diese Rationen erreichen mehr als 60% der Kinder in den ärmsten und entlegenen Regionen unseres Landes.

Da eine kranke Bevölkerung keinen wirksamen Beitrag für die Schaffung von Wohlstand leisten kann, haben wir die kostenlose Gesundheitsversorgung gesetzlich festgeschrieben, nicht nur in Bezug auf Arztbesuche, Operationen und Medikamentenversorgung, sondern auch in Bezug auf die präventiven regionalen Gesundheitsangebote.

Ein weiteres wichtiges Element in der Politik ist es, den Zugang zu Krediten für den produktiven Sektor sowie technische Unterstützung anzubieten, um die landwirtschaftlichen Erträge bei Pflanzen und Tierhaltung verbessern zu können und um möglichst gesunde Nahrungsmittel zu erzeugen. Außer-

dem wollen wir bei unserer Produktion die Umwelt achten und die natürlichen Ressourcen schützen.

Gibt es Untersuchungen über die Effekte / positive Auswirkungen der bestehenden Programme der Regierung für die ländliche Entwicklung? Und welche dieser Programme zeigen die beste Wirkung?

Tatsächlich gab es Studien zu den großen nationalen Programmen. In Bezug auf die Bekämpfung der Armut haben die Welternährungsorganisation (FAO) und das *World Food Programm* (WFP) der Vereinten Nationen erklärt, dass Nicaragua das Land in Lateinamerika ist, das sich am stärksten um eine effiziente und transparente Zusammenarbeit bemüht und diese auch einhält. Sie betonten dabei, dass sich die Regierung nicht nur um das Problem der kurzfristigen Ernährung kümmert, sondern für die Nachhaltigkeit der Maßnahmen sorgt, also nicht nur die Fische verteilt, sondern auch lehrt, wie man Fische fängt.

Laut mehrerer Studien, die von der Regierung in Auftrag gegeben wurden, sind die Programme mit den stärksten wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen das Null-Hunger-Programm (*Programa Hambre Cero*), das ausschließlich arme Frauen in ländlichen Gebieten fördert, das Programm Null Wucher (*Programa Usura Cero*) das entwickelt wurde, um Frauen in städtischen und stadtnahen Gebieten den Zugang zu Krediten für die Organisation ihrer eigenen Kleinst- und Kleinunternehmen zu ermöglichen, das kostenlose Gesundheits- und Bildungswesen und Land-Titel-Programm für bearbeitetes Land (*Programa de Titulación de Tierras Productivas*).

Welche Chancen sehen Sie, um eine Verbesserung der personellen Unterstützung und technische Hilfe für die Armen auf dem Land zu erreichen?

Einer der schwächsten Punkte bei den Aktivitäten für die ländliche Entwicklung ist genau die technische Unterstützung, da dafür ein großer Pool von Fachkräften und viele Ressourcen für die Mobilität notwendig sind – Fahrzeuge und Motorräder, Kraftstoff, die Ausgaben für Löhne und technische Ausstattung, Computer, Kommunikationsmittel, Büros, Systeme der Überprüfung und Bewertung.

Derzeit beginnen wir ein Programm für die technische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen der Familien auf dem Land, die die neunte Klasse abgeschlossen haben und die wir ausbilden wollen, um innerhalb einer Frist

von zwei Jahren mit mehr Personal eine bessere technische Unterstützung gewährleisten zu können. Allerdings ist es wichtig zu betonen, dass wir uns daran orientieren wollen, die solidarische Unterstützung aus dem Ausland zur Stärkung dieses wichtigen Bereichs einzusetzen, denn ohne technische Unterstützung werden die landwirtschaftlichen Erträge niedrig bleiben und die Produktionsmethoden müssen an einer angemessenen und nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen ausgerichtet werden.

Der Einsatz von «hochwertigem Saatgut» wird von CIPRES häufig als eine Chance genannt, um die Erträge der kleinen Produzenten zu verbessern. Auf der anderen Seite gibt es in vielen Ländern eine Debatte über die Abhängigkeit von multinationalen Saatgut-Unternehmen. Gibt es derzeit in Nicaragua / befreundeten Ländern geeignetes Saatgut oder ist geplant, mit multinationalen Saatgut-Unternehmen zu arbeiten?

Wir kennen die negative Politik der transnationalen Konzerne, Saatgut mit verschiedenen negativen Eigenschaften anzubieten und dieses den Kund_innen aufzudrängen. Sie verkaufen zum Beispiel transgenes Saatgut mit negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. In Nicaragua wurde die Einfuhr von solchem Saatgut verboten.

Anderes Saatgut wird als «Terminator» bezeichnet, ihr fehlt die Fähigkeit, sich für eine zweite Ernte zu reproduzieren. Das heißt, dass die Bäuer_innen nichts von ihrer Ernte für die Aussaat beim nächsten Zyklus zurückhalten können.

Als Reaktion auf diese Perversionen des Marktes fördert CIPRES ein Programm namens «partizipative Pflanzenzüchtung» (*Fitomejoramiento participativo*), bei dem die Bäuer_innen und Gemeinschaften lernen, durch die Auswahl der besten Produkte ihr eigenes Saatgut zu produzieren. Bis heute haben wir es in einigen Gemeinden und Kooperativen geschafft, dass sie sich so mit eigenem Saatgut selbst versorgen können, und damit schützen wir auch das historisch gewachsene Erbgut unserer Pflanzen. Bis heute haben wir es geschafft, eigenes verbessertes Saatgut bei Bohnen, Mais und Hirse zu produzieren, drei wichtige Grundnahrungsmittel für die Ernährungssicherheit. Diese Samen wurden von der Regierung analysiert und registriert, die Qualität des Saatguts und ihr Wert für das nationale Erbe wurde bescheinigt.

Die Regierung unterhält ein landesweites Programm, in dem sie nicht nur die Verwendung unserer traditionellen Samen fördert, sondern auch die Technik der Auswahl und die Lagerung verbessert. Eine Stelle der Regierung,

das Institut für landwirtschaftliche Technologie (*Instituto Nicaragüense de Tecnología Agropecuaria – INTA*) ist für die Produktion, Prüfung und Freigabe des Saatguts zuständig. Alle Verwendungen von Samen laufen unter strengen Sicherheitsstandards, die entwickelt wurden, um die Produktivität in diesem Bereich zu verbessern. Samen werden verbessert, um sie widerstandsfähiger gegen Trockenheit oder Überschwemmungen zu machen und die Produktivität zu erhöhen. Dies alles ohne genetische Manipulationen, sondern durch einfache Auswahl und Reinheit der Sorten.

Unser Ziel ist es, zu verhindern, dass uns die transnationalen Konzerne ihre Bedingungen für unsere landwirtschaftliche Produktion diktieren. Allerdings sind wir in einer offenen Volkswirtschaft; die großen privaten Produzent_innen kaufen in der Regel Saatgut der transnationalen Konzerne, aber dabei ist die Einführung von gentechnisch verändertem Saatgut verboten. Alle Samen, die in das Land kommen, müssen zwangsläufig einen Prozess der Quarantäne durchlaufen, um bei der Einfuhr die Qualität und die Sicherheit des Samens zu analysieren.

Die Produktion für den Weltmarkt hat immer eine Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation in den Verbraucherländern zur Folge. Wie kann es Nicaragua vermeiden, dass diese Schwankungen auf das Land durchschlagen und wie lässt sich der lokale Markt stärken?

Erstens sieht die sandinistische Regierung ihre vorrangige Aufgabe darin, die Ernährungssicherung zu gewährleisten durch eine wachsende Produktion von Grundnahrungsmitteln, einen besseren Zugang zu Krediten und Vermarktung sowie durch faire Preise für Erzeuger_innen und Verbraucher_innen. Die Regierung hat ein integriertes System eingerichtet, zu dem Produktionskredite, begrenzte technische Unterstützung, der Aufkauf der landwirtschaftlichen Produkte und der Aufbau von funktionierenden Vertriebskanälen gehören, um die lange Kette der Zwischenhändler_innen zu reduzieren, wegen denen die Produkte so teuer sind, wenn sie den Verbraucher erreichen. Diese Maßnahmen steigern die Binnennachfrage und verbessern die Ernährung der Menschen, vor allem die der Kinder und der älteren Menschen.

Zuerst muss die Ernährung der Bevölkerung gesichert werden, der Überschuss wird dann auf dem Weltmarkt verkauft, um die erforderlichen Devisen in harter Währung einzunehmen, die uns den Kauf anderer Waren und Dienstleistungen ermöglicht, die wir nicht produzieren können, wie Erdöl, Maschinen, Produktionsmittel etc.

Die sandinistische Regierung hat besondere Anstrengungen unternommen, um unsere Absatzmärkte zu diversifizieren und um Abhängigkeiten zu vermeiden. Bis 2007 waren die Vereinigten Staaten von Amerika der normale Markt für unsere Produkte, aber mit der Krise 2008-2009 wurde deutlich, dass wir uns in einer extrem abhängigen Situation befinden. Deshalb richteten sich unsere Anstrengungen darauf, nicht von einem einzigen Markt abhängig zu sein. Die USA bleibt bis heute unser wichtigster Markt, aber wir haben unsere Vermarktung auf dem zentralamerikanischen Markt erweitert, haben neue Märkte erschlossen wie Venezuela (das Rindfleisch, Hühnerfleisch, Meeresfrüchte usw. kauft und sich zu unserem zweitgrößten Handelspartner entwickelt hat), Russland, das Rindfleisch kauft und Taiwan, das uns andere Güter wie Kaffee, Alt-Metall, Innereien, Kunsthandwerk etc. abnimmt.

Aber wir wollen nicht weiter nur ein Land sein, das seine Rohstoffproduktion unbegrenzt fortsetzt und dabei keinen Wert erwirtschaftet. Deshalb fördern wir Programme zur Agroindustrialisierung für kleine Familienbetriebe, Kooperativen und Zusammenschlüsse. Und unsere Investitionen werden auf andere wirtschaftliche Tätigkeiten gerichtet, die auf dem Reichtum unserer natürlichen Ressourcen basieren. Zum Beispiel bauen wir ein Wasserkraftwerk, das es uns ermöglichen wird, 40% unseres Energiebedarfs ohne den Einkauf von Erdöl zu produzieren. Wir haben vier Windparks, die Energie aus Wind erzeugen, wir stehen vor dem Abschluss der Machbarkeitsstudien für mindestens vier geothermische Anlagen, die es uns ermöglichen werden, Energie mit den Vulkanen zu erzeugen. Das heißt, bis zum Jahr 2017 werden wir rund 93% der Energie aus erneuerbaren Quellen produzieren, die uns von unserer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen teilweise befreien.

Andere Projekte zielen auf die bessere Nutzung unseres Landes durch Bewässerung oder den Aufbau von Anlagen zur Speicherung von Regenwasser für den Einsatz während der Trockenzeit, so dass die Landwirt_innen mindestens zweimal im Jahr ernten können, was bisher noch nicht überall möglich ist.

Hat CIPRES Vorschläge/Modelle entwickelt, mit denen lokale oder regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt und die ländliche Entwicklung gefördert werden können? Und wie können Solidaritätsgruppen eine solche lokale Entwicklung unterstützen?

CIPRES hat der Regierung Vorschläge zur Verbesserung der lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufe präsentiert und die Regierung hat eigene Anteile

entwickelt und daraus ihre Politik formuliert, die im Wesentlichen den Anforderungen unseres Teams von Fachleuten und Technikern entspricht.

Unsere Vorschläge werden jetzt zur staatlichen Politik und unsere Rolle besteht jetzt darin, diese Arbeit fortzusetzen und uns auf die langsame und schwierige Aufgabe zu konzentrieren, die Bäuer_innen mit dem Ziel der besseren Organisation und anhand von Zusammenschlüssen zu begleiten. Wir sind der Meinung, dass der ländliche Sektor nur dann eine höhere Produktivität und bessere Produktion erreichen kann, wenn die Kräfte aller Akteur_innen zusammengefasst werden, wir uns auf die Förderung, Organisation und Stärkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften konzentrieren.

Wir haben nun [bei CIPRES] die Zahl von 135 Genossenschaften erreicht, die mit unserer Unterstützung und Hilfe arbeiten. Und diese Genossenschaften haben auf der organisatorischen Ebene einen qualitativen Sprung geschafft, in dem sie 13 Zusammenschlüsse von Genossenschaften und Kooperativen landesweit gegründet haben. Insgesamt arbeiten wir derzeit mit etwa 5.400 Produzent_innen von Produkten wie Kaffee, Rindern, Hühnern, Schweinen, Schafen, von Bohnen, Reis, Gemüse und Früchten.

Wir als CIPRES sind der Ansicht, dass die Solidarität einen wichtigen Beitrag dabei leisten kann, die nicaraguanische Landwirtschaft bei der Verbesserung ihrer Produktion, der Erhöhung ihrer Produktivität und bei der Gestaltung ihrer Organisation zu unterstützen. Für die Bäuer_innen ist es wichtig, technische Unterstützung zu erhalten

- in Bereichen wie Saatgutversorgung,
- bei der Regenwassernutzung in trockenen Gebieten,
- beim Aufbau von Boden- und Gewässerschutz in regenreichen Gebieten mit agroökologischen Technologien,
- bei der Stärkung der Institutionen und Verwaltung der Genossenschaften, damit sie größere Erfolge bei ihrer Arbeit erreichen können,
- bei der Effizienz der Produktion und internen Demokratie in ihren Organisationen.

Das Interview führte Rudi Kurz (Nicaragua-Forum)



«In Nicaragua habe ich spannende, emanzipatorische Projekte und kreative, lebendige Aktionsformen kennengelernt. Solidarität hat für mich dadurch einen sehr persönlichen und bewegenden Charakter bekommen.»

Karina Lange
INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA E.V.

«Nicht einfach den Armen helfen, um das Gewissen zu entlasten, sondern politische Solidaritätsarbeit leisten; gemeinsam kämpfen, um Veränderungen im Konkreten, aber auch im Großen Ganzen zu erreichen.»

Andrés Schmidt
ÖKUMENISCHES BÜRO FÜR FRIEDEN
UND GERECHTIGKEIT



«Gewalt gegen Frauen steht im Zusammenhang einer machistisch geprägten Gesellschaft. Das Problem ist nicht auf Nicaragua beschränkt.»

Kirsten Clodius
CHRISTLICHE INITIATIVE ROMERO



Martha Flores, übersetzt und ergänzt von Ulla Sparrer

UMWELTPOLITIK – UMWELTKRISE – KLIMAWANDEL

Die derzeitige Umweltkrise trifft vor allem die Bevölkerung des Südens. Tag für Tag verschlechtern sich die Umweltbedingungen durch die Auswirkungen des Klimawandels, die durch die «Entwicklung in den Ländern des industrialisierten Nordens» und deren Produktions- und Konsumweise hervorgerufen wurden.

Die makroökonomische Politik der letzten 30 Jahre hat noch kein adäquates Krisenmanagement hervorgebracht und die internationalen jährlichen Klimakonferenzen haben es nicht geschafft, tatsächlich eine gemeinsame Festlegung auf verbindliche Klima Ziele für alle Staaten zu vereinbaren und diese auch zu erreichen. Die nächste Klimakonferenz wird in Polen 2013 stattfinden. Als Übergangslösungen wurden die Vereinbarungen des Kyoto-Protokolls um eine weitere Periode verlängert. Russland, Kanada, Japan und Neuseeland sind an der zweiten Verpflichtungsperiode nicht mehr beteiligt – übrig bleiben die 27 EU-Staaten, einige weitere europäische Länder und Australien. Sie stehen künftig nur noch für etwa elf bis 13% der weltweiten CO2-Emissionen, Tendenz sinkend.

Um auch die großen CO2-Emissanten USA und China sowie langfristig alle Staaten in eine Klimaschutzvereinbarung einzubeziehen, soll bis 2015 ein neues Abkommen ausgehandelt werden und dann 2020 in Kraft treten. Die Wissenschaft erwartet zurzeit bis 2100 eher eine Erwärmung um bis zu 4° C als die angestrebte Begrenzung auf 1,5° C bis 2° C. Die Antworten, die von den

Staaten des Nordens, den transnationalen Firmen und den internationalen Finanzinstitutionen formuliert werden, ignorieren die Ursachen des Problems: Die Natur wird kommerzialisiert, es entwickeln sich marktfähige Produkte, wie z.B. «grüne» Finanzinstrumente, Schaffung und Verkauf von Umweltdienstleistungen. Eine Ursachenbeseitigung findet nur in den seltensten Fällen statt.

Der weltweite CO₂-Ausstoss und Verbrauch durch fossile Brennstoffe 1900 –2002 summiert sich zu knapp 30% für Europa und 30% für die USA – während in ganz Lateinamerika nur anteilig 3,7% in diesem Zeitraum verbraucht wurden. Die CO₂ Emissionen des Jahres 2011 betrugen absolut gesehen knapp 9 Mrd. Tonnen für China, 6 Mrd. Tonnen für die USA und 802 Mio. Tonnen für Deutschland. Bei einer Betrachtung pro Kopf sehen die Zahlen schon anders aus: USA 18,6 Mio. t pro Person und Jahr 2008, Deutschland 9,4 t, China 4,6 und Nicaragua 0,8 t pro Person und Jahr. Nicaragua hat also nur wenige Möglichkeiten, seinen CO₂ Verbrauch spürbar zu reduzieren. Von den gesamten Treibhausgasemissionen macht CO₂ etwa 75% aus. Der Großteil dieser CO₂-Emissionen ist energiebedingt. Daneben spielt vor allem die Freisetzung von CO₂ durch die Zerstörung von Wäldern (z. B. durch die Rodung tropischer Regenwälder) sowie Land- und Viehwirtschaft eine große Bedeutung.

Die Auswirkungen des Klimawandels schlagen sich in Zentralamerika in einer hohen geographischen und sozioökonomischen Verletzbarkeit nieder, die zu einer Behinderung der menschlichen Entwicklung führt.

Der Klimawandel zeigt sich auf vielfältige Weise: die Abfolge von Regen- und Trockenzeiten hat sich verändert, unkontrollierte Starkregen bis hin zu Hurricanes oder dem Phänomen El niño haben Auswirkungen auf die Küstelinien, führen zu Überschwemmungen, Zerstörungen von Infrastruktur und Ausfall landwirtschaftlicher Produktion. Daneben gibt es extreme Trockenzeiten, die ebenso zu Ernteausfällen führen und Wassermangel zur Folge haben, aber auch die Energieproduktion aus Hydroelektrizität sinken lässt. Ebenso sind Auswirkungen auf die Biodiversität und Artenvielfalt spürbar. Eines der landwirtschaftliche wichtigsten Produkte Nicaraguas, der Kaffee, braucht für eine optimale Reifung im November/Dezember eine fein abgestimmte Abwechslung von Regen und Sonne, die nicht mehr in optimalem Maße gegeben ist. Die Klimaveränderungen, die sich auf der ganzen Welt manifestieren, führen zu Produktionsrückgängen und Pflanzenschäden. Insgesamt ist ein Rückgang der Wasserressourcen, der Biodiversität und der Agrarerträge zu konstatieren. Davon sind die Gesundheit und die Sicherheit der gesamten Bevölkerung betroffen.

Der Agrarsektor ist den Einflüssen des Klimawandels in doppelter Weise ausgesetzt. Die Schäden sind deutlich sichtbar. Es entstehen einerseits Wasserungleichgewichte, die natürlichen jahreszeitlichen Abläufe der Natur verändern sich, durch den erhöhten CO₂ Gehalt kommt es zu ungewollten Dünungen, Unkraut- und Schädlingsplagen, Waldbrände. Andererseits hat der Klimawandel auch eine Reihe von gesellschaftlichen Auswirkungen, z.B. auf die Gesundheit der Bevölkerung, die in unterschiedlicher Weise durch schädliche Faktoren betroffen ist. Krankheiten, die durch Insekten übertragen werden, Dengue Fieber, Malaria, Gelbfieber, aber auch Magendarminfektionen und Atemwegserkrankungen nehmen zu. Durch Naturkatastrophen wird Infrastruktur zerstört und Migration hervorgerufen. Besonders betroffen sind die indigenen Gemeinden.

Vor allem im Osten des Landes werden mehr Hurricanes und Überschwemmungen befürchtet. Im Westen des Landes besteht dagegen eher die Gefahr von Trockenheit. In statistischen Zukunfts-Modellen wird bis 2020 eine Temperaturzunahme für die Monate Juni – September auf bis zu 41° – 45° C befürchtet. Begleitet wird das von einer voraussichtlichen Abnahme der Niederschlagsmenge um 24%. Die nationale Umweltstrategie will zur Bekämpfung des Klimawandels in den folgenden Feldern tätig werden:

- Anpassung: Bewirtschaftung der Wasserressourcen, Anpassung der Landwirtschaft, Erhaltung der Biodiversität und der natürlichen Ressourcen, Erfassung von Infrastruktur und Territorien, Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen,
- Milderung: Entwickeln von Waldökosystemen, Schutzzonen ausweisen, Kyoto-Zonen ausweisen Transportsystementwicklung, Förderung regenerativer Energien,
- Ausbildung: umfassende Umweltbildung der Bevölkerung im formellen (Schulen) und informellen Sektor, Evaluationssysteme entwickeln, Wissenschaft und Technik im Umweltbereich fördern.

Die Bewirtschaftung der Wasserressourcen und die Klärung des Abwassers werden als besonders wichtig angesehen. Mit Unterstützung durch internationale Organisationen sollen Projekte durchgeführt werden, die zur Verringerung der Anfälligkeit der Wasserversorgung dienen sollen.

Ebenso soll ein Plan zum Schutz der Wassereinzugsgebiete ausgearbeitet werden, Vorrang haben dabei die am meisten betroffenen Wassereinzugsgebiete. Die Wiederaufforstung in den Wassereinzugsgebieten soll vorrangig

gefördert und die Flussufer bepflanzt sowie der natürliche Lauf der Flüsse erhalten werden. Ebenso sollen kleine Talsperren gebaut werden, um bei Trockenheit weiteres Wasser in den Fluss leiten zu können. Auch Elektrizitätsgewinnung über Wasserkraft ist ein Thema in Nicaragua. Dazu sollen u.a. die Messpunkte im Wasserlauf wieder aktiviert oder neu gebaut werden. Insgesamt will man eine integrale Planung erstellen, um die Anpassung an den Klimawandel zu verbessern. Durch die Suche nach günstigen Bedingungen für erneuerbare Energien und Erhöhung der Energieeffizienz soll eine Milderung des Klimawandels erreicht werden. Die Kompetenz zur Vermeidung klimaschädlichen Verhaltens soll auf breiter Ebene erhöht werden. Partizipation an der Ausarbeitung eines Klimaprogrammes wird als wichtig erachtet.

Der Staat Nicaragua beteiligt sich am Handel mit Emissionsrechten. Die meisten der geplanten Projekte zu regenerativer Energie sind im Clean Development Mechanismus registriert und bei Realisierung erhofft man sich Einnahmen nach den Regeln des Kyoto-Protokolls¹.

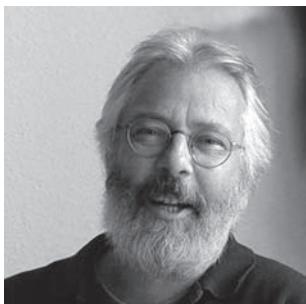
Die 2006 installierte Energieleistung Nicaraguas betrug 751 MW. Davon 25% aus regenerativen Quellen und 75% aus fossilen Brennstoffen. Das Potential zur Gewinnung regenerativer Energien liegt nach Studien der Regierung allerdings deutlich höher. Laut Ricardo Pereira (CIPRES Nicaragua) erhofft man sich von Seiten der Regierung bereits bis 2017 eine deutliche Steigerung auf bis zu 90%. Es gibt bereits ein Gesetz, dass den Stromanbieter *Union Fenosa* zwingt, gewerblich erzeugten regenerativen Strom ins Netz aufzunehmen und zu vergüten, allerdings gilt das noch nicht für Privathaushalte. Seit Anfang 2010 gibt es mit dem Konsortium AMAYO den größten Windpark in Zentralamerika (60 MW).

Im Jahr 2000 wurde der Energiesektor in Nicaragua privatisiert, in den Jahren danach gab es 4-6 Stunden Stromausfälle pro Tag. Die Notsituation verbesserte sich 2007 durch die Installation von 60 MW Diesel Generatoren, finanziert durch die Abkommen mit Venezuela. Der Stromversorgungsgrad in der Stadt liegt bei 90%, auf dem Land bei nur 40%. Mittelfristig stellt sich das Problem, wie man aus den Stromankaufverträgen mit *Union Fenosa* (spanisches Elektrizitäts- und Gasunternehmen) ganz herauskommt. Die Regierung besitzt bereits 17% der Aktien, dennoch gestalten sich die Entschädigungsverhandlungen als sehr schwierig. Die Privatisierung der Stromversorgung in den 90er Jahren hatte – allseits anerkannt – zu negativen Auswirkungen geführt. Die Privatisierung der Wasserversorgung konnte durch den Regierungswechsel weitestgehend gestoppt werden. Leider wird von der nicaraguanischen Regierung auch in Biogas-Projekte investiert.

Die geplante Ausweitung von weiteren Palma Africana Projekten, vor allen Dingen am Rio San Juan und in den beiden Autonomiezonen an der Atlantikküste und die damit geplante Erzeugung von Biodiesel ist in höchstem Maße umweltschädlich. Die Anbauflächen gefährden Naturschutzgebiete und verdrängen die Hauptproduktionsflächen von Bohnen. Die Palma Africana Projekte stehen somit in unmittelbarer Konkurrenz zu der Nahrungsmittelproduktion.

Anmerkungen, Literatur und Verweise

- 1 Beispiel für aktuell Projekte: Geothermie am Vulkan Jacinto in Leon (60 MW), Biogas aus Produktionsresten des Zuckerrohrs, Ingenio Monte Rosa in Chinandega (60 MW), Windenergie in Rivas (Konsortium Kapitalgesellschaft Amayo) (40 MW), Windenergie La Fé (Firma Blue Power and Energy) auch in Rivas (19,8 MW), Windenergie Las Sierras in Managua, auf den Höhen Cuajachillo, von der Kapitalgesellschaft «Vientos Alicos» (20 MW). Wasserkraft in Jinotega, Rosita und El Tuma/La Dalia. (46 MW). Zusätzlich gibt es eine Reihe von Biogas-Projekten in Managua, Leon und Jinotega. Eines der am stärksten kritisierten Projekte ist das geplante «Wasserkraftwerk TUMARIN» am Unterlauf des Rio Grande de Matagalpa in der Nähe der Karibikküste. Hier sind 250 MW geplant.



«Die Faszination der sandinistischen Revolution hat mich zu Nicaragua geführt; 30 Jahre später bin ich wegen der Projekte und dem Austausch mit unseren Partner_innen und der gemeinsamen Vision von einer gerechteren Welt immer noch dabei.»

Willi Volks
INKOTA

«Wir haben in den 80ern bei einem zentralwirtschaftlichen Entwicklungsmodell angefangen und sind heute bei einer optimistischen und demokratischen Wirtschaftsform angekommen.»

Eckhard Capell
EL ROJITO



«Wenn wir Freude an unserer politischen Arbeit haben und damit nach außen strahlen, können wir auch was erreichen.»

Karsten Hackländer
INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA E.V.



Heinz Reinke

IST SOLIDARITÄT MÖGLICH?

Fragen am Beispiel Agrosprit aus Zuckerrohr

Zur Vorgeschichte

Seit sechs Jahren berichtet das Nicaragua-Forum Heidelberg von den katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler Zuckerrohrarbeiter_innen in Nicaragua. Zusammen mit anderen Solidaritätsgruppen, wie dem Infobüro Nicaragua aus Wuppertal, unterstützt es zwei der Opferverbände in ihren Auseinandersetzungen um Anerkennung ihrer Rechte und um Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

Inzwischen sind tausende ehemaliger Arbeiter_innen an der chronischen Niereninsuffizienz verstorben. Tausende kämpfen jedoch immer noch gegen ihre Krankheit und um eine Antwort auf ihre Fragen: «Wieso stehen die Verantwortlichen für unsere Misere nicht am öffentlichen Pranger, warum lässt man uns alleine und wie finden wir zu unserem Recht?»

Lange Zeit war es für die Verantwortlichen wie die Pellas Familie (*Nicaragua Sugar Estates Limited*, NSEL) und die Eigner_innen des guatemaltekischen Konzerns PANTALEON ein Leichtes, die Vorwürfe der Opfer zu ignorieren, die erkrankten Arbeiter_innen zu entlassen und weder Pensionen noch Entschädigungen zu bezahlen. Um diese Mauer des Schweigens zu durchbrechen, haben wir im Frühjahr des vergangenen Jahres mit Carmen Rios eine der Hauptaktivistinnen nach Deutschland eingeladen und auf Rundreise geschickt. Zwei Ziele verfolgten wir:

- Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Betroffenen aus Nicaragua
- solidarische Gruppen motivieren, an dem aktuellen Thema der Verspritung von Lebensmitteln zu arbeiten und damit landwirtschaftliche Produktionsmethoden und deren Auswirkungen in Zusammenhang mit unserem Verbraucherhandeln zu bringen.

Inzwischen hat sich die Situation doch deutlich gewandelt. Schien die Problematik der Niereninsuffizienz und die hohen Todesraten lange Zeit ein nicaraguanisches Problem zu sein, berichten inzwischen Gesundheitsminister und Fachleute nahezu aller zentralamerikanischen Länder von einer «verheerenden Epidemie», der inzwischen 24.000 Menschen zum Opfer gefallen seien. So wurde bekannt, dass alleine in El Salvador im Jahr 2009 über 1500 Menschen starben und damit die Zahlen Nicaraguas noch übertroffen wurden. Nach den Tagesthemen hat sich inzwischen auch der Spiegel (21/2012) der Geschichte angenommen und fragt in seinem Untertitel «Pestizide?, Hitzestress?, Falsche Ernährung? Die Forscher rätseln!»

Im Rahmen ihrer Rundreise wurde Carmen Rios in Berlin auch im Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit des Bundestages empfangen und hat sich deren Geschichte angehört. Schnell kamen die Arbeitsgesetzgebung Nicaraguas und die gesetzlichen Regelungen zum Einsatz von Pestiziden zur Sprache. Von den Parlamentariern nicht thematisiert wurde dagegen eine Kreditfinanzierung für Nicaragua Sugar durch die Deutsche Entwicklungs- und Investitionsgesellschaft DEG, einer Tochter der KfW Bankengruppe, die unter der Rechtsaufsicht des Finanzministeriums steht. Die DEG hatte die Intensivierung des Zuckerrohranbaus durch neue Bewässerungssysteme finanziert. Die Partei *Die Linke* hatte zu diesem Vorgang eine kleine Anfrage im Bundestag gestellt und die lapidare Antwort erhalten, dass man sich keine Vorwürfe machen müsse, da alle Prüfkriterien für die Vergabe der Gelder erfüllt und die Rolle der Pestizide als Ursache der Erkrankung entkräftet seien.

Nachdem nun der Skandal also auch in den Frontmedien angekommen ist, könnten wir uns ja auf die Schultern klopfen, uns zurücklehnen, die begonnenen Projektunterstützungen im Gesundheits- und Sozialbereich weiterführen und ansonsten den vermeintlich solidarischen Ansatz auf sich beruhen lassen.

Doch die Misere bleibt

Der Zusammenhang zu einer exportorientierten Landwirtschaft, die um Ertragssteigerung kämpfend weiter alle Stellschrauben optimiert, um den US-

amerikanischen und den europäischen Markt mit Ethanol und Agrodiesel zu versorgen, wird noch immer zu wenig erwähnt. Die Flächen, die mit Zuckerrohr- und Palmölplantagen überzogen werden, wachsen weiter. Damit wachsen aber auch die Probleme der Menschen, die sich in einer Landwirtschaft verdingen müssen, welche die Ernährungssouveränität der lokalen Bevölkerung missachtet und die Arbeitskräfte als billige Lohnsklaven bis zur Vergiftung missbraucht.

Der Pellas-Konzern NSEL (*Nicaraguan Sugar Estates Limited*) hat inzwischen in Guatemala expandiert und vertreibt entlassene Tagelöhner und Kleinbauer_innen aus dem neuen Anbaugebiet. In Honduras wachsen Palmölplantagen in der Region Bajo Aguan und «Sicherheitskräfte» der Firma ermorden immer wieder Kleinbauer_innen, die gegen die Landnahme des Konzerns Widerstand leisten. Aus Costa Rica, dem «Vorzeigeland» Zentralamerikas, wird von der Pestizidvergiftung einer ganzen Region berichtet, in der Exportananas angebaut wird.

Die Bedeutung der Pestizide bei der Verunreinigung des Trinkwassers weisen die großen Konzerne überall zurück, aber sie sind es, die mit den Giften in unverantwortlicher Weise umgehen und damit ganz wesentlich zur Vergiftung der Flüsse und des Grundwassers beitragen.

In Nicaragua freilich hat man die Antwort auf die Frage der Verantwortung auf die Spitze getrieben: Schuld sind die Arbeiter_innen, die sich unsund ernähren und in betrügerischer Weise Entschädigungen fordern. Der Konzern wäscht sich rein, behauptet eine nahezu organische, selbstverständlich nachhaltige Produktion und brüstet sich mit der Auszeichnung des Preises für Hygiene und Arbeitsbedingungen eines Instituts der staatlichen, nicaraguanischen Sozialversicherung (INSS). Nicht nur in Europa beherrscht man also inzwischen die ganze Palette des Greenwashing und bedient sich moderner Marketingmethoden.

Vom Spagat zwischen projektorientierter Soliarbeit und globalen Fragestellungen

Wie definiert sich im beschriebenen Zusammenhang die Frage nach «Solidarität gestern und heute», dem Thema des Solikongresses in Wuppertal. Im Verlauf auch dieses Treffens wurde wieder deutlich, wie vielfältig sich die Arbeit der unterschiedlichen Gruppen und Initiativen gestaltet. Projektfinanzierungen, von der Unterstützung von Frauenorganisationen bis zu kommunalen Partnerschaftsprojekten, stehen nach wie vor stark im Fokus der Nicaraguasolidaritätsarbeit. Oft, jedoch noch bei Weitem nicht durchgängig, werden

inzwischen auch die politischen und ökonomischen Entwicklungen auf nationaler und globaler Ebene reflektiert und diskutiert. Ob es sich nun um die Unterstützung erkrankter Zuckerrohrarbeiter_innen, um die Förderung kleinbäuerlicher Produktion, oder die Problematisierung der exportorientierten Produktion der Maquilaindustrie handelt, immer ist unser «solidarisches Bemühen» auch vor dem Hintergrund globaler Zusammenhänge und Entwicklungen zu sehen.

Dies gilt natürlich auch für die Arbeitsbedingungen der Zuckerrohrarbeiter_innen und die Landvertreibung von Kleinbauer_innen durch die Ausdehnung der Palmölproduktion. Die Kooperation mit den Organisationen der Betroffenen und deren direkte finanzielle Unterstützung in ihren jeweiligen Auseinandersetzungen und Aufgabenfeldern kann jedoch nur ein Feld der solidarischen Zusammenarbeit sein.

Die Frage nach unserem Lebensstil und seinen Auswirkungen, die Frage nach der Politik unserer Regierungen und deren Folgen lenken unseren Blick gezwungenermaßen auf unsere Arbeit hier in Deutschland. Wer die Arbeitsbedingungen der Zuckerrohrarbeiter_innen in Nicaragua anprangert, muss sich natürlich mit den Richtlinien zur Erhöhung des Anteils von Agotreibstoffen und unserem Energieverbrauch auseinandersetzen. Wer über die Landvertreibung der Kleinbauer_innen in Honduras berichtet, sollte natürlich die Positionen unserer Parteien beim Putsch reflektieren und diese in die Öffentlichkeit bringen. Soliararbeit heute kann sich nicht mehr erschöpfen im Slogan vieler Hilfsorganisationen: «Tue Gutes und berichte darüber»!

Von der Komplexität ökonomischer und ökologischer Fragestellungen und der Notwendigkeit der Vernetzung

Fragen, wie die nach der Energieeffizienz von Agotreibstoffen, nach dem Nachweis von Pestiziden im Grundwasser und deren Folgen für die Gesundheit der Erntearbeiter_innen und der Bevölkerung der Region, aber auch Fragen der nationalen Gesetzgebung und ihrer Einhaltung, ganz zu schweigen von Handelsabkommen und Entwicklungsförderungs-programmen, oft versteckt in Bilanzen, bringen uns alle nicht nur in unseren Kompetenzen sondern auch mit unserem «Zeitmanagement» an die Grenze.

Wie wollen wir uns als meist ehrenamtlich Arbeitende in diesem Dschungel bewegen? Hilfesuchende, erkrankte Arbeiter_innen und ihre Familien taugen nicht als Position des eigenen Portfolios, sondern erfordern es, in möglichst breiten Allianzen an tauglichen Hilfsangeboten und dem Widerstand

gegen Ausbeutung und Vergiftung von Mensch und Natur gemeinsam zu arbeiten. Der Erwerb zusätzlicher Kompetenzen ist sicher notwendig, aber nicht ausreichend. Die Vernetzung mit geeigneten Partner_innen auf Augenhöhe ist auch hier unter uns gefordert!

Diese Vernetzung mit Organisationen hier in Europa, aber auch in Zentralamerika, kann bereichernd wirken. Die Diskussion «was man wie mit wem gemeinsam erreichen will» kann den Blick schärfen für die unterschiedlichen Blickwinkel und Interessen, aber auch für gemeinsame Ziele. Dieser Blick über den Tellerrand des eigenen, feinen Umfeldes, die Auseinandersetzung mit wichtigen gesellschaftlichen Kräften, ist unabdingbar, wollen wir nicht unseren Vorstellungen eines verkürzten Solidaritätsbegriffs aufsitzen. Solidarität muss sich im Diskurs immer neu finden und justieren.

Begegnungen auf Augenhöhe

Nach wie vor steht die direkte Begegnung meist am Anfang von jedem konkreten Engagement. Ob im Rahmen einer Projektreise, beim Arbeitseinsatz im Rahmen eines Brigadenaufenthalts oder beim Besuch einer Informationsveranstaltung mit Gästen aus Lateinamerika. Niemand möchte die direkte Begegnung, die Informationen aus erster Hand, die uns bewegen und erschüttern, verunsichern und begeistern können, missen. Begegnungen auf Augenhöhe, mit dem Blick des Weltbürgers, der um die unterschiedlichen Blickwinkel weiß und sich der Sichtweise des Anderen stellt, sind für gelebte Solidarität grundlegend. Das gilt auch für komplexe politische, ökonomische und ökologische Zusammenhänge. Für solidarisches Arbeiten brauchen wir nach wie vor die Realbegegnung.

Das Beispiel Palmöl: Wie es weiter gehen kann

Die Produktion von Agrosprit aus Zuckerrohr war ein Beispiel, die Palmölproduktion ist ein weiteres für eine exportorientierte Landwirtschaft, über deren Grundlage und Auswirkungen auf die Produzenten ein großes Aufmerksamkeitsdefizit besteht. Palmöl steckt nicht nur in Kosmetika und Nahrungsmitteln, sondern auch im Biodiesel. Palmöl ist aktuell so begehrt, dass es sich lohnt, neue Pflanzungen von Ölpalmen (*palma africana*) anzulegen und die dazu notwendigen Flächen rücksichtslos zu gewinnen.

Vor allem Großgrundbesitzer_innen und Investor_innen stecken ihr Geld in diese Produktion. Kleinbauer_innen werden in Honduras, wie im fruchtbaren

ren honduranischen Aguán-Tal, aber auch in Guatemala, zunehmend vertrieben. In Honduras tobt seit drei Jahren ein Landkonflikt, in dem inzwischen schon Dutzende starben. Seit dem Putsch von 2009 hat sich die Menschenrechtslage in Honduras extrem verschlechtert.

Am Beispiel der an chronischem Nierenversagen (*Insuficiencia Renal Cronica*, IRC) erkrankten Zuckerrohrarbeiter_innen aus Nicaragua hat sich gezeigt, wie sensibel die exportorientierten Unternehmen auf die Öffentlichkeitsarbeit in Europa reagieren:

Das Nicaragua-Forum Heidelberg wird zusammen mit FIAN e.V. (*Food-First Informations- & Aktions-Netzwerk*) deshalb im Mai 2013 Giorgio Trucchi auf eine Vortragsreise nach Deutschland einladen. Giorgio Trucchi lebt und arbeitet als Korrespondent der lateinamerikanischen Gewerkschaft REL UITA in Mittelamerika und berichtet seit langem zu aktuellen Themen in den Ländern Nicaragua, Honduras und Guatemala.

Im Rahmen der Vortragsreise wird Giorgio Trucchi seinen Film «Schrei nach Land» über die Hintergründe und die Auseinandersetzungen in Bajo Aguan, Honduras vorstellen und die aktuelle Situation nach dem Putsch beleuchten. Auch über die aktuelle Situation der erkrankten Zuckerrohrarbeiter_innen in Nicaragua, die Entwicklungen in Guatemala und die Situation der Ananasproduktion in Costa Rica wird er berichten.

Ob beim Kirchentag in Hamburg, dem BUKO-Kongress in München, ob bei einem Termin der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten, oder einem Vortrag zum Thema «Teure Früchte – Von Monokultur, Landvertreibung und Repression in Zentralamerika», die Notwendigkeiten bleiben dieselben: Solidarisches Arbeiten heißt kompetent und vernetzt zu arbeiten, sich auf Augenhöhe zu begegnen und globale Fragestellungen nicht auf karitative Unterstützung zu reduzieren.

Katharina Obuch, Maren Krätschmar

VON SOLI BIS WELTWÄRTS

Von der Solidaritätsbewegung zu Zeiten der sandinistischen Revolution bis zu den heutigen entwicklungspolitischen Freiwilligendiensten – Nicaragua ist seit langem ein begehrtes Ziel deutscher Freiwilliger.

Für die Brigadist_innen der 80er Jahre stand vor allem die politische Aktion im Vordergrund. Ziel war die Unterstützung des nicaraguanischen Volkes im Einsatz für seine Befreiung und den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft – deren Realisierung dort für viele Deutsche näher schien als vor der eigenen Tür. Organisiert von lokalen und autonom arbeitenden Solidaritätskomitees, die zumeist in radikaler Opposition zur Haltung der Bundesregierung standen, leisteten die Brigadist_innen in einem vom Bürgerkrieg geplagten Land Hilfe beim Kaffeepflücken und Wiederaufbau – teils unter Einsatz des eigenen Lebens. 30 Jahre später sind die Revolution und das Land in weite Ferne gerückt: die heutigen Freiwilligen sind zumeist jugendliche Schul- oder Hochschulabsolvent_innen, die die Welt entdecken, Erfahrungen sammeln und oft auch einen Beitrag in einer als ungleich wahrgenommenen Welt leisten wollen. Subventioniert vom Staat und betreut durch internationale Freiwilligenprogramme werden sie für eine festgelegte Zeit zu Kooperationspartner_innen in die Welt geschickt.

Doch inwiefern haben sich mit dem internationalen Kontext und den organisatorischen Rahmenbedingungen auch die Motivationen und Ziele der Freiwilligen im Laufe der Zeit verändert?

Was bedeutete Solidarität für die Brigadist_innen der 80er Jahre, was heißt «solidarisch sein» für uns heute und spielt Solidarität im Freiwilligenprogramm *Weltwärts* überhaupt noch eine Rolle?

Im Workshop «von Soli bis Weltwärts» diskutierten Freiwillige von 1983 bis heute über ihre Erfahrungen.

«Todos juntos venceremos» – Ursprung und Wandel der Solidaritätsbrigaden

Am 20.12.1983 ist es soweit: Die erste (west)deutsche Solidaritätsbrigade, bestehend aus 145 Freiwilligen, bricht nach Nicaragua auf. Entstanden im Rahmen der wachsenden Solidaritätsbewegung mit der sandinistischen Revolution war ihr eine lange Zeit der organisatorischen Planung und politischen Diskussionen vorausgegangen.

Seit Reagans Amtsantritt 1981 hatte sich die internationale Isolation Nicaraguas verschärft, die US-Regierung förderte den Aufbau der Contra und Zentralamerika rückte in den Mittelpunkt der Ost-Westkonfrontation. Die BRD stand spätestens mit Regierungsübernahme Helmut Kohls unkritisch an der Seite des Bündnispartners USA. Doch auch die DDR-Regierung folgte ihrer Blockzugehörigkeit und war nicht nur eine der ersten, die die Sandinist_innen offiziell anerkannte, sondern unterstützte diese auch durch Handels- und Bildungsabkommen, offizielle Staatsbesuche und Entwicklungshilfe.

In der deutschen Bevölkerung löste die Sandinistische Revolution derweil eine Welle der Begeisterung und Solidarität aus, die sich in West wie auch in Ostdeutschland als autonome und staatskritische Bewegung formierte; der erfolgreiche Volksaufstand und spätere Widerstand der Nicaraguaner_innen gegen die von den USA finanzierten Contra, wurden zur Projektionsfläche für die eigenen unerfüllten Ideale. Nicaragua diente als Inspiration für den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft und wahren Regierung durch das Volk – auf beiden Seiten der Mauer. Die Begeisterung gerade junger Menschen fand ihren Ausdruck in der Gründung von über 400 örtlichen Solidaritätskomitees in Deutschland, autonomen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen, später auch Städtepartnerschaftsvereinen. Mit der Zeit formierte sich die bislang dauerhafteste Solidaritätsbewegung des Landes, innerhalb derer auch viele der auf unserer Konferenz anwesenden Gruppen und Initiativen entstanden sind.

Ein Aufruf der sandinistischen Regierung im Jahr 1983 zur Unterstützung der Revolution durch die Entsendung internationaler Arbeitsbrigaden eröffnete der Solidaritätsbewegung schließlich ein konkretes Betätigungsfeld. Im Laufe der folgenden Jahre reisten bis zu 15 000 Deutsche als Brigadist_innen nach Nicaragua – organisiert durch die unzähligen Soligruppen und ihre Partner_innen vor Ort. In teils monatelangen Aufenthalten arbeiteten die Freiwilligen

ligen in erster Linie als Helfer_innen bei der Kaffeeernte und beim Wiederaufbau des von der Contra zerstörten Landes, dienten zugleich aber auch als menschliche Schutzschilder im Bürgerkrieg. Die Brigaden verbanden politische Aktion mit praktischer Solidarität und trugen zur Unterstützung der Solidaritätsbewegung in Deutschland bei. Für viele Brigadist_innen waren sie der Höhepunkt jahrelanger Soliarbeit, die Erfahrung gelebter Solidarität, die Revolution und die entstandenen Kontakte wurden zur lebensprägenden Erfahrung.

Mit der plötzlichen Abwahl der Sandinist_innen und den weltpolitischen Umbrüchen 1990 verschwindet Nicaragua nicht nur aus dem Blickfeld Europas, sondern stellt auch die deutsche Solibewegung vor neue Herausforderungen. Die USA-gestützte neoliberalen Regierung unter Violeta Chamorro bedeutet das (vorläufige) Ende des Revolutionsprojektes und eine Neuausrichtung der bisherigen Soliarbeit – und zumeist auch ein Ende der Brigaden. Eine der wenigen, die weitermachen, ist das Ökumenische Büro in München, das bis heute regelmäßig Brigaden organisiert. Ziel ist nicht mehr die unmittelbare Unterstützung der Revolution, sondern vor allem die Heranführung junger Menschen an die Nord-Süd Problematik.

Solidaritätsbrigaden im neuen Jahrtausend – ein Erfahrungsbericht

Dem Aufruf des Ökumenischen Büros und des Informationsbüros Nicaragua, eine Brigade mit den Schwerpunktthemen Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität durchzuführen, folgten im Jahr 2011 sechs Teilnehmer_innen unterschiedlichen Alters. Wir bereiteten uns in mehreren Wochenendseminaren auf den Aufenthalt vor, setzten uns intensiv mit der Geschichte des Landes und den aktuellen politischen und sozialen Verhältnissen auseinander. Die Motivation der Brigadist_innen lässt sich mit Neugier und einem gewissen Unbehagen an den herrschenden Beziehungen zwischen den Ländern des globalen Südens und Nordens zusammenfassen.

Unser Programm bestand aus einem dreiwöchigen Landaufenthalt als Baubrigade in der *Comunidad Apatite* in Matagalpa sowie einem anschließenden Interviewprogramm in Managua. Projektpartner des ersten Teils war das *Movimiento Comunal Matagalpa* (MCN), eine unabhängige Basisorganisation mit Wurzeln in der sandinistischen Revolution. Das MCN legt seine Arbeitsschwerpunkte auf die Bereiche kleinbäuerliche Landwirtschaft, Katastrophenprävention, Trinkwasserversorgung, Gesundheit, Umweltschutz und politische Bildung. Dabei steht die Förderung der Selbstorganisation der Bevölkerung im Vordergrund. Unsere Gruppe war in Gastfamilien in dem etwa eine

Stunde von Matagalpa entfernten Apatite untergebracht. Vormittags arbeiteten wir gemeinsam mit den Dorfbewohner_innen auf der Baustelle, nachmittags zeigten sie uns ihr Dorf und die nähere Umgebung.

Im zweiten Teil der Reise verbrachten wir zehn Tage in der Hauptstadt Managua, wo wir Interviews mit Vertreter_innenn verschiedenster zivilgesellschaftlicher Organisationen zu unseren Schwerpunktthemen führten. Unter anderem besuchten wir ein Protestcamp der ANAIRC (Organisation an Niereninsuffizienz erkrankter Zuckerrohrarbeiter_innen), wodurch uns die fatalen Auswirkungen der für den Export bestimmten Zuckerrohrproduktion vor Augen geführt wurden. Die Gespräche gaben uns die Möglichkeit, Näheres über die Konsequenzen von Klimawandel und globaler Wirtschafts- und Klimapolitik aus unterschiedlichsten Perspektiven zu erfahren: die Sorgen der lokal engagierten und mit den spezifischen Lebensumständen von Frauen in Nicaragua befassten Frauenrechtsorganisationen, die Herausforderungen und alternativen Projekte einer NGO für ländliche Entwicklung, bis hin zum politischen Kampf der Globalisierungskritiker_innen von *Otro mundo es posible*.

Die von uns gesammelten Eindrücke und Informationen konnten wir in der Nachbereitungsphase unserer Brigade direkt im *Bildungslabor Lateiname-rika*¹ mit einem Beitrag zum Klimawandel in Nicaragua einbringen.

Die Erfahrungen der Brigade haben bei allen Teilnehmenden einen tiefen Eindruck hinterlassen. Während unserer Reise trafen wir auf Menschen, die in ihrer Lebensgrundlage nicht nur durch ein sich veränderndes Klima und immer häufiger auftretende Wetterextreme bedroht werden, sondern zugleich Opfer von Deutschland unterstützter internationaler Handels- und Finanzpolitik sind. Besonders die Zeit in den Familien haben wir als sehr beeindruckende und lehrreiche Zeit wahrgenommen. Heute ist die Brigade Ausgangspunkt unserer Beschäftigung mit Nicaragua, infolgedessen auch mit uns selbst und der Rolle Deutschlands in den globalen Nord-Süd Verhältnissen, ein Anknüpfungspunkt für Diskussionen und das kritische Hinterfragen der eigenen Lebensweise.

Nichtsdestotrotz wird es 30 Jahre nach der Revolution immer schwieriger, Interessent_innen für Solbrigaden nach Nicaragua zu gewinnen – das konkrete politische Ziel steht in Frage, die Motivationskraft der Revolution verblasst und auch die potentielle Zielgruppe hat sich verändert. Inzwischen gibt es «moderne» Formen der Freiwilligenarbeit und des Engagements, die auf den Wandel der Bedürfnisse und Interessen gerade junger Menschen abzielen und erfolgreich Freiwillige rekrutieren – so wie der im Folgenden vorgestellte entwicklungspolitische Freiwilligendienst *Weltwärts*.

Weltwärts

Weltwärts entsendet unter dem Motto «Lernen durch tatkräftiges Helfen» seit 2008 junge Menschen für einen Zeitraum von 6-24 Monaten in sogenannte Entwicklungsländer. Die Freiwilligen sollen «unter anderem lernen, globale Abhängigkeiten und Wechselwirkungen besser zu verstehen, den Projektteilnehmern der Einsatz im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe zu Gute kommen.» Das Aufgabenfeld umfasst die Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit; so arbeiten die Freiwilligen beispielsweise in Schulen, Kinderheimen oder Menschenrechtsorganisationen. Finanziert wird das Programm durch das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ), die Durchführung erfolgt durch Entsendeorganisationen in Zusammenarbeit mit den Projektteilnehmern_innen vor Ort. In Nicaragua konnten seit Programmbeginn über 850 *Weltwärts*-Freiwillige eigene Erfahrungen sammeln. Der organisatorische Rahmen und die finanzielle Unterstützung erleichtern nicht nur die Entscheidung des Einzelnen, sich in Nicaragua zu engagieren, sie vervielfachen auch die Zahl derer, die heute wieder nach Nicaragua reisen und damit eine Chance auf einen Perspektivwechsel haben.

Die *Weltwärts*-Freiwilligen kommen mit der Idee, etwas Sinnvolles zu unternehmen, andere Menschen und Lebenssituationen kennenzulernen, aber auch sich persönlich weiterzuentwickeln. Die bei den Solbrigaden zentrale politische Idee taucht häufig nur noch am Rande oder reduziert auf einen bisweilen unkritischen Entwicklungshilfegedanken auf. Während die früheren Brigaden direkte Unterstützung für ein konkretes Projekt (die Revolution) leisteten, wird heute oftmals die «Projektwut» derartiger Freiwilligendienste beklagt. Kritisiert wird, dass die Teilnehmenden persönlich wertvolle Erfahrungen sammeln können, aber erbringen sie mit ihrer «Hilfe» einen tatsächlichen «Nutzen» vor Ort? Könnten die aufgewandten Mittel anders verwendet nicht mehr bewirken? Und verfestigt der naive Hilfsgedanke vieler Freiwilliger (gepaart mit einer staatlichen Finanzierung) nicht die immer noch bestehenden kolonialen Abhängigkeiten?

Allerdings, so wurde im Workshop deutlich, waren Zweifel auch den Brigadisten_innen der 80er Jahre nicht fremd – schon damals der Sinn und insbesondere die konkrete Ausgestaltung der Brigaden nicht unumstritten. Weiterhin scheint der veränderte Kontext neue Chancen zu bieten; während in der Revolutionszeit solidarisch zu sein meist eine unkritische Unterstützung der Sandinisten_innen bedeutete, können die heutigen Freiwilligen deutlich offener und damit letzten Endes auch kritischer sein. Ehemalige *Weltwärts*-Freiwillige

räumten in der Diskussion ein, dass viele zwar unkritisch und ohne konkrete politische Motivation starten, aber durch ihre Erfahrungen gewandelt zurückkommen. Globale Zusammenhänge und Probleme verlieren durch den unmittelbaren Kontakt mit Betroffen ihre Abstraktheit, die eigene Rolle in diesen Zusammenhängen wahrzunehmen und eine Reflektion über den eigenen Lebensstil wird ermöglicht. Zu guter Letzt kann der den neuen Freiwilligenprogrammen unterliegende Entwicklungshilfegedanke in der konkreten Umsetzung umgedeutet werden in den Versuch, den globalen Ungerechtigkeiten und Abhängigkeiten auf der individuellen Ebene entgegenzuwirken.

Von der Revolution zur Nebensache?

Knapp 30 Jahre nach der Revolution haben sich, so wurde im Workshop deutlich, nicht nur der politische Kontext in Nicaragua, sondern auch die Rahmenbedingungen und Motivationen für viele Freiwillige gewandelt.

Für die Brigadist_innen der Revolutionszeit erschien Nicaragua als Ausweg aus der eigenen Gesellschaft, in der sie keine Chance auf die Verwirklichung ihrer Ideale sahen. Sie waren deutlich stärker politisiert als die heutigen Freiwilligen. Die Revolution, die sie in Nicaragua verteidigen wollten, machten sie zu ihrer eigenen. Der Entschluss, als Brigadist_in nach Nicaragua zu gehen, entstand häufig nach jahrelanger Soliarbeit und Beschäftigung mit dem Land, Finanzierung und Verantwortung für die Unwägbarkeiten der Reise in ein Krisengebiet unterlagen allein den Teilnehmer_innen. Dabei bestand aber auch immer die Gefahr, dass Brigadist_innen die Erfüllung ihrer politischen Wünsche von den Menschen in Nicaragua erwarteten. Nach der Abwahl der Sandinist_innen fühlten sich viele enttäuscht von «ihrer» nicaraguanischen Revolution und lasteten die Niederlage teilweise auch den Nicaraguaner_innen an. Heutige Freiwillige haben diese hohe Erwartungshaltung zum Glück nicht mehr und können, zumindest in diesem Punkt, offener an ihren Aufenthalt herangehen.

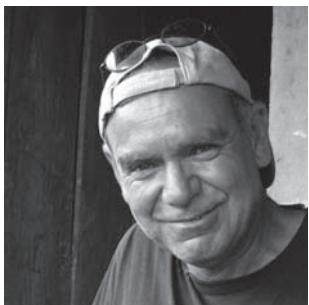
Heute hat die Revolution ihre Anziehungskraft verloren. Der von einer Brigade geforderte zeitliche und materielle Aufwand ist zudem schwer in Einklang zu bringen mit den gesellschaftlichen Anforderungen – gerade angeichts der möglichen Alternativen; formalisierte Auslandsaufenthalte in Ausbildung oder Studium sind heute schließlich selbstverständlicher denn je, werden von Arbeitgeber_innen positiv angerechnet und von staatlicher Seite als Teil der Aus- oder Lebensbildung gewollt und gefördert – wie beispielsweise *Weltwärts*.

Insgesamt steht die Solibewegung vor der Herausforderung, sich dem veränderten Kontext anzupassen, dabei aber nicht die eigenen Ideale aufzugeben. Die Brigaden haben bereits einen Wandel – von der politischen zur (Jugend)Bildungsarbeit – vollzogen. Ebenso werden sich viele Weltwärts-Freiwillige weiterhin mit dem Land beschäftigen und können, sensibilisiert für die Lebensrealität Nicaraguas, als Multiplikator_innen für ein Nach- und Umdenken über die Ungerechtigkeiten unserer Welt wirken. Programme wie Weltwärts sollten daher nicht zu einseitig auf ihre durchaus fragwürdige Finanzierung und mögliche strategische Ausrichtung reduziert, sondern vielmehr als Chance gesehen werden; die Entsendung der Teilnehmenden läuft über eine Vielzahl auch kleiner und unabhängiger Organisationen, deren zur Reflektion anregende Vor- und Nachbereitung großen Einfluss auf die Wirkung des Programms haben kann.

Nicht zuletzt gibt es, auch wenn auf den ersten Blick vor allem die Unterschiede zwischen den Revolutionär_innen der 80er Jahre und den heutigen Freiwilligen ins Auge fallen, gerade auf der menschlichen Ebene Anknüpfungspunkte. Gemeinsam haben viele Freiwillige damals und heute die Neugier auf ein fremdes Land und die Bereitschaft, sich auf einen anderen Lebensstil, zumindest für eine begrenzte Zeit, einzulassen. Beide Gruppen erzählten im Workshop von lang anhaltenden Kontakten mit den Gastfamilien – an der Überwältigung und nachhaltigen Prägung vieler Freiwilliger durch ihren Aufenthalt in Nicaragua scheint sich in den vergangenen 30 Jahren wenig verändert zu haben.

Anmerkungen, Literatur und Verweise

- 1 Bildungslabor Lateinamerika – Klimawandel und Umweltkonflikte, einer Lern- und Methodenwerkstatt für Multiplikator_innen und Jugendbildungsarbeiter_innen des Informationsbüro Nicaragua
 - <http://www.oeku-buero.de/nicaragua/articles/partnerorganisation-movimiento-comunal.html> (09.12.2012)
 - http://www.weltwaerts.de/ueber_weltwaerts/idee_hintergrund.html (16.12.2012)
 - Lateinamerika Nachrichten 301/302 – Juli/August 1999
 - Harzer, Erika/Volks, Willi (Hrsg.) (2008): Aufbruch nach Nicaragua. Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettstreit. Berlin: CH. Links Verlag



«Produzenten und Konsumenten
sind miteinander verflochten.
Der Erfolg einer Kampagne erfordert
aber nicht nur solidarisches Verhalten
zwischen Nord und Süd,
sondern auch zwischen den Menschen
und Organisationen hier.»

Heinz Reinke

NICARAGUA-FORUM IN HEIDELBERG

«Es geht darum, mehr zu erfahren,
über die Möglichkeiten kleinbäuerliche
Strukturen zu erhalten
und den Lebensunterhalt der Menschen
auf dem Land zu sichern ...»

Rudi Kurz
NICARAGUA-FORUM IN HEIDELBERG



Klaus Heß

SOLIDARITÄTSARBEIT HEUTE UND MORGEN

Perspektiven gegenseitiger Unterstützung

Solidarität im Laufe der Jahre

Dieser Artikel ist der – zugegebenermaßen schwierige – Versuch, die Praxis und Reflexion unserer Solidaritätsarbeit zusammenzufassen. Schwierig, weil es sich um ein Mosaik aus Diskussionsergebnissen der Konferenzveranstaltungen, aus persönlichen Stellungnahmen von Teilnehmer_innen des Südens und des Nordens, sowie aus Erfahrungen aus der eigenen Praxis im jahrelangen Austausch innerhalb der Solidaritätsbewegung und mit Partnerorganisationen in Nicaragua handelt.

Die Fragen nach den Perspektiven der Solidarität spielen zusätzlich aus zweierlei Gründen eine wichtige Rolle:

1. weil sich die politischen Koordinaten der Solidaritätsarbeit mit Nicaragua in einer mehr als 30-jährigen Geschichte durch veränderte Bedingungen in Nicaragua, aber auch durch Veränderungen unseres eigenen politischen Kontextes und des globalen weltpolitischen Systems, wesentlich verschoben haben.
2. weil nach 30 Jahren die handelnden Personen und Akteur_innen auf beiden Seiten des Ozeans teils immer noch oder wieder die gleichen sind. Hier sind es sowohl Ortega und sein engeres Umfeld, welches so handelt, als hätte gerade eine Revolution stattgefunden, aber auch die (älteren) Vertreter_innen der deutschen Solidaritätsbewegung, die die aktuelle Regierungspolitik an den spezifischen Ansprüchen, Uto-

pien und Projektionen der revolutionären 80er Jahre messen und last not least sind die Führungspersonen der meisten nicaraguanischen Organisationen und sozialen Bewegungen als Aktivist_innen und späteren Dissident_innen aus dem Sandinismus hervorgegangen.

Damit gehen alle Auseinandersetzungen über politische Fragen weit über reine Sachfragen hinaus. Es sind immer auch Fragen zwischen Akteur_innen, die sich lange und eng kennen, wechselvolle Hass-Lieben und gegenseitige Erwartungen und Frustrationen durchlaufen haben. Ja, es sind immer auch Abrechnungen mit der eigenen Geschichte, ihrer Irrtümer und späten Lehren. Nur vor diesem Hintergrund sind manche reflexhaften Diskussionen der letzten Jahre zur «Solidarität mit der FSLN-Regierung» zu verstehen, die für jüngere Generationen völlig verständnislos scheinen. Trotz unterschiedlicher Motivationen, Beweggründe und Zielsetzungen der Soli-Aktivist_innen der Nicaraguabewegung, die Brüche vollzogen, Partnerbezüge verändert und Schlussfolgerungen vollzogen haben, aber gleichzeitig persönliche Kontinuitäten ausstrahlen, vereint uns eine gemeinsame Basis, die sich deutlich von humanitär orientierten Spendensammlungen, von anwaltschaftlichen Interventionen oder auch einer Einbahnsolidarität abhebt. Die gemeinsam formulierte Antwort der organisierten Solidaritätsbewegung lautet: Es muss uns darum gehen, die Solidarität zwischen den Menschen und ihren Kämpfen und Bewegungen zu stärken und nicht darum, sich mit einer Regierung oder gar einem Land oder «Volk» solidarisch zu erklären.

Solidarität gestern ...

Während und direkt nach der sandinistischen Revolution 1979 war die Unterstützung der revolutionären Prozesse in Nicaragua und der Protest gegen die US-Politik die selbst gesetzte Aufgabe der Solidaritätsbewegung. In dieser Periode war die Solidarität mit dem Freiheitskampf des nicaraguanischen Volkes weitgehend deckungsgleich mit der Unterstützung der Befreiungsbewegung und später der Regierungspartei, die uns sowohl Garant für die Fortentwicklung der Revolution schien, als auch unserem gemeinsamen Feind, dem «Imperialismus», die Stirn bot. Selbtkritisch ist aus heutiger Sicht festzustellen, dass wir wenig unterschieden haben zwischen sozialen Emanzipationsprozessen von unten und ihrem institutionellen Ausdruck in Partei und Regierung. Die Niederlage der FSLN bei den Wahlen 1990 führte deshalb dazu, dass sich die meisten Solidaritätsgruppen aus Frustration auflösten, weil es keine FSLN-

Regierung mehr an der Macht gab (als ob damit die Notwendigkeit für Solidarität geringer würde), und andere Gruppen sich in einer ‹jetzt erst Recht›-Haltung mit der aktuellen Ortega-Regierung solidarisieren oder mit ihr sympathisieren, trotz der erkennbaren Handlungen, die diese Regierung vollzieht. Das hat seine Erklärung auch in unserer eigenen Geschichte. Da wir in der Zusammenarbeit mit der FSLN Regierung in den 80er Jahren ausreichende Bedingungen für einen Antiimperialismus gesehen haben, haben wir darüber die konkreten Bedingungen für die einzelnen Menschen – die wirklichen Subjekte, für uns waren sie alle Objekte revolutionärer Zuschreibungen – aus den Augen verloren.

Solidarität heute ...

Heute sehen wir in einer Befreiungsbewegung an der Macht, im Konzept einer Avantgardepartei und überhaupt in nationaler Befreiung und nationaler Revolution keine Orientierung mehr. Die Frage «Solidarisch mit der FSLN-Regierung?» ist somit falsch gestellt und verschleiert auch eher die Frage, was denn überhaupt ein emanzipatorisches Projekt ist, wer die Träger_innen eines solchen Projektes sind, vor welcher Situation sie stehen und welche Forderungen sie stellen.

Die Bezugspunkte, die für die heutige Solidaritätsbewegung wichtig sind, sind die zahlreichen Basisbewegungen in Nicaragua, wie zum Beispiel Frauenorganisationen, Kooperativenvereinigungen, Antiglobalisierungsnetzwerke und kommunitäre Bewegungen. Mit diesen Organisationen stehen wir in regem Austausch, der vor allem durch gemeinsame Treffen und Kommunikation stattfindet..

Unsere Partnerorganisationen kämpfen für das «Recht auf Leben und Arbeiten in Würde». Sie verstehen darunter:

- die Selbstbestimmung des Individuums. Dies beinhaltet das Recht auf körperliche Unversehrtheit, sexuelle und reproduktive Rechte, wirksamen Schutz gegen Gewalt, eine staatliche Absicherung durch Frau enkommissariate, Strafverfolgung und Gerichte, eine selbstbestimmte Rolle in Familie und Gesellschaft und den Respekt auf der Straße.
- eine solidarische Ökonomie in gemeinschaftlicher Organisation und ökonomischer Absicherung. Hier wenden sie sich gegen die Bedrohungen durch Ausdehnung einer globalisierten kapitalistischen Plantagenwirtschaft der Groß-Grundbesitzer_innen, Exportorganisationen

oder internationalen Fonds und fordern Gewerkschafts- und Arbeitsrechte in den Weltmarktfabriken. Vom Staat erwarten sie statt Freihandelsabkommen und assistentialistischer Sozialprogramme eine Stützung ihrer Ökonomie durch Landtitel, rotierende Kredite, Samenbanken, Produktionspakete, Ausbildung, Maschinen und Vermarktungsmöglichkeiten.

- Demokratie und Beteiligung auf allen Ebenen mit professionellen Staatsorganen, vom Staat garantierte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, territoriale Selbstorganisationsformen mit kommunalitärem Eigentum und lokaler Demokratie.
- eine verfassungsmäßig und staatlich garantierte soziale Infrastruktur, die aus gut ausgestatteten öffentlichen Schulen und Gesundheitszentren mit kostenlosem Zugang besteht, eine bezahlbare Versorgung mit Energie, Wasser, Telekommunikation und Finanzdienstleistungen, sowie öffentliche Güter, welche nicht privatisiert werden dürfen.

Die Solidaritätsarbeit von heute und morgen orientiert sich an der Unterstützung dieser Aspekte des Kampfes unserer Partnerorganisationen um das «Recht auf Leben und Arbeiten in Würde».

Die Bedeutung von Solidarität für die eingeladenen Südgäste

Martha Flores arbeitet im globalisierungskritischen Netzwerk *Otro mundo es posible* (dt.: Eine andere Welt ist möglich) und beschäftigt sich dabei mit europäischen Konzernaktivitäten in Zentralamerika und alternativen Wirtschafts- und Energiekonzepten. Ricardo Pereira von CIPRES (*Centro para la Promoción, la Investigación y el Desarrollo Rural Social*; dt.: Zentrum für die Erforschung und soziale Entwicklung der ländlichen Regionen, Managua) arbeitet als Soziologe an der Erforschung und Begleitung von Programmen für bessere Entwicklungsmöglichkeiten der Bevölkerung in ländlichen Regionen. Sara Henriquez ist Soziologin und Frauenrechtlerin aus León. Fatima Ismael ist Geschäftsführerin des Kooperativenverbundes SOPPEXCCA in Jinotega und seit vielen Jahren für die Stärkung der Kooperativenstrukturen und der Förderung des Fairen Handels aktiv. Yolanda Acuna Urbina arbeitet seit 1993 als Koordinatorin bei MIRIAM in Estelí. Die Organisation MIRIAM wurde 1982 gegründet und begleitet Frauen in Gewaltsituationen.

Welche Bedeutung hat Solidarität für dich, welche Bedeutung Austausch?

Fatima Ismael: Solidarität bedeutet für mich, sich gegenseitig in die Augen zu blicken und in eine gemeinsame Richtung zu gehen, um einen Traum zu verwirklichen. Dieser Traum sollte das Ziel beinhalten, eine negative Realität in eine positive zu verwandeln. Solidarität bedeutet auch, sich gegenseitig zu unterstützen und das Eingebundensein in soziales, politisches und moralisches Engagement.

Austausch ist Teil der Solidarität und gleichzeitig bereichert er diese. In der gemeinsamen Arbeit, dem gemeinsamen Weg, den wir gehen, lernen wir voneinander. Ein wesentlicher Aspekt, der durch den gemeinsamen Austausch und die Solidarität ermöglicht wird, ist, dass wir uns in menschlicher Hinsicht weiterentwickeln können und freier sind als zuvor.

Yolanda Acuna Urbina: Solidarität bedeutet für mich, Ideen zu teilen im Angesicht des Kampfes gegen Ungleichheit. Solidarität bedeutet, Fähigkeiten und Erfahrungen verschiedener Länder zu teilen und daraus gemeinsame Projekte zu entwickeln und durchzuführen. Auch der Austausch ist sehr eng mit der Solidarität verbunden, der Austausch zwischen zwei Personen, zwischen zwei Ländern. Es sollte eine Vision geben, dass es keine Länder mehr gibt, die mehr oder die weniger entwickelt sind. Wir wollen auf gleicher Ebene politische Ideen und Gedanken austauschen können.

Sara Henriquez: Solidarität ist die Fähigkeit, Freude, Erfolge, Traurigkeit und Bedürfnisse anderer Personen mit zu empfinden, wenn es darum geht, politische, wirtschaftliche oder soziale Aktionen zu fördern, um zu ihrem Glück beizutragen – sei es persönlich, kollektiv oder institutionell. Ein Austausch auf Augenhöhe bereichert die Solidarität und Freundschaft, verleiht Würde und ermöglicht gegenseitiges Lernen.

Martha Flores: ... fähig sein, Ungerechtigkeiten in irgendeinem Teil der Welt zu fühlen, wie Che Guevara schrieb. Solidarität ist für uns ein Nord-Süd-Thema und zwar wegen gesellschaftlicher Charakteristika, aber auch wegen der Veränderungen. Bei der Solidarität vom Norden zum Süden muss man differenzieren: Es gibt im Norden große Imperien und Kapitale. Wir haben im Süden große soziale Differenzen. Die «Solidarität», die das kapitalistische Wirtschaftsmodell übertragen hilft, wollen wir nicht. Das ist der vielgeübte Assistentialismus. Auch die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Regierungen wird

fälschlicherweise oft Solidarität genannt; das sind Methoden des Wirtschaftsdrucks, der sozialen und ökologischen Verschuldung. Und dafür müssen wir noch dankbar sein. Wirkliche Solidarität brauchen wir, um eine neue Welt, eine neue Dynamik zu erzeugen. Solidarität ist Herzlichkeit, aber sie braucht auch eine Richtung, eine Zielsetzung und Orientierung. Wenn wir ein bisschen Geld sammeln für irgendein Projekt junger Leute, ist das zwar gut gemeint, aber nicht langfristig gedacht und ohne klare Richtung. Jetzt beim Klimawandel sagen alle GRÜN GRÜN GRÜN, aber grün was? Wir können nicht einfach irgendwelche Projekte unterstützen, wenn wir dabei nicht gleichzeitig wahrnehmen, dass wir in einer kapitalistischen patriarchalischen Welt leben. Dieses System müssen wir infrage stellen.

Ricardo Pereira: Zu allen Zeiten und bei allen Völkern gab es Solidarität; war Solidarität nötig. Früher als Europäer nach Südamerika migrierten, haben wir sie empfangen und integriert. In Nicaragua gibt es viele Deutsche wie die Kühl, Hess und Vogel, die als Nicaraguaner akzeptiert sind. Solche Beziehungen gibt es seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Später gab es Solidarität nicht nur mit Revolutionen, sondern auch in Krisen. Als Sandino 1928 die Unabhängigkeit Nicaraguas gegen die US-Besatzung verteidigte, erwachte in Europa und Südamerika eine starke Solidaritätsbewegung unter der Parole «Hände weg von Nicaragua», die sich zum Teil sogar mit Waffen beteiligte in schwierigen Krisenmomenten; also nicht nur bei triumphierenden Revolutionen wie die in den 80er Jahren. Manchmal intellektualisieren wir Solidarität zu stark, stellen zu viele kritische Fragen. Solidarität ist eine Haltung zwischen Menschen. Hier sehe ich drei Aspekte: Ohne Liebe gibt es keine Solidarität, dazu muss eine bindende gemeinsame Verantwortung hinzukommen, das dritte ist der Weg, das gemeinsame Gehen.

Was erwartest du von den Partner_innen aus dem Norden?

Fatima Ismael: Ich erwarte von den Partner_innen aus dem Norden, dass wir gemeinsam den Weg weitergehen, den wir begonnen haben; und ich hoffe, dass wir mehr werden. Aber wir sollten nicht vergessen, dass die Solidarität auch diejenigen erreicht, die ihrer bedürfen: das nicaraguanische Volk. Denn hier sollte der tatsächliche Austausch stattfinden. Es kommt also nicht so sehr darauf an, mit den Führer_innen solidarisch zu sein, sondern mit den einfachen Menschen, die täglich für ihr Überleben kämpfen.

Yolanda Acuna Urbina: Ich erwarte Beziehungen, die in gegenseitigem Respekt und auf gleicher Augenhöhe gelebt werden. Beziehungen, die dem Süden die Erfahrungen des Nordens zur Verfügung stellen. Auch die Macht der Sprache muss transparent gemacht werden. Wir wollen Verbündete sein in einer neuen Form der Solidarität.

Sara Henriquez: Grundsätzlich glaube ich, dass man Solidarität nicht als ein Prinzip zwischen zwei entgegen gesetzten Polen, Nord und Süd, definieren sollte. Damit würde eine wahre Solidarität ausgeschlossen und die Armen und Ärmsten unserer Gesellschaft nicht als gleichberechtigt angesehen werden. Der Mangel an Möglichkeiten zur Ausübung ihrer Rechte würde nicht ausreichend anerkannt werden. Ich hoffe auf ein neues Verständnis von Solidarität, bei dem noch mehr Menschen einbezogen werden und dabei unterstützt werden, die notwendige Stärke zu gewinnen ihre Bürgerrechte einzufordern und ausüben zu können.

Was kann der Norden von euch lernen?

Fatima Ismael: Wir sind es in Nicaragua gewohnt, für unsere Überzeugungen zu kämpfen und setzen uns füreinander ein. Solidarität spielt in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle, zwischen Nachbarn, Gemeinschaften, Produzenten und *campesin@s* (Bäuer_innen). Insofern können wir ein Beispiel dafür sein, wie ein Leben auf Basis von Solidarität möglich ist.

Yolanda Acuna Urbina: Das Lernen geht in zwei Richtungen, es ist nicht nur eine Einbahnstraße. Man kann verschiedene Formen sich zu organisieren kennenlernen.. Genauso wie wir für die politischen Konzepte in unseren Organisationen werben. Es sollten neue Formen der Arbeit in den Gruppen angewendet werden. Es muss neue strategische Formen der Zusammenarbeit geben.

Sara Henriquez: Strategien und Überlebensfähigkeiten, Kultur und Eigenart, Lebensform, Arbeitsweise, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Kontext sind Themen für den Erfahrungsaustausch. Zum Beispiel in der Arbeit gegen Gewalt oder über Demokratie. So wird Solidarität zu etwas Gegenseitigem und bleibt keine Einbahnstraße.

Ricardo Peirera: Vielleicht lernen durch den Austausch. Da kommt ein Däne nach Nicaragua für den Kulturaustausch. Wofür? Er soll seine Erfahrung mit

der Demokratie vermitteln, effiziente produktive Technologien mitbringen. Aber sollen wir wirklich den Entwicklungsweg Europas kopieren? Da bin ich nicht sicher! Warum nicht Nicaraguaner nach Dänemark oder Deutschland einladen und gemeinsam überlegen, was menschliche Entwicklung heißt? Wir sind noch nicht völlig in die Falle des Konsumismus getappt, wir können immer noch das essen, was wir selbst produzieren. Der Entwicklungsweg des Kapitalismus ist in seiner tiefsten Krise, deshalb wären gerade jetzt Austausche vom Süden in den Norden statt vom Norden in den Süden am interessantesten.

Ist Kooperation von Nord und Süd nicht immer Vereinnahmung? Was muss noch dazu kommen?

Fatima Ismael: Es existieren praktisch zwei Welten, was die Zusammenarbeit mit Partnern aus dem Norden betrifft. Die eine kommt von offizieller Seite in Form von fertigen Paketen und Konzepten. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist hier nicht möglich, da nicht nach den tatsächlichen Notwendigkeiten des Volkes gefragt wird. Echte Zusammenarbeit kann nur stattfinden, wenn ein echtes Interesse an den Vorgängen und Bedürfnissen eines Landes besteht. Diese Art der Kooperation leisten die Solidaritätsgruppen. Dort gibt es z.B. die Gruppen des Fairen Handels und diese Art des Handelns macht einen großen Unterschied für die Bevölkerung Nicaraguas. Diese Initiativen haben ein ehrliches Interesse daran, etwas zum Besseren zu verändern und unterstützen direkt kleine Produzent_innen mit direkten Auswirkungen auf die Lebensbedingungen. Damit kann sich das Leben im sozialen, produktiven, kulturellen und Bildungsbereich verbessern. So sind diese Projekte der Solidaritätsgruppen zwar in finanzieller Hinsicht häufig nur eine kleine Anstrengung, in ihren Auswirkungen aber weitreichend.

Yolanda Acuna Urbina: Man muss sich darüber im Klaren sein, was das Ziel der Kooperation sein kann. Man muss ein Verständnis dafür herstellen, wie die Beziehung funktionieren kann. Man muss sich gegenseitig zuhören und auch frei ausdrücken können, was man denkt.

Sara Henriquez: Wenn die traditionellen Konzepte von NORD und SÜD fortgeführt werden, ist das sicherlich Vereinnahmung; eine Intervention schafft einen potenziellen Raum für Abschottung und Überheblichkeit, statt einer Begleitung in Prozessen zur Befähigung beider Parteien. Für eine gute Koope-

ration braucht es Sensibilität, Bereitschaft, ähnliche politische Vorstellungen von Werten und Prinzipien, Kenntnis und Berücksichtigung der Solidaritätsgruppen, ihrer Notwendigkeiten, Kulturen und Zusammenhänge. Nötig ist ein Fokus auf integrierte Entwicklung unter Berücksichtigung von Umwelt und Gender und der dafür verfügbaren menschlichen, technischen und wirtschaftlichen Ressourcen.

Gibt es gemeinsame Interessen von sozialen Bewegungen hier wie dort?

Fatima Ismael: Ja, wir haben viele gemeinsame Interessen, besonders, dass wir menschliche Lebensbedingungen in einer intakten Umwelt schaffen wollen. Die Menschen im Norden wie im Süden wollen eine Welt erschaffen, in der es Gerechtigkeit und Gleichheit gibt. Wir verfolgen weiter den großen Traum, eine Welt zu erschaffen, in der jeder auf seine Weise leben kann, unabhängig von seiner Herkunft oder Religion, seinem Geschlecht oder seiner Hautfarbe.

Sara Henriquez: Hier wie dort sind die Interessen der sozialen Bewegungen die gleichen, vielleicht verändern sich die Organisationsformen und Forderungen in der Zeit mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Landes, aber es geht immer um die Erfüllung der Menschenrechte. Damit meine ich: Frieden, Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe, gleiche Rechte und Möglichkeiten, das heißt auch der Kampf um konkrete Forderungen nach Arbeitsplätzen, Einkommen, sozialen Diensten, öffentlichem Transport, würdigen Wohnungen, angemessenen Bildungsmöglichkeiten, sexuellen und reproduktiven Rechten, Gewaltfreiheit und Sicherheit als Bürger_in, was auch die Migranten_innen, Frauen, sexuelle Minderheiten, Kinder, Heranwachsende und Jugendliche einschließt, besonders unter der Geißel des Drogenhandels und der sexuellen Ausbeutung.

Welche Rolle spielt heute noch Ländersolidarität? Ist nicht der Kampf gegen die EU-Wirtschafts- und Handelspolitik die einzige wirksame Form der Solidarität? Sollen wir das Informationsbüro Nicaragua auflösen und stattdessen den EU-Fiskalpakt bekämpfen?

Martha Flores: Komplett einverstanden. Als wir in Zentralamerika unsere Kampagnen gegen die US-Freihandelsverträge führten, gab es eine breite Mobilisierung und viele Bündnispartner_innen, weil die USA einen schlechten Ruf hat-

ten, während die Europäer als sanftmütiger und milder dastehen. Das demobilisiert jetzt unsere Kämpfe gegen das EU-Assoziierungsabkommen. Wir sind auch deshalb gegen den Nobelpreis für die EU. Investitionen, Extraktivismus, Wasserprojekte und Bergwerke der großen Unternehmen aus den USA, Europa oder China sind kurzfristige Quellen von Bereicherung und sozialer Ausbeutung. Hinterlassen werden zerstörte Landschaften und Klimaveränderungen.

Sara Henriquez: Die Solidarität kann ein Faden sein, solche wirtschaftlichen Themen zu diskutieren, da sehe ich keinen Widerspruch. Die ganze Bürgerschaft muss durch Bildungsarbeit und Mobilisierung einbezogen werden, damit wir diese Themen nicht nur hochwissenschaftlich diskutieren. Das haben die Frauen in Costa Rica erreicht; nämlich dass die Mobilisierung gegen den Freihandelsvertrag zu einer breiten Volksbewegung wurde. Und in Nicaragua gab es eine breite Mobilisierung der Gewerkschaften gegen das EU-Assoziierungsabkommen.

Zum Abschluss: Solidarität morgen aus der Sicht der Panel-Verantwortlichen

Heinz (Nicaragua-Forum Heidelberg): Solidarisch sein heißt, bereit sein, sich als Weltbürger zu fühlen und dabei grundlegende Fragen des Alltags zu lösen: Wie bewege ich mich? Wie ernähre, wie kleide ich mich? Der Austausch mit Nicaragua ist für mich von unschätzbarem Wert. Ich bekomme neue umfassendere Einblicke mit meinen Freund_innen in Nicaragua, die es mir erleichtern, an gemeinsamen Fragen zu arbeiten, im Austausch zu arbeiten!

Kirsten (Christliche Initiative Romero): Beim Thema «Gewalt gegen Frauen» ist es schwieriger, den Bogen zu schlagen, wie wir durch unser Verhalten hier bewirken können, dass in Nicaragua weniger Frauen sterben. Wenn wir dabei noch missverständlich vom «Frauenthema» sprechen, geht dabei verloren, dass wir alle aufgerufen sind, zu handeln.

Andrés (Ökumenisches Büro München): Der Kongress hat eine schöne Form gefunden, dass sich alles um «Solidarität» rankt, um «Solidarität» mit Sinn zu füllen, um zu verstehen, warum wir das alles machen. Hieran konnten wir im Panel anknüpfen. Kontrovers war die Frage, ob es im ökonomischen Interesse der EU-Bevölkerung sein kann, gegen das Freihandelsabkommen zu kämpfen. Wie mobilisiert man dagegen? Und mit wem zusammen? Das sind schwierige Anknüpfungspunkte hier in Deutschland. Das ist nur möglich, wenn wir

uns nicht als Bewohner_in der BRD, sondern als Weltbürger_in sehen und von dort aus agieren, so wie auch die Sonne, Natur und Wasser unzertrennlich sind. Das ist der Ursprungsgedanke von Solidarität. Solidaritätsaktionen zum Assoziierungsabkommen gibt es nur spärlich, das kann ich mir besser im Zusammenhang mit konkreten Projekten vorstellen. Umgekehrt sind Kaffeeshop, Brigaden, Städtepartnerschaften für mich nur spannend, wenn das Oberthema «Handelsverträge» darin integriert wird.

Rudi (Nicaragua-Forum Heidelberg): Es geht nicht nur im positiven Sinn darum, sich als Weltbürger_in zu fühlen, vielmehr macht die Globalisierung uns zu Weltbürger_innen, ob wir das wollen oder nicht. Die globale Verteilung ist ungerecht. Den einen wird die Butter vom Brot genommen, die anderen häufen sie an! Das passiert allgemein im Welthandel, aber auch durch die Instrumentalisierung alternativer Strukturen, wie des Fairen Handels, durch Konzerne. Da müssen wir genauer hingucken. Wir können die aktuelle Politik in Nicaragua zur Unterstützung ländlicher Strukturen kritisieren, besser machen und auch mitmachen in diesen Strukturen; nicht nur, weil es in Nicaragua so schön ist. Aber wir müssen uns auch gegenüber den globalen Strukturen aktiv verhalten.

Wo finden wir Bündnispartner_innen? Gegen wen stellen wir uns auf?

Rudi (Nicaragua-Forum Heidelberg): Es gibt hier die Bewegung, die den Reichtum bei uns infrage stellt, nicht um dem Einzelnen was abzunehmen, sondern um die Verteilungsgrundsätze zu verändern. «UmFairteilen» ist ein wichtiger Ansatz um weiterzukommen.

Heinz (Nicaragua-Forum Heidelberg): Mein_e Ansprechpartner_in kann auch das ADAC-Mitglied sein, das sich wirklich für die Produktionsbedingungen des Agrosozials interessiert. Bei möglichen Bündnispartner_innen wünsche ich mir Zusammenarbeit über einzelne Organisationen hinweg; da erlebe ich oft Apparate mit ihren eigenen Interessen, mit eng begrenzten Möglichkeiten von Ehrenamtlichen, da ist Solidarität untereinander ganz wichtig.

Gibt es noch Gründe für Ländersolidarität?

Michael (Partnerschaftsverein Groß Gerau – Masatepe): Die Solidaritätsbewegung hat trotz politischer Veränderungen hier wie dort Jahrzehnte überlebt, weil Menschen sie tragen und sich austauschen. Mit den Augen unserer

Partner_innen sehen wir Aspekte, die wir sonst nicht sehen würden. Das sind Anknüpfungspunkte für unser Weltbürgertum.

Eberhard (Ökumenisches Büro München): Es ist nicht das Land speziell, sondern es dient als Beispiel. Die Beschränkung bringt ein tieferes Verständnis. Mir ist bewusst, dass auch Honduras unsere Solidarität verdient, doch ich verstehe wenig von diesem Land.

Was nehmen die Teilnehmer_innen an Ideen mit? Wie geht's weiter? Was können wir gemeinsam tun?

Uschi: Als älteste Teilnehmerin habe ich schon unzählige Bundestreffen besucht. Dieses hier war erfrischend unideologisch, fachorientiert und wohltuend von jungem Publikum besucht.

Andrés (Ökumenisches Büro): Die Revolution wird nicht von Europa ausgehen, da ist das Wirtschaftssystem zu stark und wir sind nur Minderheiten. In anderen Ländern werden Modelle entwickelt. Da können wir aus Lateiname-rika lernen. Es passiert mehr dort, wo der Reichtum abfließt. Solidarität mit den *compañer@s* (Genoss_innen), die sich dort wehren und neue Impulse setzen!

Michael (Partnerschaftsverein Groß Gerau – Masatepe): Es reicht nicht, von dort zu lernen, wir müssen den Austausch hinkriegen. Viele Probleme müssen wir gemeinsam lösen. Wir brauchen mehr Druck auf die Institutionen für revolutionäre Veränderungen auch von hier aus.

Paul, Salzburg: Besonders gut war der Bezug auf die europäische Ebene statt auf bilaterale Fragen und Projekte. Unsere besten Projekte nutzen nichts, wenn die europäische Politik die Landwirtschaft in Nicaragua zerstört. Auch die Städtepartnerschaften mit nicaraguanischen Städten koordinieren sich auf europäischer Ebene, dort muss das Assoziierungsabkommen zum Thema werden. Da hat uns die Konferenz gezeigt, wo die politische Aufmerksamkeit hingehen muss. Ich schlage eine europäische Zentralamerikakonferenz vor, um sich EU-weit gegen die EU-Politik zu wehren.

Für uns speist sich Solidarität aus mehreren Motivationen (Auszug aus den Projektkriterien von INKOTA und Informationsbüro Nicargau e.V.)

- Wir wollen im Austausch mit Partnerorganisationen voneinander lernen, so z.B. im Sinne eines internationalen Austauschs über Organisationsmöglichkeiten und politische Zielsetzungen. In unserer Zusammenarbeit sind wir nicht auf eine isolierte Projektbeziehung fokussiert, sondern orientieren uns hin zu einer weiterreichenden Partnerbeziehung. Deswegen sind auch gegenseitige Begegnungs-, Informations- und Lernreisen Bestandteile unserer Arbeit. Diese Kontakte – losgelöst von dem klassischen Muster des (finanziellen) Gebens und Nehmens – kommen auch der Projektarbeit zugute.
- Wir brauchen die Projektarbeit und die Informationen aus Nicaragua für unsere Öffentlichkeitsarbeit, um damit an Beispielen internationale Muster aufzeigen zu können. Wir brauchen nicht nur die Informationen, sondern auch die direkte Beteiligung, z.B. bei Rundreisen von Südpartner_innen. Unsere Öffentlichkeitsarbeit kann dabei Menschen motivieren, sich selbst aktiv für eine Veränderung der Verhältnisse einzusetzen. Die langfristige Veränderung der Verhältnisse steht damit über dem Ziel, Menschen in Nicaragua durch Spenden zu unterstützen.
- Wir unterstützen sozial, wirtschaftlich und politisch benachteiligte Gruppen in Nicaragua in ihren Kämpfen gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung und in ihrem Bemühen um die Verbesserung ihrer Lebenssituation. Projekte sollen das Empowerment der Zielgruppen stärken, indem ihre Eigenpotentiale geweckt und gefördert werden, ihre Selbstorganisation unterstützt und sie befähigt werden, ihre Rechte zu vertreten.

Was den ersten Aspekt betrifft, haben wir zusammen und im Austausch mit unseren Partnerorganisationen seit dem Beginn der 90er Jahre vieles gemeinsam neu gelernt und alte Lehren über Bord geworfen. Dabei waren es besonders die emanzipatorischen Zielsetzungen und gelebten Versuche eines kollektiv-solidarischen Handelns der sandinistischen Revolution, welche den Mut zum Kämpfen und Träumen gebracht haben, aber auch die Lernerfahrungen, die im Scheitern lagen und die zu neuen Orientierungen führten. Diese Grundlagen haben sich seither im Austausch mit unseren Partnerorganisationen gefestigt und sind zur Maxime unseres eigenen Handelns geworden.

Die **Erste** ist, dass mit dem Abtritt der FSLN besonders die Frauenbewegung die individuellen Selbstbestimmungsrechte nach vorne gebracht hat und eine Kritik an Herrschaft, Paternalismus, Patriarchat und Macht übte. Und das ist auch eine Kritik an strukturellen Ungleichgewichten, an selektivem Zugang zu Land, aber auch an Hierarchie- und Organisationskritik in Verbänden und auch eine Forderung gegenüber dem paternalistischen Staat. Gerade die Frauenbewegungen kritisieren auch die assistenzialistische und klientelistische Form, mit der Sozialzuwendungen verteilt werden. Das ist für uns eine ganz wichtige Orientierung, Macht und Herrschaft auch kritisch gegenüber dem Staat zu diskutieren.

Zweitens muss es für soziale Entwicklung Eigentums- und Wirtschaftstransformationen geben. Zusammen mit unseren Partner_innen finden wir, dass es wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte gibt, die der Staat als Bürger_innenrechte zu garantieren hat und das grenzt sich ab von klientelistischer Verteilungspolitik: Ein Leben in Würde als Recht der Bürger_innen. Sozialprogramme, Bildung und Gesundheitsfürsorge, soziale Infrastruktur können nicht langfristig von außen finanziert werden. Eine Alimentierung im Rahmen der Blocklogik ist nicht mehr möglich und auch nicht erwünscht, sie führt zur Abhängigkeit von einzelnen Ländern und deren Regierungen und gleichzeitig zur langfristigen Überschuldung. Es gibt aber auch nicht die Möglichkeit einer «nationalen Befreiung» über nationale Autarkie. Supranationale Kooperation muss gleichberechtigt und sozial gestaltet werden. Sie muss sich von der Zuerichtung auf die Bedürfnisse der internationalen Finanzorganisationen lösen, die Exportabhängigkeit überwinden und statt Prinzipien des wirtschaftlichen Freihandels und der Investitionsinteressen von Konzernen die Bedingungen und Ressourcen für eine Ernährungssouveränität aufbauen und in regionalen Bündnissen (wie SIECA oder ALBA) entwickeln. Das ist eine Forderung, die auch die *Alianza Social Continental* (Kontinentale soziale Allianz) nach vorne gebracht hat und für welche sich auch *Otro mundo es posible* in Nicaragua einsetzt.

Damit hängt **drittens** auch die wichtige Rolle der Selbstorganisation in der Zivilgesellschaft zusammen. Es ist nicht die Partei, die das zivile Leben organisiert, sondern es sind die Gruppen in ihrer Verschiedenheit, die politische, wirtschaftliche und soziale Aspekte in die Debatte bringen, die das Leben bereichern bis hin zu den Fernsehkanälen, zu Radioprogrammen, in denen sie solche politischen Konzepte auch äußern. Soziale Bewegungen sind ja gerade im Sandinismus gegen die Diktatur entstanden, konnten in den 80er Jahren Organisationserfahrungen gewinnen, boten die notwendige Selbst-

hilfe in den neoliberalen Jahren und wehrten sich gegen das veraltete Konzept einer Avantgardepartei an der Macht.

Viertens gehen demokratische Freiheiten Hand in Hand mit der sozialen Gerechtigkeit. In Kritik des Wahlspruchs von Daniel Ortega: «Primero justicia, después democracia!» («Zuerst Gerechtigkeit, danach Demokratie!»), fragen wir: warum soll es da eine Hierarchie geben? Demokratische Freiheiten sind gleichberechtigt mit sozialer Gerechtigkeit und das *patria libre* («freie Vaterland»), was in den 80er Jahren von der FSLN transportiert worden ist, wird heute zur Forderung an den Staat, Bürgerfreiheiten, also Meinungs-, Rede- und Organisationsfreiheit, zu garantieren. Mit welcher Berechtigung wird Frauenbewegungen und kommunitären Bewegungen untersagt, ihre politischen Ideen auch auf der Straße zu vertreten? Spätestens mit den 80er Jahren hat es eine Fortentwicklung von freiheitlich-demokratischen Räumen mit partizipatorisch-plebisitzären Strukturen auf allen Ebenen gegeben. So gibt es öffentliche Volksversammlungen (*Cabildos Municipales*), in denen die Stadtverwaltung ihren Haushalt und ihre Arbeit darstellt. Kommunitäre Bewegungen nehmen das *ley de participación ciudadana* (Gesetz zur Bürgerbeteiligung) ernst und versuchen, in ländlichen Regionen und marginalisierten Vierteln basisdemokratische Prozesse politischer Bildung zu etablieren, die Rechte der Bürger_innen in der kommunalen Selbstverwaltung zu stärken und Kampagnen zur Ernährungssouveränität und zum Umweltbewusstsein zu führen. Das kollidiert wiederum oft mit parteilich dominierten Entscheidungsstrukturen.

Fünftens muss es soziales Eigentum geben, das sich jenseits von Markt und Staat entwickeln kann. Für alle muss ein Zugang zu Produktionsmöglichkeiten bestehen und soziale Netze zur Verteilung geschaffen werden. Die kleinbäuerliche Agrarproduktion als Kern einer Überlebensökonomie und Garant der Ernährungssouveränität muss rechtlich abgesichert, durch Kleinkredite unterstützt und mit anderen Kooperativen- und kommunitären Eigentumsformen zu einer solidarischen Ökonomie fortentwickelt werden.

Schließlich braucht es auch noch unabhängige professionelle, verfassungsmäßig und korruptionsfrei arbeitende Staatsorgane. Organisationen wie CENIDH (*Centro Nicaragüense de Derechos Humanos*; dt.: Nicaraguanisches Zentrum für Menschenrechte) sagen, wir haben gegen Somoza gekämpft, damit wir verfassungsmäßige Staatsorgane und einen Präsidenten haben, die sich nicht selbst bedienen, die kein Apparat zum Machterhalt sind, sondern die eine professionelle Ausübung der Staatsmacht gewährleisten. Dafür haben wir diese Verfassung erkämpft.

AUTOR_INNEN/REFERENT_INNEN

Fátima Ismael, Jg. 1961, seit 14 Jahren in der Geschäftsführung von SOPPEX-CCA, einer Kooperative für fairen und nachhaltigen Kaffeeanbau und -handel.

Heinz Reinke, Jg. 1957, ist seit Mitte der 80er Jahre im Nicaragua-Forum Heidelberg aktiv. Aktuelle Schwerpunkte sind die Arbeit zur Agrospritthematik, sowie die Kooperation mit Los Pipitos und anderen NGOs in Nicaragua.

Katharina Obuch, Jg. 1983, Teilnehmerin der Brigade nach Nicaragua 2011, Studium Politikwissenschaft, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Uni Münster.

Kirsten Clodius, Jg. 1976, Soziologin, arbeitet seit 2009 bei der Christlichen Initiative Romero (CIR) als Referentin zu Gewalt gegen Frauen.

Klaus-Dieter Hess, Jg. 1951, gewerkschaftsnaher Betriebsräteberater, Mitglied des Informationsbüro Nicaragua seit Beginn der 80er Jahre, Publikationen/Bildungsarbeit zu sozialen Bewegungen und Wirtschafts- und Handelspolitik, aktuell: EU-Freihandelsabkommen.

Maren Krätzschmar, Jg. 1983, Teilnehmerin der Brigade nach Nicaragua im Jahr 2011, Architekturstudium an der Uni Hannover, seit 09/2012 Studium Technologie und Ressourcenmanagement in den Tropen und Subtropen an der FH Köln

Martha Beatriz Flores Recinos, Soziologin, Menschenrechtsaktivistin mit dem Schwerpunkt Frauen und indigene Gemeinschaften, ist Mitglied bei der Organisation *Intipachamama* und *Movimiento Social Nicaraguense Otro Mundo es Posible*.

Ricardo Salomón Pereira Vilchez, Jg. 1953, Soziologe und Ökonom, arbeitet seit 20 Jahren als nationaler und internationaler Berater für ländliche Entwicklung bei CIPRES, sein Schwerpunkt liegt in der Unterstützung von Landfrauen zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit.

Rudi Kurz, Jg. 1959, ist seit den 1980er-Jahren für das Nicaragua-Forum in Heidelberg aktiv. Sein Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit mit Kooperativen und dem Kaffeehandel.

Sara Henríquez, Soziologin und Frauenrechtlerin, arbeitet als selbstständige Beraterin in der Planung und Evaluation von Projekten, Fortbildungen und Konferenzen mit dem Fokus auf Frauenrechte, Sexualität und Reproduktivität.

Ulla Sparrer, Jg. 1955, Ökonomin, Mitglied im Infomationsbüro Nicaragua und seit 1997 aktiv in der Städtepartnerschaft Wuppertal-Matagalpa.

Yolanda María Acuña Urbina, Jg. 1973, ehemalige Stipendiatin von MIRIAM, engagiert sich seit Mitte der 90er Jahre bei MIRIAM als Rechtsanwältin und Gesamtkoordinatorin in Estelí, Nicaragua.

KOOPERATIONSPARTNER_INNEN

¡Alerta! – Lateinamerika Gruppe Düsseldorf - arbeiten seit 2008 zusammen zu Themen rund um Lateinamerika: Sie werden hier aktiv, organisieren Veranstaltungen, treffen sich regelmäßig, diskutieren und stehen im Austausch mit linken, emanzipatorischen Gruppen in Lateinamerika und solidarischen Netzwerken hier. www.alertaduesseldorf.blogspot.de

CIPRÉS engagiert sich im Bereich ländliche Entwicklung mit dem Fokus auf der Unterstützung von Frauen. Durch Programme zur Selbstständigkeit und zu Ernährung können die Frauen die Lebensbedingungen der Familie verbessern und wirtschaftlich unabhängig werden. Im Mittelpunkt steht dabei die ökologische Nachhaltigkeit. www.cipres.org.ni

Die Christliche Initiative Romero (CIR) setzt sich seit 1981 für Arbeits- und Menschenrechte in Ländern Mittelamerikas ein. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Unterstützung von Basisbewegungen und Organisationen in Nicaragua, El Salvador und Guatemala sowie die Kampagnen- und Bildungsarbeit in Deutschland. www.ci-romero.de

Die Wurzeln von **el rojito e.V.** liegen in der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua und den Brigaden. Der Kaffee war einst nur Teil ihrer Tätigkeiten. Sie geben Kooperativen die Chance so zu produzieren wie sie es für wichtig halten. Mit ihrer

Arbeit wollen sie zeigen, dass Handel und Wirtschaft auch anders – basisdemokratisch, ökologisch, sozial – funktionieren können. www.el-rojito.de

Das **FDCL** (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.) ist seit 1974 als Informations- und Kommunikationszentrum weit über die Grenzen Berlins hinaus Anlaufstelle und Treffpunkt für Menschen und Gruppen, die sich über Lateinamerika informieren oder zu bestimmten Themen engagieren wollen. www.fdcl.org

INKOTA netzwerk e.V versteht sich als ökumenisches Netzwerk entwicklungs-politischer Basisgruppen, Weltläden, Kirchgemeinden und vieler Einzelengagierter als Teil der weltweiten Globalisierungskritischen Bewegung. Dabei verbinden sie die Unterstützung ihrer Partner_innen im Süden mit entwicklungs-politischer Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung in Deutschland.

www.inkota.de

Die **Lateinamerika Nachrichten** berichten als Monatszeitschrift seit fast 40 Jahren über aktuelle Entwicklungen und Hintergrundthemen aus Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft in Lateinamerika und der Karibik. Sie setzen der oberflächlichen und oft einseitigen Wahrnehmung gesellschaftlicher und politischer Konflikte in der deutschsprachigen Medienlandschaft eine differenzierte und kritisch-solidarische Berichterstattung entgegen.

www.lateinamerikanachrichten.de

MIRIAM ist eine nicaraguanische Frauenorganisation, die sich seit über 20 Jahren für die Menschenrechte von Frauen, Jugendlichen und Kindern einsetzt. Bildung und Gender-Gerechtigkeit bilden den Schwerpunkt der Arbeit. Die Frauen, Jugendlichen und Kinder werden darin unterstützt, sich persönlich und beruflich weiterzuentwickeln, ihre Rechte zu kennen und zu vertreten sowie an gesellschaftlichen Veränderungen mitzuwirken.

www.miriamnicaragua.org

Movimiento social Nicaragüense «Otro mundo es posible» ist ein solidarischer Zusammenschluss von Frauen, Kleinbauern_innen, Indígenas und jungen Menschen der gegen die Umweltzerstörung, Militarisierung, Freihandelsabkommen und seine Auswirkungen kämpft sowie sich gegen das System und patriarchale Strukturen stellt. Denn «eine andere Welt ist möglich».

Der **Nicaragua Verein Göttingen «Amistad con Nicaragua»** engagiert sich seit 1986 in La Paz Centro/Leòn in der Förderung der Schul- und Städtepartnerschaft. Die Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Bildung und Gesundheitswesen, Frauenprojekte, Mikro-Kredite, Stipendien und seit 2010 Wasserprojekte und Nahrungsmittelproduktion in Kooperativenwirtschaft. Über das Weltwärts-Programm entsenden sie Freiwillige.

www.nicaragua-verein-goettingen.de

Das **Nicaragua-Forum Heidelberg** arbeitet vor allem mit Selbsthilfe-Gruppen und sozialen Organisationen in verschiedenen ländlichen Regionen Nicaraguas zusammen. In Kooperation mit dem Nicaragua Network aus den USA erscheint wöchentlich ein deutschsprachiger Informationsdienst unter

www.nicaragua-forum.de

Das **Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.** ist seit nunmehr 30 Jahren in der Bildungs-, Solidaritäts- und Menschenrechtsarbeit tätig und arbeitet vor allem zu sozialen Bewegungen in Nicaragua, El Salvador, Honduras und Mexiko. Dabei geht es immer darum, die Verhältnisse dort in Bezug zu den Strukturen hierzulande und auch weltweit zu setzen, historische und aktuelle Verflechtungen und Abhängigkeiten zu benennen und Alternativen für eine gerechte Verteilung des weltweiten Reichtums zu diskutieren.

www.oeku-buero.de

Die **Unión de Cooperativas Agropecuarias (UCA) SOPPEXCCA** begann 1999 den Einstieg in den internationalen Kaffeehandel. Die Kooperative entwickelte ein Modell der breit angelegten demokratischen Mitbestimmung der einzelnen Produzent_innen, das von den jeweiligen Kooperativen ausgeht, und in das auch eine Jugendbewegung integriert ist.

www.soppexcca.org

Die **Städtepartnerschaft Wuppertal-Matagalpa** besteht seit 1987 und damit nun mehr als 25 Jahre. Aktuell tauscht man sich im Rahmen einer «Klimapartnerschaft» aus. Austausche (Jugendliche, Frauen, Theater) und Projektunterstützung, dabei besonders das Straßenkinderzentrum «Las Hormiguitas», Schulstipendien und den jährlichen Graphikkalender waren in den vielen Jahren der Schwerpunkt. www.matagalpa.de

Das **Welthaus Bielefeld** ist seit mehr als 30 Jahren entwicklungspolitisch in der Partnerstadt Esteli aktiv. Dort unterstützen sie Organisationen und Gruppen, die versuchen selbstbestimmt ihren Weg aus der Abhängigkeit zu gehen. Schwerpunkte sind die Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen, die Förderung und solidarische Begleitung von unabhängigen Frauenorganisationen und die Unterstützung von Projekten zur Integration von Menschen mit Behinderung. www.welthaus.de

scriptra

Hrsg.: Informationsbüro Nicaragua e.V.

Nahua Script 13

Recht auf Stadt – Gemeinwohlorientierte Selbstorganisation in Lateinamerika

Diese Broschüre ist das Ergebnis einer mehrmonatigen Reise durch Lateinamerika. Überall – in Uruguay, Argentinien, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela – wurden wir offen und freundlich empfangen, konnten Kontakte knüpfen, Besichtigungen durchführen und Interviews führen. Dabei wollen wir die Ansatzpunkte für städtische Selbstorganisation im Dialog mit den Akteur_innen darstellen. Die aufgeführten Beispiele aus Lateinamerika vermitteln Erfahrungen und geben Antworten (aus dem Munde der Beteiligten) auf Fragen, die sich auch für uns stellen. Sind die Übernahme von Selbstverantwortung in Ergänzung staatlicher Daseinsvorsorge, die Delegation von Entscheidungsmacht an aktive Bürger_innen, die Wieder-Aneignung des öffentlichen Raumes, die Produktion von Gemeingütern in sozialer Orientierung auch ein Modell für deutsche Kommunen? Dezember 2011. 112 S.

Nahua Script 14

Gegenentwürfe zur globalen Krise – Wuppertaler Süd-Nord Kolloquium

Was macht das Konzept des «Buen Vivir» aus? Formuliert es eine Antwort auf die globale Krise und die Zerstörung der Welt? Können wir hier Impulse für unsere politische Praxis gewinnen? Geht Wirtschaft auch ohne Wachstum? Was brauchen wir, um unsere Bedürfnisse zu stillen? Wie kann eine Post-Wachstums gesellschaft aussehen? Wie können wir uns den öffentlichen Raum (wieder-) aneignen? Wie kann gesellschaftliche Entwicklung, wie Verteilungsgerechtigkeit für Gesundheit und Bildung, gemessen werden? Können wir mit den Commons eine Antwort auf die scheinbare politische Alternativlosigkeit geben? Ist das Thema der «sozialen Infrastruktur» geeignet, über die beispielhaften «harmonischen Inseln» im Kapitalismus hinaus wirkliche gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Gang zu setzen? Dezember 2011. 112 S

INFORMATIONSBÜRO

NICARAGUA e.V.

Das Informationsbüro Nicaragua gehört zu den ältesten Organisationen der Nicaragua-Solidaritätsbewegung. 1978 – während des sandinistischen Befreiungskampfes gegen die Somoza-Diktatur – gegründet, war es eine Art Koordinierungsstelle von den mehr als 300 Nicaragua-Soli-gruppen in der BRD. Unsere Geschichte war bis in die 1990er Jahre eng verknüpft mit den Konjunkturen der Solidaritätsbewegung zu Mittelame-rika und speziell zu Nicaragua.

Heute liegen die Arbeitsschwerpunkte des Infobüros im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit zu Lateinamerika und in der Zusammenarbeit und Förderung von Basisinitiativen in Nicara-gua. Wir geben Publikationen heraus, unterhalten ein öffentlich nutzbares «Dritte-Welt»-Archiv, vermitteln Referent_innen, führen Besuchs-reisen mit lateinamerikanischen Gästen durch und organisieren Aktionen und Seminare.

Unser laufendes Bildungsprojekt «Otros Mundos» lässt junge Menschen Lateinamerika anders erfahren. Die Materialien dieser interaktiven und partizipativen Methoden des globalen Lernens zur schulischen und au-ßerschulischen Bildungsarbeit richten sich an Bildungsarbeiter_innen, Lehrer_innen und alle Interessierten. Das Themenspektrum reicht von Geschichte und Klischees, Ökonomie und Migration über Eine Welt bis Kli-mawandel und Umweltkonflikte. Zudem bietet das Infobüro die Neuauf-lage der Ausstellung über-lebens-welten 2.0 an, die Maquilaarbeiter_innen, Landfrauen und Menschen aus der Überlebensökonomie Nicaraguas sprechen lässt. Mit Veranstaltungsreihen, wie dem Wuppertaler Süd-Nord-Kolloquium «Her mit dem guten Leben!» (2011) und den Wupper-taler Lateinamerika Tagen (2010), bringen wir aktuelle inhaltliche Schwer-punkte in den öffentlichen Fokus.

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Deweirthstr. 8

42107 Wuppertal

Tel.: 0202-30 00 30

Mail: info@informationsbuero-nicaragua.org

www.informationsbuero-nicaragua.org

«Solidarität bedeutet für mich, sich gegenseitig
in die Augen zu blicken und in eine gemeinsame Richtung
zu gehen, um einen Traum zu verwirklichen.
Dieser Traum sollte das Ziel beinhalten,
eine negative Realität in eine positive zu verwandeln.
Solidarität bedeutet auch, sich gegenseitig zu unterstützen
und das Eingebundensein in soziales, politisches und
moralisches Engagement.»

Fatima Ismael, SOPPEXCCA

mahu a

